

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3.00 M., monatlich 1.10 M., vierteljährlich 3.00 M., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Schutzband für Deutschland und Österreich. Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die hochgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für vollstehende und gemeinschaftliche Verordnungen und Bekanntmachungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (schwebende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Honorare für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Wittwoch, den 18. Dezember 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Keim-Krise — Block-Krise.

Am 18. Dezember findet eine Sitzung des Präsidiums des Flottenvereins statt, die zur Keim-Krise Stellung nehmen und darüber beschließen soll, ob eine Hauptversammlung des Flottenvereins zur Schlichtung der ausgebrochenen Differenzen stattfinden soll. Vielleicht kommt es freilich nicht erst zu dieser Hauptversammlung, verbreiten doch Münchener Blätter die bestimmte Nachricht, daß Keim seinen Posten als Vorsitzender niederlegen werde; auch Fürst von Salm werde seinen Rücktritt erklären.

Es ist ziemlich wahrscheinlich, daß es ähnlich so kommen wird. Denn so hoher Protektion sich Keim auch bisher erfreute, ja im Grunde bis zur Stunde noch erfreuen mag, nachdem die Frage einmal so gestellt ist: Keim oder das bayerische Königshaus, wird Keim weichen müssen, auch wenn ihm das bis zum Augenblick nicht recht eingeleuchtet scheint. Berzweifelt beruft er sich darauf, daß Prinz Heinrich von Preußen, der oberste Protektor des Vereins, von allen Schritten des Präsidiums unterrichtet gewesen sei und sie sämtlich gebilligt habe, daß nicht weniger als 20 deutsche Fürsten die Protektoren des Vereins seien und daß deshalb doch nicht ein Einzelner seinen Willen durchsetzen könne. Ostentativ gibt er der Zurechtweisung, daß Wilhelm II. sich unmöglich in die Privatangelegenheiten (!) des Vereins einzumischen gewillt sein könne. Keim vergißt nur verschiedene Umstände. Wenn es sich um die Alternative handelt, entweder den Prinzen eines Königshauses oder einen — sei es um die Block-, um die Flottenpolitik noch so verdienten — simplen General zu brüskieren, wird natürlich der General der leidende Teil sein! Jedem handelt es sich gar nicht um den Prinzen Ruprecht allein. Hinter dem Bayernprinzen stehen auch unsere preussischen Junker, und deren Einfluß ist ja schließlich noch größer als der eines bayerischen Prinzen!

Ganz schief ist es, die Situation so aufzufassen, als handelte es sich um einen Konflikt zwischen „Nord und Süd“, also, was man gemeinhin darunter versteht, zwischen preussischer Reaktion und süddeutscher Demokratie. Wenn die preussischen Junker mit dem Süden gemeinsame Sache machen, kann es sich doch wahrhaftig nicht um etwas handeln, das mit Demokratie irgend etwas gemein hätte. Auch das Moment der unersetzten Flottentreiberei, die sich der Flottenverein und Herr Keim in speziellen zur Aufgabe gemacht haben, spielt bei dem Konflikt nicht die ausschlaggebende Rolle. Namentlich die Angriffe gegen den nach Keims Ansicht allzu bescheidenen Staatssekretär Tirpitz sind nicht sehr tragisch zu nehmen. Hat doch Tirpitz in der Budgetkommission wiederholt die Forderungen der mit dem Flottenverein verbundenen Nationalliberalen gebilligt und den Flottentreibern empfohlen, nur für eine willfährige Reichstragsmehrheit zu sorgen. Wichtig ist nur so viel, daß die Konservativen der Keimschen Flottentreiberei recht feind gegenüberstehen und den alldeutschen Nationalliberalen Sachwalter- und Schriftmacherdienst für das Panzerplattenkapital mit recht gemischten Gefühlen zuschauen. Dient doch der Uebermarinismus schließlich nur der treibhausmäßigen Förderung des Industrialismus, dessen wachsendes Uebergewicht über die Landwirtschaft unseren Junkern gar nicht gefällt. Aber diese Abneigung gegen den Uebermarinismus und die nationalliberalen Flottentreibereien entspringt doch allem eher, als einer Sympathie mit dem „demokratischen“ Süden, sie ist vielmehr durchaus junkerlich-reaktionären Motiven entflohen.

Beshalb im Falle Keim unsere Junker gegen Keim Stellung genommen haben, verrät deutlich genug folgende Auslassung der „Kreuz-Zeitung“:

„Die Nationalliberalen waren offenbar gewillt, ihr Parteiregiment auf der ganzen Linie zu etablieren. Die Führung wollten die Alldeutschen übernehmen, die nach der Ausschaltung des Zentrums aus der Regierungsmehrheit des Reichstages ihre Zeit für gekommen hielten. Es ist aber doch noch ein großer Unterschied zwischen dem Regieren ohne das Zentrum und dem Regieren gegen das Zentrum. Diese Partei vertritt nun einmal das katholische Deutschland; es geht nicht an, nur die Nichtkatholiken und Nichtmehrkatolikern als Musterdeutsche anzusehen und die Katholiken von den nationalen Aufgaben auszuschließen; die Mehrheit innerhalb des Blocks ist jedenfalls nicht geneigt, den antikatholischen Ultras die Führung anzuvertrauen.“

Den Konservativen sind also die Nationalliberalen zu spitz und anspruchsvoll geworden. Die Weltendmachung nationalliberal-großindustriellen Einflusses ist ihnen nicht minder unangenehm, wie die ganze konservativ-liberale Paarung. Die alte, aus gemeinsamen agrarischen und skleralen Interessen stehende Liebe zum Zentrum regt sich immer stärker. Unsere Junker glauben, daß die demokratischen Regierungen des Zentrums durch die Blockhülle hinlänglich abgefedert worden sind, um wiederum mit ihm gemeinsame agrarisch-reaktionäre Politik treiben zu können. Deshalb ihr Vorstoß gegen Keim, der sich allzu sehr in das Schlepptau der nationalliberalen Panzerplattenindustriellen hat nehmen lassen, um nicht eine Abhaltung zu verdienen. Mit Demokratie hat also die Kampagne gegen den Handlanger der Block- und Weltpolitik nicht das mindeste zu tun. Fällt Keim, so ist damit nur ein Eckstein aus der Blockpolitik abgedrückt, ein Stein des Anstoßes für das nach neuer Regierungsfähig-

keit sich sehneude Zentrum aus dem Wege geräumt! Die Keim-Affäre ist also im Grunde nichts anderes, als ein neuer Verfechtungskeim für die Blockpolitik.

Daß der Sieg über den Flottentreiber Keim keineswegs einen Triumph über die Flottentreiberei selbst darstellt, haben wir schon früher nachgewiesen. Seine Flottenbegeisterung hat ja auch Prinz Ruprecht ausdrücklich und demonstrativ betont. Und daß das Zentrum nicht wieder in seine weltpolitische Scheinopposition zurückfällt, dafür birgt die ihm zuteil gewordene, so schmerzlich ertragene Lehre. Auch das Zentrum wird alles bewilligen, was die Regierung an Flottenforderungen heute und in ein paar Jahren fordern wird. Und weil es im Grunde völlig egal ist, ob die jetzige Flottenvorlage nach den Wünschen der Keim und Stresemann erweitert oder erst Anno 1910 eine neue Flottenvorlage eingebracht wird, unsere Herrschenden den Keim ruhig fallen lassen.

Freilich: Undankbar im höchsten Maße — vom Standpunkte unserer marinitischen und weltpolitischen Fanatiker — wäre die Preisgabe Keims. War doch Keim, wie die berüchtigten Keimbrieife bewiesen, bei seiner Blockwahlagitation nur der Handlanger Bülow's! In mehr als einem Briefe hat sich ja Keim auf seine Rücksprache mit dem Reichskanzler, auf seine Beziehungen zur Wilhelmstraße berufen! Auch konnten ja am 14. Februar 1907 die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ mitteilen, daß Wilhelm II. beim letzten Hofball den Fürsten Salm, den Intimus Keims, durch die Ansprache ausgezeichnet habe:

„Mein lieber Fürst, die Wahlen sind ja vorzüglich ausgefallen und ich freue mich, daß der Flottenverein die Sache so prächtig gemacht hat.“

Und den Leuten, die ihre Sache „so prächtig gemacht“ haben, den Keim und Salm, soll jetzt der Laufpaß gegeben werden?! Kein Wunder, daß Herr Keim dieser Ausgang der Affäre unfähig erscheint und daß er noch immer überzeugt ist, daß ihn seine hohen Gönner nicht im Stich lassen werden. Welcher doch die Keim-offizielle „Tägliche Rundschau“ noch Dienstagabend, daß der Plan, Keim durch Eingreifen von allerhöchster Stelle zu Fall zu bringen, gescheitert sei und daß die wahrscheinlich am 18. oder 19. Januar stattfindende Hauptversammlung des Flottenvereins ebenso wie seinerzeit in Köln den Sieg des Präsidiums ergeben werde.

Warten wir es ab. Wir können das mit um so kühlerem Blute, als der Ausgang der Keimkrise für das Proletariat völlig gleichgültig ist. Ob Keim geht oder bleibt — das Flottentvetrußen wird fortgesetzt. Und ob an Stelle des Blocks wieder die alte Konstellation der Parteien tritt, ist für die entrechteten Massen nicht minder belanglos. Die Demokratie kann nur durch äußersten Kampf über die Reaktion siegen, möge diese Reaktion nun das Gift „Block“ tragen oder nicht!

## Staatsräson vor Staatsrecht.

Die konservative Presse ist verschumpft darüber, daß an dem Ergebnis des Schacherhandels, der zwischen der konservativen Landtagsfraktion und der Regierung hinter den Kulissen über die Ostmarkenvorlage stattgefunden hat, von der Zentrums- und der entschieden-liberalen Presse Kritik geübt wird. Die „Köln. Volksztg.“ hatte jüngst höhnisch ihren ehemaligen konservativen Blockgenossen zugerufen: „Die Staatsräson hat triumphiert über das Staatsrecht. Die jedesmalige Majorität wird demnach zu bestimmen haben, was und wieviel von Eigentum dem einzelnen belassen oder gegeben wird, wofür nur Gründe des „Staatswohls“, so wie sie es versteht, dafür angeführt werden können.“

Und die „Frankfurter Zeitung“ meinte, es sei ausgeschlossen, daß dies Kompromiß Gesetz werde; denn man könnte ebenjogut ein Gesetz machen, das bestimmt: „die Regierung kann über Personen und Eigentum im Staate nach Gutdünken verfügen.“

Die „Deutsche Tagesztg.“ wirft sich, unvorsichtiger als ihre erfahrenerer Kollegin, die „Kreuzztg.“, diesen Vorwürfen gegenüber zum Verteidiger des von den ostelbischen deutschen Krantjunkern — die nebenbei bemerkt, vielfach polnischer Abstammung sind — mit der Regierung abgeschlossenen Kompromisses auf und leistet sich dabei folgende interessante Ausführungen:

„Die theoretische Verkehrtheit der grundsätzlichen Anschauung dieser Blätter wird recht gut durch den ersten Satz der „Kölnischen Volkszeitung“ beleuchtet: Wenn hier die Staatsräson wirklich über das Staatsrecht triumphiert hätte, so wäre das mindestens besser als der umgekehrte Zustand. Denn das Staatsrecht darf doch nicht der Herr der Staatsräson sein, weil es eben nichts anderes ist und sein kann als der Wiedererschlag dessen, was die geschichtliche Erfahrung als Forderungen der Staatsräson oder besser des Staatswohls erwiesen hat und das ununterbrochene geschichtliche Werden weiterhin als seine Forderung erweist.“

Als vor einiger Zeit der große Strategie des Reichsverbandes, der Generalleutnant v. Liebert, verkündete, daß in bezug auf die preussischen Polen der Grundsatz „Macht geht vor Recht!“ seine volle Berechtigung habe, fand die

„Deutsche Tageszeitung“, daß es Herrn v. Liebert an dem nötigen politischen Takt im Verbergen konservativer Grundanschauungen fehle. Mit ihrem eigenen Takt scheint es jedoch nicht viel besser bestellt zu sein, denn der Grundsatz: „Die Rücksicht auf die Staatsräson geht vor Staatsrecht“ widerspricht direkt den Argumenten, mit denen sonst die konservative Presse die alten überlebten Vorrechte der Junker verteidigt. Wenn also die Staatsräson, d. h. die Rücksicht auf das Staatswohl, es erfordert, dann muß das Staatsrecht weichen, denn höher als das überkommene Recht stehen die Forderungen, die „das ununterbrochene geschichtliche Werden“ als seine Forderungen erweist. Stellt also der ländliche Großgrundbesitz im Osten sich als nicht verträglich mit dem Staatswohl heraus, so hat der Staat, das heißt die Mehrheit der Staatsbürger, das heilige Recht, entsprechend der Forderungen der „ununterbrochenen geschichtlichen“ Entwicklung die Großgrundbesitzer einfach zu expropriieren.

Mit dieser Ansicht sind wir völlig einverstanden und werden uns dieses schöne Jugeständnis merken für den Fall, daß es der „Deutschen Tageszeitung“ einfallen sollte, sich wieder gegenüber den Forderungen der heutigen sozialen Entwicklung auf alte historische Rechte und mittelalterliche Ueberlieferungen zu berufen. Oder gilt nach der Logik des Bündlerblattes der Grundsatz „Staatswohl geht vor Staatsrecht“ nur für den polnischen Großgrundbesitz, nicht für den deutschen Grundbesitz polnischer Herkunft? Und auf welche allgemeine Rechtsprinzipien der Rücksichten auf das Staatswohl stützt sich diese Unterscheidung?

Wir sind sogar so zuvorkommend, daß wir die von der „Deutschen Tageszeitung“ gestellte Bedingung in Kauf nehmen, nämlich die Bedingung, daß für solche Enteignungen immer „ein besonderes Gesetz“ gemacht werden müsse, „daß die Objekte der Enteignung klar zu umschreiben habe“. Das Bündlerblatt mag sich verschert halten, das „klare Umschreiben der Objekte“ wird uns gar keine Schwierigkeiten machen.

## Nationalliberale Ministeraspiranten.

Unter dem Titel „Nationalliberale Nebenregierung“ stellt die „Kölnische Volkszeitung“ einige Sünden der nationalliberalen Führer zusammen. Danach scheint es, daß das Leitmotiv der nationalliberalen Politik in einer Aeußerung zu finden ist, die Herr Paasche gemacht haben soll und die da lautet: „Man treibt doch nicht Politik, um ewig Abgeordneter zu bleiben“. Zunächst wollte Herr Paasche, wie man schon weiß, Unterstaatssekretär für die Kolonien werden, und einige Zentrumsabgeordnete scheinen diese Kandidatur unterstützt zu haben. Als aus diesem Projekt nichts wurde, sollte nach dem Sturze Posadowsky's aus dem Reichsamt des Innern ein Reichsarbeitsamt für Herrn Paasche losgelöst werden. Dies scheiterte an dem Widerstand Bethmann-Hollwegs. Dann aspirierte Paasche auf die Nachfolge Koch's als Präsidenten der Reichsbank, aber wieder ohne Erfolg. Herr Paasche ist natürlich nicht der einzige Ministerkandidat der Nationalliberalen. Auch Herr Wasserfmann möchte gern. Deshalb sollte, behauptet das Zentrumsblatt, Herr Wiederding vom Reichsjustizamt weichen, um Wasserfmann Platz zu machen. Sogar der nationalliberale Abg. Hagemann sehnte sich danach, sein Abgeordnetensein mit einem besseren zu vertauschen.

Die „Kölnische Volkszeitung“ ist über diese Nebenregierung natürlich entrüstet. Begreiflicherweise. Sind es doch gerade die Nationalliberalen, die am lautesten über die Nebenregierung des Zentrums geschrien haben. Es ist daher auch ganz nützlich, daß einmal darauf hingewiesen wird, daß bei den Nationalliberalen dieses Geschehens nichts anderes war als ein Konkurrenzwettbewerb, das alle Zeichen des unlauteren Wettbewerbes an sich trägt.

Aber ebensowenig hat das Zentrum irgend einen Anlaß zur Heuchelei. Daß ein Abgeordneter Minister werden will, ist an sich ganz in Ordnung und in jedem wirklich konstitutionellen Land selbstverständlich. In dem absolutistischen Preußen-Deutschland ist es aber so, daß man keine Prinzipien oder wenigstens keine liberalen Prinzipien haben darf, um Minister werden zu können. Daher wird, was anderswo das begehrteste Ziel eines bedeutenden Parlamentarier's ist, in Deutschland das Mittel zur Korruption der Parlamentarier durch die über dem Parlament stehende Regierung. Herr Paasche weiß sehr gut, daß sein Eintritt ins Ministerium politisch nichts bedeutet. Er weiß, daß wenn er überhaupt liberale Prinzipien hätte, er sie im Vorzimmer des Ministerkabinetts ablegen müßte. Deswegen ist das Bemühen der nationalliberalen Führer unfähig widrig. Es handelt sich nicht um eine politische, sondern um eine persönliche Angelegenheit dieser Herren. Das absolutistische Regime drückt die bürgerliche Parlamentarierpolitik zu einer persönlichen Strebererei herab. Man will ja schließlich nicht sein Leben lang nur Abgeordneter sein.

Gerade Bülow versteht es ja meisterlich, durch Erregung solcher Hoffnungen, durch unverbindliche Versprechungen und halbe Andeutungen auf dem Markte der parlamentarischen Eitelkeiten lohnende Geschäfte zu machen. Aber diese Art Nebenregierung ist eben nur möglich, weil wir keine parlamentarische Regierung haben. Gerade das Zentrum hat sich jedoch, als es noch in der Nacht war, an solcher Nebenregierung, die zwar



nicht ganz so schädlich, dafür aber auch gefährlicher war als die nationalliberale, Genüge sein lassen. Es hat nicht das geringste dazu getan, um die Macht der Regierung gegenüber dem Parlament einzuschränken. Im Gegenteil, das Zentrum hat im Bunde mit den Konservativen das Verbrechen des Markoff an den Rechten des Parlamentes mitgemacht und dadurch die Stellung des deutschen Reichstages noch härter herabgedrückt. Es hat daher wirklich nicht das Recht, über eine Erscheinung zu klagen, die in der Machtlosigkeit des Parlamentes ihre Wurzel hat. Und wenn die „Alln. Volkszeitung“ schließlich den Reichstagskläcker bedauert, daß er es unter der Zentrumshegemonie bequemer gehabt hätte, so heißt auch das nichts anderes, als daß das Zentrum den Regierungsabsolutismus auch weiter fördern will, wenn die Regierung nur seinen Willen tun will, anstatt des Willens der Nationalliberalen. Deshalb ist dieser ganze Streit der Nebenregierung im Grunde ziemlich gleichgültig. Den Volkswillen wollen weder Zentrum noch Nationalliberale ausschlaggebend wissen. Beiden ist der Regierungsabsolutismus schließlich recht, und nur darum raufen sie sich, wer von beiden den größeren Nutzen von diesem Absolutismus haben soll.

## Der „Matin“-Skandal.

Paris, 15. Dezbr. (Fig. Ber.)

Die „Humanité“ veröffentlicht heute das Weisendokument für die bedenkliche Gefügigkeit der Regierung gegen den „Matin“. Es ist ein Kabinogramm des Gouverneurs von Französisch-Westafrika, Herrn Roume, an den Kolonialminister, und zwar an den jetzigen Kolonialminister, Herrn Millès-Lacroix, datiert vom 15. Mai dieses Jahres und stellt eine Antwort auf eine Depesche des Ministers vom 18. März dar. Der Gouverneur erwidert auf die Aufforderung des Ministers, daß der seit der Expedition verstrichene Zeitraum zu groß sei, um noch die Verantwortlichkeiten festzustellen und zu entscheiden, ob die Organisatoren der Expedition, d. h. der „Matin“, zur Deckung der Kosten heranzuziehen seien! Der Gouverneur verwahrt sich gegen die Entscheidung des Ministers, daß, um den Vorhaltungen des Rechnungshofes zu entsprechen und die Affäre endgültig zu erledigen, der Posten der vorgehoffenen 64 881 Fr. auf das allgemeine Budget der Kolonie zu übernehmen sei. Er weist nach, daß ein solches Verfahren durchaus unzulässig sei; er stellt auch fest, daß der Rechnungshof wiederholt den Nachweis der Rückzahlung des Vorkaufs gefordert habe, den die Kolonie Senegal seinerzeit dem „Matin“ gewährte. Er beruft sich auch darauf, daß der Rechnungshof mit rigoroser Sorgfalt darüber wachte, daß Ausgaben, die die Kolonie nicht angehen, auf ihr Budget geschrieben werden: Ein Zirkular des Kolonialministers vom 20. November 1905 (das war vor der Zeit des Herrn Millès-Lacroix) habe die Gouverneure verpflichtet, persönlich darüber zu wachen, daß diese Vorschrift pünktlich eingehalten werde.

Man vergleiche nun mit dem Inhalt des Kabinogramms die Rechtfertigung des Kolonialministers, die der „Messidor“ in täglich wachsenden Notizen veröffentlicht hat! Der Minister behauptete, er sei bisher wegen Beschäftigung mit dem Budget nicht dazu gekommen, sich mit der Sache zu befassen. Das Kabinogramm beweist, daß er sich damit befaßt hat — aber in der Absicht, dem „Matin“ die Zahlung zu erlassen! Und dies mittels einer unerlaubten, vom Rechnungshof wiederholt beanstandeten Manipulation!

Der „Messidor“ wollte glauben machen, der Rechnungshof habe die Angelegenheit noch nicht berührt, wenigstens unter der Ministerchaft des Herrn Millès-Lacroix, aber das Kabinogramm zeigt, daß der Minister gerade um den ihm bekannten, wiederholten Reklamationen des Rechnungshofes ein Ende zu machen, den Gouverneur zu einer pflichtwidrigen, die Staatsinteressen schädigenden Handlung aufgefordert hat.

Zur Geschichte der „Mission Vianet“ hat einer der Teilnehmer, Herr Dereims, einem Mitarbeiter der „Humanité“ einen interessanten Beitrag geliefert. Der Gedanke ging von Herrn André Verthelet aus, der jetzt Administrator der Pariser Untergrundbahn ist, nachdem er ehemals als Gemeinderat-Berichterstatter über diese Unternehmung gewesen war! Mit ihm zusammen arbeitete auch Herr Volday vom „Matin“, der sein Blatt zur Verfügung stellte, um den afrikanischen Projekten der Gruppe das patriotische Mantelchen anzuhängen. Herrn Volday kam diese Reklame obendrein für sein Blatt zugute. Die Expedition wurde von den Eingeborenen festgehalten, ohne daß indes den Teilnehmern ein Leid geschah, da sich ein Häuptling energisch für sie einsetzte. Ihre Eskorte aber, die von ihr getrennt worden war, richtete, in der Meinung, daß die Abgeschnittenen getötet worden seien, unter einer Karawane, der sie begegnete, „zur Sühne“ ein grausames Blutbad an. Daraufhin forderten die Afrikaner für die Entlassung ihrer Gefangenen ein Lösegeld von etwa 15 000 Fr. Der „Matin“ verlangte von der Regierung Hilfe, und in der Tat wurde auch eine militärische Expedition ausgerüstet. Die Kosten dieser durch den Abschluß des Freilassungsvertrages überflüssig gewordenen Hilfs Expedition sind es nun, die der „Matin“ nicht zahlen will. . . .

Die Affäre des „Matin“ stellt nur einen Einzelfall der bürgerlichen Korruption dar. Einen Einblick in das Ganze gewährt jedoch das Verhalten einer der gesamten Bourgeoispreffe. Es wäre ein falscher Ausdruck, von einer „Verschwörung des Schweigens“ zu sprechen, wo es sich augenscheinlich um die selbstverständliche Solidarität der schlechten Gewissen handelt. Während auf den Straßen das Publikum den Camelots die „Humanité“ aus den Händen reißt, bringen es die politischen und die unpolitischen Zeitungen der Bourgeoisie fertig, über die Angelegenheit entweder ganz mit Stillschweigen hinwegzugehen oder sie in ganz kurzen, möglichst unauffällig untergeordneten Notizen abzutun. Auch Zeitungen, die unmittelbare Konkurrenten des „Matin“ sind, verfahren so. Man darf da nicht etwa an eine ritterliche Kollegialität glauben — die Herrschaften sind sonst nicht so edel. Auch der natiliche Haß der Geschäftsjournalisten gegen Journalisten von Gefinnung genügt noch nicht als Erklärung. Vielleicht kommt man dem Rätsel näher, wenn man aus der ursprünglichen, ungemilderten Erklärung des „Messidor“, daß Herr Yvan Varilla mit dem Kolonialminister wegen einer Landkonzession in Afrika unterhandelt habe — eine Erklärung, die heute allerdings durch Verichtigungen abgeklärt werden soll — die naheliegenden Schlüsse zieht. Sollte es auch an andere Zeitungsunternehmer geben, die sich für Konzessionen und dergleichen interessieren? Die Enthaltungen der „Humanité“ wären in diesem Falle eine ärgerliche Gefährdung. Einzig der „Messidor“ hat die Affäre ausführlich behandelt, als bester Anwalt des Kolonialministers. Der „Messidor“ protestiert aber stolz dagegen, als offizielles Organ zu gelten. Er reitet nicht in fremden Diensten und Geschäften.

## Marokko.

Diplomaten als Gründer.

Paris, 14. Dezember. (Fig. Ber.)

Die „Humanité“ gibt heute die Namen der französischen Diplomaten in Marokko bekannt, die

Aktionen der Marokko-Gründungen der Schneiderischen Gruppe besitzen. Es sind dies Herr de Saint-Aulaire, erster Sekretär der Gesandtschaft in Tanger. Er ist Aktionär der Société Immobilière du Maroc et des colonies africaines, Außer ihm sind Graf de Cherisey, der zweite Gesandtschaftssekretär, und der französische Konsul Marinaccio Cavolacci ebenfalls Aktionäre dieser Gesellschaft. Graf de Cherisey ist aber auch Aktionär der Compagnie Marocaine. Die Liste ist aber keineswegs vollständig. Auch bei anderen Gesellschaften sind Diplomaten — das ganze diplomatische Korps beim Nahegen, wie die „Humanité“ sagt — beteiligt. Unter diesen Umständen ist es wahrscheinlich nicht wunderbar, wenn die diplomatischen Berichte die „Notwendigkeit“ zu handeln“ hervorheben. Die Société Immobilière hat sich die Aufgabe gestellt, liegende Güter aller Art zu kaufen“. Der billigste „Kauf“ ist aber vom Altersher der Raub. Namentlich dann, wenn auch die Betriebskosten dieses Gewerbes auf andere abgewälzt werden könnten. In diesem Falle sind es die französischen Bürger, deren Leben und Gut die Agenten und Aktionäre der Expansionspolitik in Anspruch nehmen, um die Geschäfte der Immobiliäre usw. in die Höhe zu bringen.

Es ist übrigens nicht über, zu konstatieren, daß die Liste der an den marokkanischen Gründungen Beteiligten einem Auszug aus dem Almanach des französischen Adels gleicht. Es winkelt da von Grafen, Vicomtes, Marquis. Die Schneiderische Sippe gehört, seitdem sie unter dem Kaiserreich ihren Millionenbesitz begründet hat, der reaktionären Gesellschaft an. Das hindert aber die „radikale“ Regierung nicht, ihre Diplomaten noch immer aus ihr zu rekrutieren und die Republik den feudalen Kapitalisten dienstbar zu machen.

Ueber die Stimmung der Marokkaner wird in einem Tanger-Brief der „Bosnischen Zeitung“ geschrieben:

Der Haß gegen die Franzosen ist . . . bei den Eingeborenen im Wachsen begriffen. Begegnend für diesen Haß ist folgende aus Rabat stammende Notiz der hiesigen englischen Zeitung „Al-Moghreb Al-Akbar“: Beim Stamme der Beni Hassen erörtert man die augenblickliche Lage öffentlich auf den Straßen und unter anderen Redensarten, die niederzuschreiben nicht klug wäre, heißt es: Wir würden die Engländer und Deutschen mit Freuden willkommen heißen, aber das verachtungswürdige Regime mit der Ermüdung der gegenwärtigen Eingeborenen werden wir niemals annehmen; sollten die anderen Nationen uns nicht helfen, so werden wir mit allen Christen im Lande aufzuräumen; einwilligen betrachten wir nur die Franzosen als unsere Feinde.“ Auch die offizielle französische Zeitung erwidert endlich, daß es im Lande gäre, und findet, daß man noch nie eine solche nationale Bewegung im Marokko beobachtet habe wie augenblicklich. Daß sich diese Bewegung ganz allein und ausschließlich gegen Frankreich richtet, mögen die Franzosen wohl ebenso gut wissen wie jeder andere Europäer, doch wird es natürlich verschwiegen. Das französische Blatt stellt die Behauptung auf, daß es sehr viele Araber gebe, die eine Modernisierung Marokkos mit Freuden begrüßen würden. Das mag vielleicht richtig sein, doch wissen die meisten Araber auch, wie wenig ihre Glaubensgenossen in Algier und Tunis von der Modernisierung Nutzen gezogen haben und wie dort das niedere Volk nicht viel besser behandelt wird als das liebe Sieb; mag ihnen also die Einführung europäischer Sitten recht sein, in jedem Falle gratulieren wir ihnen, daß die Franzosen sich damit zu schaffen machen, und man kann wohl sagen, daß sie sich dem mit allen Kräften widersetzen werden.“

Der Vorstoß der Franzosen von der algerischen Grenze aus wird fortgesetzt. Die der Pariser „Matin“ meldet, ist die Kolonne Branlère in Scherara angekommen. Tags vorher ist es nach dem „Welt Pariser“ bei Scherara zwischen der Kolonne Branlère und den Beni Snassen zu heftigen Kämpfen gekommen.

Die der „Matin“ meldet, soll dem Stamme der Beni Snassen unter folgenden Bedingungen Friede gewährt werden: Zahlung einer Geldbuße von 100 Fr. für jede Familie, Erbauung einer Straße über den Paß von Gerduh, wodurch eine direkte Verbindung von Port Sah nach Ufshda hergestellt würde, Rückgabe der von den Beni Snassen erbeuteten Leibelgewehre, sowie schließlich Recht des freien Durchzuges in den Gebieten sämtlicher Stämme.

Der Sultan scheint die Hilfe der Franzosen gegen die Verrätern in Anspruch nehmen zu wollen. Aus Fez wird nach Paris gemeldet, daß Abdul Wis die Ulemas von Fez beauftragt habe, ob das muslimanische Gesetz die Mitwirkung ausländischer Truppen bei der Bekämpfung aufständischer Stämme zulasse. Die Mehrzahl der Priester hat diese Frage bejaht. — Briefe aus Rabat melden, daß Kutay Hafid dem Sultan Abdul Wis seine Unterwerfung angeboten habe, vorausgesetzt, daß dieser sein gegenwärtiges Ministerium entlasse. —

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Dezember 1907.

### Eine „liberale“ Errungenschaft.

Da der freisinnige Blodflügel bisher irgend welche nennenswerten Erfolge aus seinem Konföderationsverhältnis zu den Konservativen nicht aufzuweisen vermag, so greift die freisinnige Presse dazu, ihrer Leserschaft selbst die zweifelhaftesten sauren Blodfrüchte als große „liberale“ Errungenschaften aufzuzeigen. Sogar das bedeutungslose Schreiben des Kanzlers an die Bundesregierungen über die Einschränkung des Zeugniszwanges wird als großer Erfolg der Blodpolitik geriefen. Die „Bosn. Ztg.“ meint, daß das Schreiben des Fürsten Bälou in weiten Kreisen des Volkes lebhaftest Befriedigung erregen werde, und preist die Bälouische Anweisung als die „Erfüllung alter volkstümlicher und gerechtfertigter Forderungen“, und selbst das „Verl. Tagebl.“ ruft bewundernd aus: „In aller Stille hat der Baum der Blodpolitik zu einer neuen Frucht angelegt.“

Der Freisinn wird tatsächlich von Tag zu Tag bescheidener in seinen Ansprüchen an die liberale Blodära. Welche Bedeutung hat denn das Bälouische Schreiben? Unter Umgehung des Reichsjustizamtes, das seit einiger Zeit mit den Justizministern der Einzelstaaten Beratungen über Änderungen der Strafprozeßordnung pflegt, werden von oben herab die Bundesregierungen aufgefordert, in bestimmter Richtung ihren Einfluß auf die Gerichte geltend zu machen. Das ist eine Einwirkung auf die Justiz, die nicht nur in ihrer Form höchst sonderbar ist, sondern auch den Grundfögen des Rechtsstaates in keiner Weise entspricht. Diese Anweisungen von oben herab, mögen sie nun eine Wilderung oder Verschärfung der bisherigen Rechtspraxis bezwecken, müssen unbedingt als unzulässige Beeinflussungen der Justiz gelten. Steht sich ein Mißstand in der Strafprozeßordnung heraus, muß er gesetzlich geändert werden, nötigenfalls durch Rotparagrafen, nicht aber durch ministerielle Verfügungen und Anweisungen.

Zudem aber sind derartige Anweisungen wertlos; denn es bleibt den Gerichten überlassen, wie weit sie ihnen Beachtung schenken und ihnen folgen wollen. Es hängt also ganz von den Richtern und den Staatsanwälten ab, wie weit des Kanzlers „Anregung“ Wir-

samkeit erlangt. Hier wird's so gehandhabt, dort anders — je nach subjektiver Laune und Einsicht. Das ist ein saurer Zustand. Nicht ministerielle Anweisungen, sondern bestimmte Rechtsgarantien sind erforderlich. —

### Ein gefährlicher Plan.

Dem Freisinn nützt sein Sträuben nichts. Die Deckung des Reichsdefizits soll durch weitere Belastung der schwachen Schultern erzielt werden. Als erstes wird der famos Plan des Branntweinmonopols zu verwirklichen gesucht. Heute hält der Bundesrat eine Sitzung ab, die sich mit der Vorlage beschäftigt. Diese soll schon im nächsten Januar dem Reichstage zugehen. Geplant ist die Verstaatlichung des Spiritushandels. Die „Liberale Korresp.“ macht über den Inhalt der Vorlage folgende Mitteilung:

Die Liebesgabe soll den Brennern noch auf zehn Jahre zur Hälfte bewilligt werden. Der Preis des Branntweins soll für alle Zukunft so normiert werden, daß der Wert der Schlempe den Brennern stets als Gewinn übrig bleibt. Der Preis soll jedes Jahr fixiert werden, und zwar durch einen Ausschuss, der folgendermaßen zusammengesetzt ist: Ein Teil der Vertreter wird gewählt vom Reichstage, ein weiterer von den Landwirtschaftskammern, und ein dritter Teil wird ernannt vom Reichsanwalt und anderen Reichsbehörden. Das agrarische Übergewicht in diesem Ausschuss würde dadurch vollständig beseitigt sein.“

Wir gestehen, daß wir diese Pläne für eine ungewöhnlich große Gefahr halten, gegen die mit größter Energie anzukämpfen sein wird. Die angebliche Reduktion der Liebesgabe ist trügerischer Schein. Das Entscheidende ist einzig und allein die Festsetzung des Branntweinpreises. Und nun urteile man, was es bedeuten würde, darüber einen Ausschuss bestimmen zu lassen, der fast ganz aus Agrariern bestehen wird, also aus Leuten, die an der Festsetzung des Preises persönlich interessiert sind. Die Vertreter des Reichstages, der eine agrarische Majorität hat, werden agrarisch sein, die Vertreter der Regierung, dieses Kollegiums aus dem Junker, ebenso und die Vertreter der Landwirtschaftskammern erst recht. Und diese Leute werden für sich und ihre Klassen-genossen aus den Steuergebern die Preise zu bewilligen haben. Es ist fast so, als würde das Reich den Junkern einen Wechsel ausstellen, dessen Betrag die Junker selbst ausfüllen dürfen.

Demgegenüber treten die anderen Gefahren eines Spiritusmonopols, so groß sie an sich sind, zurück. Die Verstaatlichung des Handels bringt eine große Anzahl Menschen in die stärkste Abhängigkeit von einer Regierung, die ihre wirtschaftliche Macht stets in der rücksichtslosesten Weise zu politischen Zwecken mißbraucht. Das Interesse des Staates am Branntweinabsatz steigert die Gefahr, daß der Antialkoholbewegung neue Schwierigkeiten erwachsen werden. Die Verteuerung des Branntweins aber durch die in dem Monopol enthaltene Steuererhöhung trifft gerade die Ärmsten der Armen am empfindlichsten.

Bestoegen muß dieses Monopol den stärksten Widerstand hervorrufen. So schlecht auch das deutsche Volk am 25. Januar gewählt hat, so wird selbst der Reichstag, den die Hottentottenwahlen über uns verhängt haben, es sich doch gründlich überlegen müssen, bevor er einem so verderblichen, die Korruption geradezu züchtendem Gesetz seine Zustimmung gibt. —

### Der gerüffelte Blod-Kanzler.

Nach Zentrumsblättern hat Fürst Bälou an den katholischen Pfarrer Reiter in Holzhausen (Bayerisch-Schwaben) ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Ich schätze die treue Mitarbeit der katholischen Kreise Deutschlands an dem großen Werke der sozialen Verbesserung besonders hoch und wünsche, daß auch Ihrem Gebetbuch und Gebetsbuch ein voller Erfolg beschieden sein möge zum Besten unseres deutschen Arbeiterstandes.“

Die „Frankf. Ztg.“ teilt nun einige Stellen aus dem „Gebetsbuch“ mit, das der Pfarrer Reiter verfaßt und das dem Reichskanzler so sehr gefallen hat. Es heißt unter anderem in diesem „Pflichten und Rechte des Christlichen Arbeiters“ betitelten Buche:

„. . . Luther, Calvin und so viele andere, die durch ihren Abfall von der Kirche unfähiges Unheil stiften, wären nie Steher geworden, wenn sie sich nicht von Christus und Stolz hätten beherren lassen: Eitelkeit und Dünkel war es, daß sie mit neuen Lehren auftraten. . . . daß sie an ihrem Jertum festhielten, obwohl sie in ruhigen Augenblicken denfelben erkannten.“

Die freisinnige Presse meint, Bälou täte gut, künftig nicht so freigebig mit Anerkennungsbriefen zu sein. Denn offenbar habe er das „Gebetsbuch“ gar nicht gelesen. Wer weiß? Vielleicht stand soviel zur Verdamnung der Arbeiter darin, daß er über die Ausdrücke des zelotischen Konfessionshasses grohmütig hinwegging!

Bälou wäre dabei nicht einmal weitherziger gewesen, als der Blodfreisinn. Denn dieser hat sich bei der Blodwahlkampagne ruhig die Unterstützung des Liebert-Verbandes gefallen lassen, obwohl es in dessen Flugschriften von schmutzigen Verleumdungen der Sozialdemokratie und ihrer Vorkämpfer wimmelte, von Verleumdungen und niederträchtigen Antworten, gegen die die Angriffe gegen die Reformatoren ein Kinderpiel sind. Zudem ist es doch drollig, daß gerade die publikumswirksamen Vertreter des beschnittenen Börsenkapitals die Anrempelung der Luther und Calvin so schmerzlich empfinden!

### Nicht satifaktionsfähig?

Herr Liebermann v. Sonnenberg fähigt sich durch die abfällige schmeichele Kritik, die sich die „Tägl. Rundschau“ über seine Ausführungen in der Budgetkommission des Reichstages geleistet hat, in seiner Spezialehre tief verletzt und hat, wie die „Alln. Volkszeitung“ berichtet, gegen dieses Blatt die Verleumdungserkläre erhoben.

Wir finden vom Standpunkt des Herrn Liebermann diese Handlung recht sonderbar; zum mindesten hätte er doch seinen ritterlichen Anschauungen nach den Herausgeber der „Tägl. Rundschau“, den Herrn Heinrich Rippler, auf Pistolens fordern müssen. Oder sollte er gar den Chefredakteur des „Kaiserblattes“ für nicht satifaktionsfähig halten? —

### „Gunde sind wir ja doch.“

Den Nationalliberalen wird es ungemütlich. Ihre Oppositionsgefühle sind von Bälou schnell erstickt worden. Sie sahen ein, daß sich so etwas nicht für sie schickte und versprachen, wieder brav zu sein, auch ohne daß Paasche oder Wassermann das Ziel ihrer Sehnst erreichten und Minister werden. Die „Alln. Zeitung“ erklärt feierlich, daß die nationalliberale Partei mit dem sehr unbedeutenden Farben nichts zu tun haben will. Auch will sie einen Strich machen unter die Angelegenheit Paasche-Gine m. Sie ist überhaupt gegen alle Angriffe auf die Regierung, wozu sich die alten Nationalliberalen nur durch die bösen Jungliberalen haben verführen lassen. Für Blodparteien schiden sich solche Angriffe nicht. Man muß vertrauensvoll, meint sie, mit der Regierung zusammenarbeiten.



Es ist nicht ganz deutlich, ob die „Adn. Zeitung“ hier den Wünschen Bülow's oder denen der nationalliberalen Parteileitung Ausdruck gibt; aber das dürfte in diesem Fall zusammenfallen.

### Sadiismus in der Kaserne.

Der schon über ein Jahr dienende Musikant Kettich von der 10. Kompagnie des Regiments „Hamburg“ ist nach seiner Rückkehr vom ostasiatischen Kontingent unter die Kapitulanten gegangen. Um die Qualifikation zum Unteroffizier zu erlangen, wurde er Rekrutengefreiter, welche „Würde“ ihm zu Kopf gestiegen war. Am 10. November ließ er mehrere Rekruten turnen. Unter den Leuten befand sich auch der jüdische Einjährige Silberberg, den er „Judenjonn“ nannte. Er redete seine „Untergebenen“ also an: „Such Brüder kann ich gerade gebrauchen; Ihr sollt es gut bei mir haben!“ Er zeigte sich auch als ein Mann der Tat; namentlich hatte er „Judenjonn“ in sein Herz geschlossen, den er derartig zügelte, daß der Einjährige, der ohnedem ein schlimmes Antlitz hatte, Seidenstücke bekam. Obwohl der Unglücksmensch einen Stein im Schuh hatte, was er R. mitteilte, mußte er auf den Befehl seines Vorgesetzten einen Marschmarsch-Douff machen, bis er in Saubere gebadet war. Der Abwechslung halber mußte Silberberg Wodspringen, Kinnzüge und Antriebe machen. Als S. den Stellvertreterseurenden geniesenden hohen Patron hat, zum Feldweibel gehen zu dürfen, sagte Kettich: „Ach so, Du Kas, Du willst mich morden!“ Bald besamte ich die Treppen, dann hast Du keine ruhige Stunde mehr. Ich schlage Dich zum Krüppel.“ Nach beendeter Dienst verlangte Kettich, der jetzt im Vorgesetzten mehr war, die Rekruten, namentlich Silberberg, sollten vor ihm Respekt bekunden. Am anderen Tag ging das Treiben von neuem los. Silberberg brachte den Rekrutenführer zur Anzeigte. Außer dem wegen Mißhandlung Untergebenen angeklagten Kettich hatte sich der die Aufsicht führende Feldweibel Hagenhofer wegen Pflichtverletzung zu verantworten. Kettich bat um eine gelinde Strafe, damit er in einem anderen Regiment weiter kapitulieren könne. (Das sollte auch noch!) Der Ankläger beantragte gegen Kettich zwei Monate und 15 Tage Gefängnis und gegen den Feldweibel drei Tage gelinden Arrest. Das Kriegsgericht der 18. Division verurteilte Kettich wegen fortgesetzter Mißhandlung, vorschristwidriger Behandlung und Nötigung zu zwei Monaten und einem Tage Gefängnis und den Feldweibel zu einem Tage gelinden Arrest.

### Wieder Einer da unten.

Prinz Ludwig von Bayern, der Vater des Prinzen Ruprecht hat auf eine Ansprache des Staatssekretärs Bethmann-Hollweg, die anlässlich der Einweihungsfeste des Deutschen Museums in München gehalten wurde, erwidert, er freue sich, daß die nationale, ganz Deutschland zum Nutzen gereichende Anstalt in München bestünde, wodurch der Reichsgedanke Einer für alle und Alle für einen zum Ausdruck komme. — Wir fürchten, daß Prinz Ludwig da offenbar zu optimistisch urteilt. Denn neulich wurde erklärt, daß „alle“ hinter dem General Krin und seinen Leuten ständen und durchaus nicht für einen da unten eintreten wollen. Prinz Ludwig kennt offenbar den preussischen Partikularismus noch nicht genügend.

### Knecht und Prinz Ruprecht.

Knecht Ruprecht bringt den Kindern zu Weihnachten seine Gaben: schöne Geschenke den Frauen, für die Schlimmen aber die Rute. In der deutschen Politik, der Vergleiche aus der Kinderstube ja sehr nahe liegen, gibt es auch solche Knechte Ruprecht. Den bösen, nationalen, patriotischen Vangerplattensabrikanten und Werftenbesitzern bringen sie Geschenke aus rotem Golde, die einzig unzerbrechlich, reichsfeindliche, nörgelnde Rote der Schlimmen züchtigen sie mit der Rute der indirekten Steuern. Wenn aber gar einer aus der Schaar der Bösen schlimm geworden ist, dann ergrimmst der Knecht Ruprecht und gibt ihm zu den Rutenschlägen noch schlimme Scheltworte. Doch kann es schließlich dem Ruprecht auch einmal schlimm ergehen. Die Frauen sind an die schlechte Behandlung, die sie plötzlich erdulden müssen, noch nicht gewöhnt; sie haben trotz ihrer Wahrheit keine Geduld. — Die haben nur die Schlimmen — laßend schlagen sie die Rute beiseite, was nämlich gar nicht so schwer ist, wie die dummen und geduldigen Schlimmen meinen, und drehen dem schimpfenden Ruprecht eine lange Nase. Wenn es aber gar ein Märchenprinz ist, dem der Ruprecht übel mitgespielt hat, dann gibt es große Aufregung. Märchenprinzen drehen zwar nicht selbst lange Nasen, aber sie halten sich dazu einen Minister, der das in ihrem Namen besorgen muß. Die Nase wird dann besonders lang und reicht dann von einem Ende des Reichs bis an das andere, so daß sie von allen anderen Märchenprinzen gesehen werden muß. Die Märchenprinzen aber lieben einander und sind alle entrüstet, daß einer von ihnen da unter von dem dummen, leeren Knecht beleidigt wurde. Der Knecht und seine Rute ist doch nur für die Schlimmen da, die geprügelt werden müssen, nicht aber für Märchenprinzen, die immer brav sind. Der schlechte Knecht muß gehen und ein besserer, der vor Prinzen den schuldigen Respekt nicht vergißt, bekommt den schönen Posten. Damit er aber nicht wieder in Versuchung gerät, mit seiner Rute daneben zu schlagen, wird die Ration für die Schlimmen verdoppelt. Befriedigt und glücklich regieren die Märchenprinzen weiter, und der Minister, der die märchenhaft lange Nase gedreht hat, bekommt einen märchenhaft hohen Orden.

### Nach eine Kompromißfrucht.

Das preussische Vergesetz in seiner jetzigen Gestalt verdankt als einem Kompromiß zwischen Konservativen und Zentrum. Und dieses Gesetz bietet den Arbeitern „Steine statt Brot“. Das schrieb vor zwei Jahren der „Vergknappe“, das Organ des christlichen Vergarbeiterverbandes. Daß dieser Ausdruck nicht zu hart ist, haben die Vergarbeiter zu ihrem Leidwesen, und obwohl die Zentrumspresse sich bemühte, die letzte „Reform“ als eine Wohltat für die Arbeiter erscheinen zu lassen; schon mehrfach erfahren. Und jetzt haben die Vergarbeiter eine neue Probe von der durch Zentrumshilfe bescherten Wohltat erhalten. Weil die Arbeiter sich die von den Werkbesitzern beabsichtigten Verschlechterungen nicht gefallen lassen wollten, hat jetzt das königliche Oberbergamt zu Dortmund gemäß den gesetzlichen Bestimmungen der neuen Vergnovelle die bislang gültigen Anknappungsbestimmungen dem geltenden Gesetz angepaßt und als neue vom 1. Januar 1908 ab gültige Satzungen erlassen. Wie schon seitens des oberbergamtlichen Kommissars bei Gelegenheit der Generalversammlung des Allgemeinen Anknappungsvereins am 28. September 1907 hervorgehoben wurde, handelt es sich bei den obzitierten Satzungen nur um formelle Änderungen, um die bisherigen Satzungen mit den Bestimmungen des neuen Gesetzes in Einklang zu bringen.

Das Zwangsstatut ist am Sonntag den Kleinsten zugestellt worden. Es enthält als hauptsächlichste Verschlechterung die Verschärfung des Kindergeldes, ferner ist das Krankengeld um 50 Pf. pro Tag gegen früher reduziert worden. Die Invalidenpensionen sind nach Maßgabe des letzten Vorschlags der Werkbesitzer festgesetzt. Dieses bedeutet für die Invaliden unter 15 Jahren Dienstalter eine wesentliche Verschlechterung.

Interessant ist, was das Unternehmensorgan, die „N. W. B. Ztg.“ dazu bemerkt. Es schreibt:

„Abgesehen von redaktionellen Änderungen und Zusätzen erstrecken sich die Veränderungen in dem obzitierten Statut, das im übrigen gegen das jetzt gültige den Mitgliedern mancherlei Nachteile bringt, die aber nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen nur bei einer gültigen Vereinbarung zu umgehen sind, auf folgende Hauptpunkte.“

Sehr schön, die Verschlechterungen sind bedingt durch die Zentrumswohlfahrtsreform, von der die ultramontane „Tremmonia“

seinerzeit schrieb, sie sei ein voller Erfolg des Zentrums. Die Vergarbeiter können sich für die Verschlechterung also beim Zentrum bedanken.

### Der Prozeß Vielwald vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 17. Dezember. In dem Prozeß des Arbeiters Vielwald gegen die Stadt Breslau wegen Entschädigung für die ihm von einem Polizisten abgehandelt und erkrankte das Reichsgericht auf Abweisung der Revision der Stadt Breslau gegen das Urteil des Oberlandesgerichts, in welchem der Antrag des Klägers dem Grunde nach für berechtigt erklärt worden war.

Also bekommt das Opfer der schneidigen Breslauer Polizei wenigstens seine Entschädigung. Freilich — sehr vernehmlich wirkt dieser Akt der Gerechtigkeit nicht. Denn zahlen muß für die Tat des königlichen Polizisten die Stadtgemeinde Breslau und der Handabnehmer ist noch immer nicht erreicht! —

### Rein Gardegraf!

Reife, 17. Dezember.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Das Kriegsgericht zu Reife verurteilte den Leutnant Hennig vom Infanterieregiment 23 wegen Vergehens gegen den § 176 des Strafgesetzbuches, verurteilt an seinem Dursche, zu einem Jahr Gefängnis und Dienstentlassung.

### Eine Begnadigung.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Leipzig, 17. Dezember. Aus Dresden wird gemeldet, daß der frühere Kommerzienrat Hahn, der seinerzeit wegen Depotunterschlagungen u. dergl. zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, jetzt, nachdem er 2 1/2 Jahre von seiner Strafe abgehört hat, begnadigt worden ist.

Herr Hahn hat einst eine bedeutende Rolle im geschäftlichen und Gesellschaftsleben Dresdens gespielt. Im Krisenjahr 1902 brach das Bankhaus, dessen Besitzer er war, zusammen, der völlige Ruin wurde indes durch eine Hilfsaktion der Dresdner Bank verhindert. Bei dieser Gelegenheit wurden die Verschuldungen Hahns aufgedeckt.

### Verfolgung antimilitaristischer Propaganda.

Adn, 17. Dezember.

Hier befinden sich zurzeit sechs Angeklagte, die teils hier wohnen, teils aus Holland sind, in Untersuchungshaft wegen Aufreizung von Personen des Soldatenstandes, begangen durch die Broschüre „Soldatenfreund, mit Gott für König und Vaterland“. Der Hauptangeklagte ist ein aus Wien gebürtiger, zuletzt in Arnheim wohnhafter Schreiner Hoermann.

### Oesterreich.

Wien, 17. Dezember. Im schlesischen Wahlbezirk Freistadt-Oberberg wurde der Sozialdemokrat Daszynski in den Reichsrat gewählt.

Von den wenigen Wernutstropfen, die unseren tapferen österreichischen Genossen am 14. Mai d. J. in den Freudenbecher fielen, war der bitterste: der Durchfall des Genossen Daszynski, dieses bekannnten und bedeutenden Vertreters der polnischen Sozialdemokratie Oesterreichs.

Am 14. Mai siegte in Freistadt-Oberberg Genosse Reger mit 6901 Stimmen gegen 2481 Stimmen der beiden gegnerischen Parteien. Genosse Reger trat jetzt zugunsten Daszynskis zurück, dem nun der sichere Kreis im ersten Wahlgang zugefallen ist.

### Schweiz.

#### Teuerungszulagen.

Bern, 17. Dezember. Der Ständerat bewilligte antragsgemäß 2 1/2 Millionen Frank für Teuerungszulagen an das Personal der Bundesbahnen für das laufende Jahr und erledigte das Budget der Bundesbahnen für 1908.

#### Die Finanzen des Kantons Zürich.

Zürich, 16. Dezember. (Sig. Ver.) Die vor einigen Jahren erfolgte Steuererhöhung von 4 auf 4 1/2 Proz. zur Verrückung des chronisch gewordenen Defizits hat die Einnahmen des Kantons Zürich in einem solchen Maße erhöht, daß das Defizit, das Ende 1903 3 983 901,26 Frank betragen hatte, Ende 1906 bereits bis auf 77 008,69 Frank gerückt war und heute wohl ganz verschunden ist. Diese Defizitperiode war von gewissen Gegnern, so auch von Freiberger u. Henz zu Herrnsheim, zu einer skrupellosen Hege gegen unseren Genossen, Regierungsrat Ernst, benutzt worden, der davon so ungeschuldig war wie der Wormser Lederbaron selbst.

Das Budget pro 1908 sieht an Einnahmen 23 817 400 Frank, an Ausgaben 23 800 810 Frank vor.

### England.

#### Die Wirkung der deutschen Flottenvorlage.

London, 14. Dezember. (Sig. Ver.) Es dürfte auch in Deutschland bekannt sein, daß Hr. W. L. Stead, der Herausgeber der „Review of Medias“, einer der hervorstechendsten Pacificisten und einer der Ueberderer englisch-deutschen Freundschaftsbündnisse ist. Noch vor einigen Jahren sagte er mir, nun sei die Zeit gekommen, auch für eine Verrückung der englisch-deutschen Beziehungen zu wirken. Und er begann nach und nach seinen Einfluß nach dieser Richtung geltend zu machen. Er war hocherfreut über die Anarchistenbegegnungen und glaubte, die Aera des Völkertums habe bereits ihren Anfang genommen. In dem heute erschienenen Heft seiner Review aber gibt er folgenden Kommentar zur deutschen Flottenvorlage:

„Fürst Bülow konnte sich selbst überzeugen, daß der Besuch des Kaisers die Mißverständnisse auf beiden Seiten beseitigt hat, die während der letzten zehn Jahre ihren Schatten auf die Welt warfen. Aber beim ersten Verschwinden der Mißverständnisse und bei der Herstellung friedlicher und freundlicher Gefühle zwischen England und Deutschland sehen wir uns einer plötzlichen Steigerung des deutschen Flottenprogramms gegenüber. Man kann es sich kaum erklären, warum Deutschland, dessen Beziehungen zu seinen Nachbarn freundlicher geworden sind, so viele Millionen mehr zu seiner Verteidigung ausgibt. Es kann selbstredend kein Zweifel darüber aufkommen, was John Bull's Antwort auf dieses Programm sein wird. Er wird sagen, es tue ihm leid, aber er könne nichts dafür, er müsse in aller Gerechtigkeit die Herausforderung annehmen. Er will nichts weiter als den Status quo. Er hat keine nennenswerte Armee; seine einzige Verteidigung ist die Flotte. Die Aufrechterhaltung seiner Seebücherei ist eine Lebensfrage für ihn. Wir sind bereit, den Status quo aufrecht zu erhalten, entweder durch die Herabsetzung oder die Nichtvermehrung der Rüstungen. Aber wenn die Seeherrschaft sich auf diese Weise nicht sichern läßt, so sind wir entschlossen, sie durch W. K. r. u. f. zu sichern (!) Wir werden nicht viel davon sprechen, aber für jedes neue deutsche Schiff werden wir zwei auf Stapel legen. Das ist die Formel unserer Sicherheit. Wir werden diese Frage ebenso wenig diskutieren wie ein Schwimmer die Frage, ob er den Kopf über Wasser halten müsse. Wir müssen es einfach tun, außer wenn wir Selbstmord begehen wollten. Wir sind eine Friedenspartei und eine Freihandelspartei, und unsere Insel kann nur dann friedlich leben und sich Nahrungsmittel schaffen, wenn wir den Ocean frei haben.“

Wenn schon Stead so spricht, mit welchen Gefühlen müssen erst die Seepolitiker und Wasserenthusiasten die neue deutsche Flottenvorlage betrachten! — Wir haben übrigens schon vor zwei Wochen auf den Ernst der Seerüstungen aufmerksam gemacht.

London, 15. Dezember. Der erste Lord der Admiralität, Lord Tweedmouth, hielt gestern bei einem Festmahl der Liverpooler Schiffsmänner eine Rede, in der er zunächst anerkannte, daß den Steuerzahlern durch die Ausgaben für die Flotte große Lasten auferlegt würden, und dann erklärte, die englische Flotte müsse hinreichend stark sein, um Englands Uebergewicht zur See zu sichern. Dies sei kein oggressiver Ton, denn die Regierung habe weder die Absicht noch den Wunsch, irgend eine fremde Macht anzugreifen; aber dem englischen Handel müsse Schutz gewährt werden. Er wie seine Kollegen seien bestrebt, so sparsam wie möglich zu wirtschaften; wenn sie jedoch große Forderungen zu stellen hätten, müsse das Land sie unterstützen.

London, 17. Dezember. Der Kriegsminister Haldane hielt in Hanley eine Rede, in der er auf die wachsenden Bevölkerungen von Deutschland und den Vereinigten Staaten hinwies. Er sagte, die Zeit könnte kommen, wo England nicht gänzlich von der Flotte abhängig sein könnte und sich auf das Landesverteidigungswesen verlassen müßte. . . .

### Finnland.

#### Unter der Krone.

Die Gewalttaten der russischen Despotie gegen Finnland und Finnlands Staatsbürger mehrten sich von Tag zu Tag. Die Stockholms „Sozialdemokraten“ und andere Blätter melden, ist der finnische Genosse Liderman, der längere Zeit in Petersburg im Gefängnis lag, nun auf administrativem Wege nach dem sibirischen Gouvernement Tobolsk verbannt worden, und zwar auf drei Jahre! Das Verfahren ist umso infamer, als man offenbar nicht imstande war, irgend eine Anklage gegen ihn zu erheben.

Weiter wird aus Petersburg berichtet, daß der Generalgouverneur Finnlands, Gerhard, am Sonnabend sein Abschiedsgesuch eingereicht hat. Dies ist ein Erfolg der Heterieen der russischen Regierungspresse. Gerhard klagt übrigens gegen drei Redakteure der „Nowoje Wremja“ wegen Verleumdung. Ein Vergleichsveruch blieb erfolglos, die Sache soll nun gerichtlich entschieden werden.

Ein Gerücht will wissen, daß nicht der dem Generalgouverneur kürzlich als Gehülfe zur Seite gestellte Senn, sondern — General Kaulbars Gerhards Nachfolger werden soll, jener Gewaltmensch, der u. a. in Odessa die Schreckensherrschaft der schwarzen Banden einführte. . . .

### Persien.

Muhammed Ali Mirza, Persiens Schah, hat sich — bis jetzt wenigstens — dem doch gehütet, die Dinge zum äußersten zu treiben. Zu dieser Mäßigung hat wohl nicht wenig das Behalten Englands beigetragen, welches zugunsten der vom „König der Könige“ gefangen gehaltenen Minister, zumal des Premierministers Nasir el Mull, so energisch intervenierte, daß der Schah die Gefangenen freiließ.

Die letzten Depeschen melden:

Teheran, 16. Dezember. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Volk strömte bei dem Parlamentsgebäude und der benachbarten Moschee zusammen und nahm die dort vorhandenen Waffen an sich. Die Gegner des Parlaments versammelten sich auf dem Artillerieplatz. Das Parlament beschloß, statt eine Abordnung an den Schah zu senden, eine schriftliche Anfrage an ihn zu richten.

Teheran, 17. Dezember. (Telegramm der Deutschen Kabeltelegraphen-Gesellschaft.) Der Staatsrat ist vor Scheinbar für den gestrigen Abend geplant, wurde aber nicht ausgeführt. Die Lage ist ernst. Augenblicklich ist eine Art Stillstand eingetreten. Der Schah hat eine beruhigende Antwort an das Parlament erlassen. Morgen wollen alle politischen Klubs im Parlament Versammlungen abhalten. Wenn der Schah dies verhindert, sind Straßenkämpfe unvermeidlich.

Im Süden Persiens stört der Handel infolge von Unruhen. Alle Karawanen werden aufgehalten, die Briefe werden zerrissen. Die Unsicherheit in den Städten ist groß, da allenthalben Morde und Einbrüche vorkommen. Europäer sind nicht bedroht.

London, 17. Dezember. (W. G.) Die „Times“ berichten aus Teheran:

Der Schah hatte vorgestern tatsächlich einen Staatsstreich vorbereitet. Er beabsichtigte, sämtliche Minister zu verhaften, die Leiter der nationalistischen Bewegung auszuweisen und das Parlament aufzulösen! Dieser Staatsstreich ist mißlungen. Die Rationalisten, circa 2000 an der Zahl, haben eine Art Schutzgarde gebildet und bewachen das Parlamentsgebäude. Der Schah ersuchte die Abgeordneten, die Herabsetzung dieser Volksmenge zu versagen, indessen wurde dies Verlangen unter dem Hinweis darauf abgelehnt, daß der Schah verfassungswidrig gehandelt habe und seine Absetzung notwendig sei.

### China.

#### Protest gegen England.

Peking, 17. Dezember. (Wiedung des Reuterschen Bureau.) Eine Massendemonstration in Peking beschloß, daß die englischen Waren boykottiert werden und daß die in englischen Diensten stehenden Chinesen in den Ausstand treten sollen, falls die englischen Kanonenboote, die auf dem Westflusse den Patrouillendienst versehen, nicht zurückgezogen werden.

### Japan.

#### Spar- und Steuerpolitik.

Die „Daily Telegraph“ aus Tokio meldet, fand dort am Sonntag ein außerordentliches Kabinettsrat statt. Die gefassten Beschlüsse wurden am Montag dem Staatsrat mitgeteilt:

Vom nächsten Jahre ab werden Ausgaben für das Militärowesen im Betrage von 20 Millionen Yen jährlich auf 6 Jahre hinausgeschoben. Die Flottenausgaben werden im nächsten Jahre um 5 Millionen und für die nächsten 6 Jahre um insgesamt 63 Millionen vergrößert. Während der nächsten 6 Jahre beträgt die gesamte Herabsetzung für die Marine, Armee und für andere Zwecke durchschnittlich 40 Millionen jährlich. Die erhöhte Steuer auf Tabak, Sake und Zucker und die neue Steuer auf Petroleum werden jährlich 30 Millionen ergeben. —

### Amerika.

Aus Porto Rico wurde jüngst eine Arbeiterdeputation nach Washington geschickt, um bei Roosevelt vorstellig zu werden und ihm eine Denkschrift über die großen Mißstände auf der unter Obhut der Amerikaner stehenden Insel zu überreichen. Die alten feudalen Zustände aus der Zeit der spanischen Herrschaft bestehen zum größten Teil noch fort. Die Arbeiter werden wie Sklaven behandelt, 600 000 Männer und Frauen sind gezwungen, für einen Lohn von 76 Pf. bis 2 Pf. zehn Stunden täglich zu arbeiten! Dabei sind die Preise für Lebensmittel in den letzten Jahren ständig gestiegen. Sehr mangelhaft sind auch die sanitären Verhältnisse auf Porto Rico und die Arbeiterklasse muß am schwersten



darunter leidet. Durch allerlei Unterdrückungsmaßregeln raubt man überdies den Arbeitern alle politische und wirtschaftliche Macht, und die Organisatoren, die der amerikanische Arbeiterbund nach Porto Rico sandte, hatten dort einen schweren Stand.

Samuel Gompers, der Präsident des Bundes, begleitete die Deputation und stellte sie Roosevelt vor. Er nahm sich also wieder einmal als Bittender, wo er fordern könnte, wenn er die Macht des Bundes politisch in die Lagidale werfen wollte.

In ihrer Denkschrift fordern die Arbeiter von Porto Rico u. a.: Schutz gegen die unbarmherzige Ausbeutung in den Fabriken des Zuckerzolls, ein Verbot dagegen, daß zur Beendigung von Streiks die Polizei eingesetzt werden kann, Gesetze gegen die Kinderarbeit, Einrichtung eines Zweigvereins des Arbeitsamtes von Washington, Bezahlung der Arbeiter mit amerikanischem Gelde, Gewährung des amerikanischen Bürgerrechts an alle Inselbewohner, Verbesserung der Schulverhältnisse usw. Für die amerikanischen Kapitalisten bietet Porto Rico ein reiches Ausbeutungsfeld. Sie entwerfen gelegentlich glänzende Schilderungen von den Verhältnissen der Insel, seit dem Einzuge der Amerikaner; für die großen Massen der Arbeiter aber ist die Bedrückung und Ausbeutung dieselbe geblieben wie zur Zeit, als noch das spanische Joch auf der Insel lastete.

In Zentralamerika sind die verschiedenen kleinen Republiken übereingekommen, Honduras als neutrales Gebiet zu erklären. Damit glaubt man der Sache des Friedens zu dienen oder zum wenigsten die häufigen Ausdrücke blutiger Kriege zwischen den kleinen Staaten sehr zu erschweren. Honduras war nämlich bisher fast immer der Kriegsschauplatz, wenn in Zentralamerika Feindseligkeiten ausbrachen. — Die Vereinigten Staaten haben sich in der letzten Zeit viel um die Verhältnisse in Zentralamerika gekümmert und den kleinen Republiken geraten, sich ruhig zu verhalten. Unruhen waren bisher dort regelmäßig an der Tagesordnung.

## Die russische Revolution.

### In den Fängen des Zarismus.

Während sich die Minister in der Duma mit ihrer „Gefühllichkeit“ brüsten, nimmt die Zahl der politischen Gefangenen mit jedem Tage zu. Alle Gefängnisse sind überfüllt, täglich gehen ganze Eisenbahnzüge mit Verurteilten nach dem Osten und Norden. Gefängnisrevolten und Exekutionen sind an der Tagesordnung. Selbstmord und Wahnsinn unter den Gefangenen eine gewöhnliche Erscheinung.

Hinter jenen festen Mauern und eisernen Gittern lebt eine Welt für sich: Zehntausende von Männern und Frauen, Kindern und Greisen, die in den Händen der Henker schmachten. Nur ein außergewöhnliches Ereignis lenkt die Aufmerksamkeit der Lebenden auf die lebendig Begrabenen.

Es ist diesmal ein relativ geringfügiger Fall, der die öffentliche Aufmerksamkeit fesselt: Der Gefängnisdirektor in Kostow a. Don eröffnete den Insassen des ihm unterstellten Gefängnisses, daß alle Gefangene der zu Zwangsarbeit Verurteilten um Verzeihung ihrer Uebertretung nach Sibirien abschickung beschieden werden müßten, weil die Gefängnisverwaltung verpfändigt sei, hierin eine gewisse Reihenfolge zu beobachten. Wie müssen die Zustände im Kostower Gefängnis sein, wenn die Gefangenen darum bitten, nach Sibirien befördert zu werden? . . .

Die letzten Depeschen melden:

Petersburg, 17. Dezember. Infolge der Entdeckung einer neuen gegen Stolypin gerichteten Verschwörung (?) wurden über hundert Personen verhaftet.

Lebz, 17. Dezember. Im Zusammenhange mit der Ermordung des Textilwarenfabrikanten Wolk, der auf offener Straße durch Revolvergeschüsse von unbekannter Hand getötet worden war, sind 85 Arbeiter seiner Fabrik verhaftet worden.

Petersburg, 17. Dezember. Die heftige Sicherheitspolizei, welche Nachrichten über das Bestehen einer weitverzweigten revolutionären Organisation erhalten hatte, nahm gestern unermutet Hausdurchsuchungen in der Redaktion der Zeitung „Sowodnja“ und in einer großen Druckerlei vor, wo die Zeitungen „Lawaristich“, „Sowodnaja“, „Rassl“ und „Sowremenoje Slovo“ gedruckt werden. Der Redakteur des „Sowremenoje Slovo“ und fast der gesamte Redaktionsstab der „Sowodnja“ wurden verhaftet, so daß die letztgenannte Zeitung gestern nicht erscheinen konnte. Außerdem sind noch etwa 200 Personen, zum Teil Journalisten und Schriftsteller, festgenommen und mehrere Druckschriften beschlagnahmt worden. Eine größere Anzahl der Verhafteten ist inzwischen wieder freigelassen worden. —

Es wird nur allzu deutlich: Stolypin ist auf dem besten Wege, sich selber zu übertreffen, wie er seine Lehrenmeister Plehwe und Durnowo längst übertroffen hat. Zumal der Presse gegenüber zieht der Herr Ministerpräsident die Damschrauben immer fester und fester an. Nachdem alle sozialistischen und fast alle linksliberalen Blätter unterdrückt oder mundtot gemacht sind, läßt Stolypin in der letzten Zeit die als „liberal“ geltenden Redaktionen durch seine Polizeiagenten Tag und Nacht überwachen und ganz besonders scharf die Druckmaschinen auf Korn nehmen! Sobald das erste Zeitungsexemplar fertiggestellt ist, wird es schneppsch dem Zensur gebracht, von dessen Gnade es nun abhängt, ob die betreffende Nummer ausgedruckt werden darf oder nicht. Bis dieser Gnadenakt vollzogen ist, befindet sich die Zeitung unter Arrest — so hat es Stolypin verfaßt.

Wie plump und grob der Maulkorb ist, den die russische Presse sich hat vorbinden lassen müssen, das beweist ein Zensurakt, welches den Provinz-Zeitungen vorschreibt, was sie nicht bringen dürfen. Da ist unter anderem verboten: Kritik der Regierungsmassnahmen. Abdruck von Eingaben, Resolutionen usw., auch wenn sie in der hauptsächlichsten Presse gedruckt werden! Uebermäßige Anzahl von Aufdrucken oder fortlaufenden Punkten! Unzufriedenheit über die Administrationsmassnahmen. Mitteilung über sozialistische Organisationen und Arbeiterverbände. Verachtung der Bureaucratie. Verurteilung der Revolution! Mißstände in Gefängnissen, Krankenhäusern usw. Stenographische Bemerkungen an die Adresse der Polizei, Militär- und Stadtwahlverwaltung. Zitate aus zensurierten Büchern. Zweifel an segensreicher Bekämpfung der Revolutionäre! Mitteilung über antihygienische Zustände der Soldatenkasernen. Nichtübereinstimmung mit der Zeitung „Rasslaja Snamja“ vom „Verband wahrhaft russischer Leute“. Kritik der Polizeiprotokolle! Aufzählung der wirklich vorhandenen Schulen. Darlegung der Konstitution und des Sozialismus. Original- und Uebersetzungsstücke, „wo die Mehrzahl der Leser zwischen den Zeilen lesen kann!“ Schließlich steht dem Zensur das Recht zu, alles zu inhibieren, was ihm „nicht passend“ erscheint.

Stolypin und seine Kreaturen hätten sich viel Arbeit sparen können: sie brauchen nur zu verkünden, was der Provinzpresse denn eigentlich noch mitzuteilen erlaubt ist! —

### Nikolaus der „Schüler“.

Durch kaiserlichen Ukas werden die Fristen des verstärkten Schutzes verlängert in den Gouvernements Woronezh, Poltawa, Riast und Tula, in den Kreisen Pruschar und Kobrin (Gouvernement Grodno), in der Stadt Iraspol (Gouvernement Gerson), in Gebiet der Eisenbahnlinien Kowlau—Riast—Kownopod und Kowlau—Kuron und der Eisenbahnen in den Grenzen des Gouvernements Wladimir. —

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Tariffbewegung der Stodarbeiter.** In der am Montag abgehaltenen Versammlung der Stodarbeiter wurde der Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern erfaßt. Wie aus den Ausführungen des Referenten und der Diskussionsredner hervorging, haben die seit einiger Zeit geführten Verhandlungen über den neu abzuschließenden Tarifvertrag noch kein endgültiges Resultat gehabt. Vor einigen Wochen ist bereits eine Verständigung über die Hauptpunkte des Vertrages erzielt worden, wobei die Arbeiter an ihren Forderungen manches nachgelassen haben, da die Unternehmer nicht zu bewegen waren, den von den Arbeitern vorgelegten Entwurf in ganzem Umfange anzuerkennen, abgesehen von dem Entwurf, was die Arbeiter annehmen, er enthalte nicht mehr als das, was die Unternehmer schon früher zu bewilligen sich bereit erklärt hatten. Nachdem die Verhandlungen soweit gediehen waren, sollte noch über verschiedene Einzelbestimmungen des Vertrages verhandelt werden. Ehe diese Verhandlungen ihren Anfang nahmen, reichten die Unternehmer die Kündigung des alten Vertrages ein, der nunmehr am 23. Januar abläuft. Es ist dann über die noch zu erledigenden Einzelheiten des neuen Vertrages verhandelt worden, aber ein Resultat ist dabei nicht erzielt worden. Meinungsverschiedenheiten stehen sich besonders hinsichtlich der Forderung gegenüber, welche besagt, daß in den Betrieben, wo die Löhne unter dem allgemeinen Durchschnitt stehen, eine entsprechende Lohnerhöhung stattfinden soll. Die Unternehmer verlangen, daß vor Abschluß des Vertrages die in den einzelnen Betrieben geforderten Lohnerhöhungen eingereicht und darüber verhandelt werde. Die Arbeiter haben demzufolge zwei Betriebe namhaft gemacht, die unter dem Durchschnitt stehen, aber eine Verständigung ist nicht erzielt, denn die Unternehmer verlangen nach wie vor, es sollen die entsprechenden Forderungen für alle Betriebe eingereicht werden, was die Arbeiter nicht für durchführbar halten. — Es fragt sich nun, wie sich die Tarifangelegenheit weiter entwickeln wird. Die Arbeiter stehen auf dem Standpunkt, daß sie den Unternehmern bis zur äußersten Grenze entgegengekommen sind und daß es also nicht an ihnen liegt, wenn der neue Tarif bis jetzt noch nicht zustande gekommen ist. Das Verhalten der Unternehmer läßt nach Ansicht der Arbeiter darauf schließen, daß der Arbeitgeberverband vielleicht eine Aussperrung der Stodarbeiter beim Ablauf des Vertrages plant. Es wurde jedoch die Ansicht ausgesprochen, daß die Arbeiter den Kampf, an dem nur die Unternehmer schuld waren, nicht sonderlich zu fürchten haben. Ein Redner sagte, nach der im Berliner Reichshaus kürzlich abgehaltenen Konferenz für die Holzindustrie sei ein größerer Unternehmer der Holzbranche an ihn herangetreten und habe im Laufe einer Unterredung gesagt, wenn es zu einer Aussperrung käme, dann würde er, der Unternehmer, den Arbeitsvertrag und eventuell Doppelschichten einführen und möglichst viele von den Ausgesperrten einstellen. — Im Einverständnis mit der Kommission gab die Versammlung ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß die Verhandlungen mit den Unternehmern noch nicht abgebrochen, sondern abgewartet werden soll, ob die Unternehmer mit Vorschlägen an die Kommission herantreten.

Hierauf nahm die Versammlung Stellung zu der nächstens in Leipzig stattfindenden Drechslerkonferenz des Holzarbeiterverbandes und wählte zwei Delegierte zu derselben.

### Deutsches Reich.

**In der Aerogengas-Gesellschaft zu Hannover** ist es nach einem und von dort zugehenden Telegramm wegen fortgesetzter Differenzen zum Streik gekommen. Beteiligt sind Dreher, Schlosser, Klempner usw. Bezug von Metallarbeitern ist fernzuhalten. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

### Ausperrung der Tabakarbeiter in Emmerich.

In Emmerich, einem Städtchen von vielleicht 10 000 Einwohnern, an der holländischen Grenze gelegen, spielt sich ein erster Kampf zwischen Kapital und Arbeit ab. Die dortigen Zigarrenfabrikanten waren im vorigen Jahre gezwungen worden, eine Forderung auf Lohnerhöhung nachzugeben. Diese Schmälerung ihres Profits ging ihnen zu Herzen und sie versuchten nun den Lohn wieder dadurch herunterzubringen, daß sie schlechtes Material verarbeiten ließen. In der Tat erreichten die Zigarrenarbeiter den Lohn nun nicht mehr, den sie vor der Bewegung erzielten. Besonders schlimm war es in dieser Beziehung bei der Firma Müller u. Komp., und wurde der Arbeiterausschuß zu verschiedenen Malen vorstellig, um auf gütlichem Wege Abhilfe zu schaffen. Aber sowohl diese Vorstellungen als diejenigen der Vertreter des deutschen Tabakarbeiterverbandes waren erfolglos, die Differenzen spitzten sich vielmehr in einer Weise zu, daß sämtliche Arbeiter bei Müller eingesperrt wurde. Die organisirten Tabakarbeiter hängten nun die Sperre über Emmerich und veranlaßten eine Anzahl unverbundener Kollegen, den Ort zu verlassen. Jetzt entließen die Unternehmer drei Vorstandsmitglieder des Verbandes. Dies war das Zeichen für die noch arbeitenden Verbeiraten, die Kündigung einzurufen. Die Unternehmer machten, anstatt endlich Verhandlungen anzubahnen, bekannt, daß, wenn die Differenzen bei Müller nicht schleunigst beigelegt würden, sämtliche Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, mit Ausnahme der Sortierer, ausgesperrt würden. Die Letzteren erklärten sich aber sofort mit den übrigen Arbeitern solidarisch und beschloßen, in den Streik zu treten, wenn die Aussperrung erfolge. Der Bürgermeister des Ortes hat sich schon große Mühe gegeben, um die Sache beigezulegen, aber bis jetzt ohne Erfolg. Die Arbeiter wollen die Arbeit aufnehmen, wenn ihnen besseres Material geliefert wird; sie wollen nur den Lohn erzielen wie früher. Den Unternehmern aber ist es um eine Verkürzung der Organisation, des deutschen Tabakarbeiterverbandes, welchem alle Arbeiter angehören, zu tun. Daß die Aussperrung einen schweren wirtschaftlichen Schaden für den Ort im Gefolge hat, kann man daran erkennen, daß bei der kleinen Einwohnerzahl des Ortes jetzt 300 Arbeiter und Arbeiterinnen in Betracht kommen.

### Ein „deutsch-nationales“ Vertreter-Stücklein.

Leipzig, 17. Dezember 1907. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Verhandlungsgehilfen in Leipzig haben heute die passive Resistenz aufgehoben, nachdem die deutsch-nationales Handlungsgehilfen mit den Unternehmern gemeinsame Sache gemacht und einzelne deutsch-nationale Handlungsgehilfen sich sogar zu Demunstanten hergegeben hatten. Auch die Allgemeine Vereinigung der Buchhandlungsgehilfen hatte eine mehr unternehmerfreundliche als gehilfenfreundliche Haltung in diesem Kampfe eingenommen, so daß der Kampf nicht mit Aussicht auf Erfolg weitergeführt werden konnte. Die Verhandlungsgehilfen werden sich nunmehr wegen dieser Verräterei mit den Ausorganisations auseinandersetzen.

### Ausland.

#### Ein Sieg der Lehrgewerkschaft.

Paris, 14. Dezember. (Fig. Ver.) In vereinzelten ländlichen Departements, wo die Hosiery-Dorflehrer der Profession der Bürgermeister und Präsekte besonders stark ausgebreitet sind, war es in den letzten Monaten der Regierung gelungen, die Mitglieder der Lehrgewerkschaft zu schwächen und manche Regierungsborgane sprachen schon von einem Zusammenbruch der Lehrgewerkschaft. Eine gründliche Widerlegung dieser Behauptung bedeutet der Ausgang der vor einigen Tagen vorgenommenen Neuwahlen für den Lehrgewerkschaftsrat des Seine-Departements. Es ist dies die Arbeiterklasse, die feinerzeit, als

Lehrer Kogre wegen seiner gewerkschaftlichen Betätigung verfolgt wurde, sein Bürgerrecht verteidigt hat und über deren Entcheidung sich Brind dann hinwegsetzte, indem er Kogre trotz der gegenseitigen Entscheidung dieses Disziplinarrats maßregelte. Diesmal wurde gegen die Anhänger der Koalitionsfreiheit eine besonders heftige und knapellose Kampagne geführt und die dem Unterrichtsminister protegierten Kandidaten sparten nicht mit der Beschuldigung des „Antipatriotismus“ und ähnlichen Schlagworten. Trotzdem wurden in allen sieben Sektionen die Kandidaten der Lehrgewerkschaft wiedergewählt — und mit verstärkter Majorität obendrein. Auch bei den Lehrerinnen drangen diesmal zwei Anhängerinnen der Lehrgewerkschaft mit riesigen Mehrheiten durch. Die Lehrgewerkschaftsbewegung ist also bei den Lehrern nicht nur nicht zurückgedrängt, sondern sie macht sogar noch bedeutende Fortschritte. Das Resultat ist vor allem eine Plamoge für Brind, der in der Kammer behauptet hat, hinter der Lehrgewerkschaft stehe nur eine ganz unbedeutende Minorität.

#### Rufus auf englischen Schiffen.

Die Zahl der indischen Seeleute in der englischen Handelsmarine nimmt immer mehr zu. Nach einer Veröffentlichung des Handelsministeriums ist die Zahl der Seeleute der Handelsmarine überhaupt von 172 773 im Jahre 1891 auf 201 408 im Jahre 1906 gestiegen. Der Zuwachs kommt fast ausschließlich auf die Hindus mit 17 108 und sonstige Ausländer mit 11 022, während in derselben Zeit die Zahl der britischen Seeleute nur um 510 Mann stieg. Ingesamt waren im letzten Jahre 38 386 Indier auf den englischen Handelsschiffen tätig; hiervon 2613 als Unteroffiziere und 7681 als Stewards. Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß auch die englischen Seerbede müßt ihre Schiffe mit billigen und willigen Arbeitskräften zu bemannen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Städtische Regie.

Essen a. Rh., 17. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Remscheider Stadtverordnetenversammlung sah heute abend in ihrer Sitzung einstimmig den Beschluß, die Remscheider Straßenbahn künstlich zu erwerben. Die Uebernahme der Bahn erfolgt am 1. Januar 1917.

### Zur Krise im Flottenverein.

Karlsruhe, 17. Dezember. (B. L. B.) Der Vorstand des badischen Landesauschusses des Flottenvereins hat der „Süddeutschen Reichs-Korrespondenz“ zufolge eine Resolution gefaßt, wonach die vom Präsidium des Hauptvereins vollzogene Wahl des Generalmajors Keim zum geschäftsführenden Vorsitzenden bedauert und die Hoffnung ausgesprochen wird, daß das Präsidium mit Rücksicht auf die in weiten Kreisen des Vereins herrschende Stimmung Mittel finden werde, um ernste Folgen der Krise abzuwenden.

### Ein neuer Bankrott.

Stettin, 17. Dezember. (B. L. B.) Die „Offen-Zeitung“ meldet aus Stargard: Vorstand und Aufsichtsrat der Stargarder Bank haben heute mittag nach mehrstündiger Sitzung beschloßen, die Zahlungen einstweilen einzustellen. Der Beschluß ist gefaßt worden, weil man das Ergebnis des Vorschlages auf Bewilligung eines Rotatoriums abwarten will, den die Bank vor einigen Tagen ihren Gläubigern unterbreitet hat. Es sind bereits wiederum über 100 000 M. Spareinlagen gekündigt worden.

### Die Kamarilla.

Teheran, 17. Dezember. (Redung des Reuterschen Bureau.) In Uebereinstimmung mit einer gestern vom Parlament gefaßten Resolution erklärt eine Kundgebung des persischen Volkes an die Mächte, daß der junge Schah von Persien beeinflusst ist, die gewohnt an das alte, despotische Regiment, die Verfassung verlegen. In dieser Kundgebung werden alle Nationen der Welt aufgefordert, das persische Volk bei der Verteidigung seiner Rechte zu unterstützen.

### Die beleidigten Ungarn.

Budapest, 17. Dezember. (B. L. B.) Abgeordnetenhauß. Graf Theodor Batthyany besprach den im österreichischen Parlament angenommenen Antrag, in dem die österreichische Regierung angewiesen wird, die ungarische Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß sie das Nationalitätengesetz aufrichtig durchzuführen solle. Der Redner bezeichnete die Annahme dieses Antrages als eine Insamie. (Stürmischer Beifall.) Der Präsident rief den Redner zur Ordnung.) Dieser stellte fest, daß kein österreichischer Minister gegen diesen Beschluß das Wort ergreifen und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ungarns zurückweisen habe. Graf Batthyany ergriff den Ministerpräsidenten, seine Pflicht zu erfüllen und auf das energische vorzugehen, damit für diese Verletzung der Unabhängigkeit Ungarns Genugthuung geboten werde. Ministerpräsident Teleki ergriff unter großer Spannung das Wort und sagte, der gestern gefaßte Beschluß des österreichischen Parlaments sei beizubehalten in der Geschichte der Völker, da jene Grenzen überschritten worden seien, welche die Beziehungen der Völker zu einander regeln. Ich habe Grund und das Recht, voranzusehen, sagte Teleki, daß die österreichische Regierung jene Weisung, die ihr das Parlament erteilt, nicht befolgen, sondern diesem Beschluß gegenüber Stellung nehmen wird. Sollte eine österreichische Regierung sich finden, die diese Weisung befolgt, so wird jede ungarische Regierung einen ähnlichen gegen die Unabhängigkeit des Staates gerichteten Eingriff entschieden zurückweisen. Ich muß, schloß der Ministerpräsident, und für das zugefügte Unrecht Genugthuung verschaffen, sowie die Garantie erhalten, daß diese Insulte nicht ohne Ahndung bleiben; auch dürfen wir ähnlichen Insulten künftig nicht ausgefetzt sein. (Allgemeiner Beifall.)

### Gasenarbeiterstreik in Casablanca.

Paris, 17. Dezember. (B. L. B.) Aus Casablanca wird vom 14. d. Mts. gemeldet, daß sämtliche eingeborene Gasenarbeiter in den Ausstand getreten seien, abgesehen ihre Löhne infolge der Besetzung der Stadt durch die französischen Truppen erhöht wurden.

### Wie wär's mit Scheiterhaufen?

Rom, 17. Dezember. (B. H.) Der Papst hat das Komitee, welches die Pilgerfahrten nach Rom organisiert, aufgelöst. Es sollen fortan keine Pilgerfahrten nach Rom mehr unternommen werden, solange die Freimaurer in Rom am Ruder sind.

### Streik der Droschkentreiber.

New York, 17. Dezember. (B. L. B.) Eintausend Droschkentreiber sind in den Ausstand getreten und verlangen Erhöhung der Löhne sowie längere Arbeitszeit.



Die Ermordung des mazedonischen Revolutionärs Boris Sarajoff.

Sofia, 15. Dezember. (Fig. Ver.)

Wieder sind zwei Opfer des rasanten Bruderkampfes im Lager der mazedonischen Revolutionäre gefallen. Boris Sarajoff und Ivan Garvanoff, beide Führer einer der Hauptströmungen der mazedonischen Befreiungsbewegung, wurden durch die Kugel des Bandenchefs Paniza, eines Anhängers von Jane Sandansky, niedergestreckt.

Boris Sarajoff ist der Held vieler blutiger Schlachten gewesen, die dem türkischen Heere auf den mazedonischen Gebieten geliefert wurden. Er war 1903 der Hauptkriegsführer im großen mazedonischen „Aufstand“. Damals hatte der Sultan 200 000 M. ausgezahlt für den, der ihm den Kopf dieses unerschrockenen Bandenchefs brächte. . . Und jetzt ist Sarajoffs Haupt durch die „brüderliche“ Kugel Panizas durchbohrt. —

Friedloser Zwist herrscht innerhalb der mazedonischen Organisation, obwohl sich seit zwei Jahren ihre verschiedenen Flügel der Form nach geeinigt haben. Im Grunde sind es bedeutend voneinander abweichende Auffassungen über Ziel und Mittel, die Reibungen zwischen den verschiedenen Lagern hervorgerufen; doch kommen auch noch starke persönliche Rachstreblichkeiten hinzu.

Die Gruppe Sarajoff glaubt, auf die Befreiung Mazedoniens durch die direkte Mithilfe der bulgarischen Regierung hinwirken zu müssen. Das ist ihrer Meinung nach der einzige Weg, zum Ziel zu gelangen, wobei sogar die Möglichkeit, Bulgarien in einen Krieg mit der Türkei zu verwickeln, in Erwägung gezogen wird. Auch erhält diese Gruppe alle Geldmittel durch die bulgarische Regierung. Man beschuldigt sie überhaupt, die mazedonische Bewegung an die bulgarische Hofkamarilla verraten zu haben, welche die mazedonische Frage für ihre eigenen Zwecke in gewissenlosester Weise auszunutzen versteht. Das Kriegsgeräusch um Mazedonien ist ja das Ablenkungsmittel, unter dem es der Regierung gelingt, ihre Mißbräuche zu vertuschen.

Die Richtung Sandansky ist dagegen der Meinung, daß die mazedonische Befreiungsbewegung im Grunde eine Sache der im Innern Mazedoniens selbst lebenden Bevölkerung bleiben soll, deren Vertreterin die innere mazedonische Organisation ist. Man soll demgemäß diese Bevölkerung zunächst zu einer höheren Kultur erziehen, damit sie lerne, von den bereits eroberten Reformen den rechten Gebrauch zu machen. In dieser Gruppe befinden sich auch einige sozialdemokratische Mitläufer, wie es der Nordturkei- und Westbulgarier Paniza einst selber war, Leute, deren demokratisches Empfinden ihnen gebietet, sich dem korumpierenden Einfluß der Hofkamarilla in den mazedonischen Reichen zu widersetzen.

Die Fehde zwischen den beiden Lagern nahm in der letzten Zeit einen großen Umfang an, und es kam zu verheerenden Kämpfen der Banden beider Flügel untereinander. Der Terrorismus ist das Hauptkampfmittel auf beiden Seiten: ein Vorgehen, durch das die feindlichen Brüder in ihrem Kampfe wider die Sultansmacht sich selber schwächen.

Die Ermordungsszene selbst bietet ein abschreckendes Beispiel der Tragik, die diesem selbstzerfleischenden Streite innewohnt. Der Vollstrecker des Urteils seiner revolutionären Organisation, Todor Paniza, kaum 27 Jahre alt, ist ein begeisterter, seiner Aufgabe leidenschaftlich ergebener Mann. Als das Los, Sarajoff und Garvanoff zu töten, auf ihn gefallen war, inszenierte man in einer gemeinsamen Versammlung in Anwesenheit von Sarajoffs Freunden einen heftigen Streit zwischen Paniza und Sandansky. Danach begab sich Paniza nach Sofia, wo er als angeblicher Heberläufer von der Gruppe Sandansky Annäherung an Sarajoff suchte. Bald war denn auch das Vertrauen Sarajoffs in Paniza so groß, daß er diesem die Organisation einer Bande anvertraute und ihm die dazu erforderlichen Waffen und Geldmittel verschaffte. Vorgestern abend teilte Paniza seinen „Freunden“ Sarajoff und Garvanoff mit, daß er nun nach Mazedonien gehen und Abschied nehmen wolle. Sarajoff lud Paniza und Garvanoff zu sich ins Haus. Nach einer freundlichen Unterredung, als Sarajoff um Mitternacht beide Gäste bis ans Haustor begleitete, zog Paniza im dunklen Korridor seinen Revolver, tötete die beiden Freunde und verschwand spurlos. Man sagt, er sei sofort über die Grenze gegangen. Die Polizei hat bisher keine Spur nicht gefunden, obwohl sie Hausdurchsuchungen in großer Zahl abhielt. Ihre ganze bisherige Ausbeute beschränkt sich auf den Fund von einigen Dutzend Karabinern.

Am Sonntag fand in Sofia die Beisetzung Sarajoffs und Garvanoffs statt. An ihr beteiligten sich Abordnungen der mazedonischen Vereine aus ganz Bulgarien, Armenien, aus Genua und Pulkaref sowie weite Kreise der Bevölkerung. Die Häuser trugen Trauerfahnen.

Eine offizielle Tepefische meldet: Sofia, 16. Dezember. Auf Ersuchen des Untersuchungsrichters beschloß die Sobranje Aufhebung der Immunität und Auslieferung des Abgeordneten Straßimiroff, welcher der intellektuellen Mithilfe an der Ermordung Sarajoffs und Garvanoffs bezichtigt wird. Während der Auslieferungsbekanntmachung zwischen dem der Regierungspartei angehörigen Abgeordneten Jonoff und dem Nationalisten Slavoff im Sitzungssaal zu einer Kaufszene, die in den Wandelgängen ihre Fortsetzung fand. . .

Parteitag der Sozialdemokratie Ostpreußens.

Am Sonntag, den 15. Dezember, tagte in Königsberg der Parteitag für Ostpreußen. Von den 17 Wahlkreisen dieses Bezirkes waren nur zwei Kreise nicht vertreten, deren Delegierte verhindert wurden, die Reise zu unternehmen. Im ganzen waren 31 Delegierte anwesend. Aus dem vom Parteisekretär erstellten Tätigkeitsbericht des Agitationskomitees ging hervor, daß nach dem für die Provinz Ostpreußen so unglücklichen Verlauf der letzten Reichstagswahl die Organisation doch nicht gelitten hat, wie allseits befürchtet wurde. Der Mitgliederbestand in den Kreisorganisationen hat sich im allgemeinen nicht nur gut gehalten, sondern ist in mehreren Vereinen ganz beträchtlich gestiegen, trotz des Mangels an Straßen und der unzureichenden Mittel, die für die Agitation zur Verfügung standen, und obgleich die Gegner noch nie mit solch gemeinen Mitteln des Terrorismus, der Lüge und Verleumdung der Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie entgegengetreten haben wie während und nach der letzten Reichstagswahl. Lebhaftester Beifall der Delegierten und der

zahlreichen Zuhörer wurde einem zündenden Vortrag des Genossen Daase über „Die preussische Wahlrechtsfrage“ zuteil. Von großem Interesse, auch für weitere Partei- und Gewerkschaftskreise, war die Verhandlung über den Punkt der Tagesordnung: „Die Landarbeiterorganisation“. Nach einem ausführlichen Referat des Parteisekretärs, Genossen Linde, über dieses Thema setzte eine lebhaft Diskussions ein. Es handelte sich darum, ob die Landarbeiter weiter vom Zentralverband der Fabrikarbeiter Deutschlands zu organisieren seien oder ob, wie der Referent befürwortet hatte, für die Landarbeiter eine eigene Organisation zu gründen sei.

In Anbetracht der Tatsache, daß es dem Verband der Fabrikarbeiter, dessen Mitgliederzahl sich im allgemeinen in den letzten Jahren nahezu verdoppelt habe, im Laufe von 17 Jahren nicht gelungen ist, nennenswerte Erfolge bei der Organisation der Landarbeiter zu erringen, eine andere bestehende Gewerkschaft aber nicht in Frage kommen kann, ist nach Ansicht des Referenten die Gründung einer eigenen Landarbeiterorganisation unbedingt notwendig. Die politische Organisation allein genügt schon lange für die Landarbeiter nicht mehr. Die Rechtsverhältnisse der Landarbeiter in den verschiedenen Bundesstaaten sind so ungleich, daß das Hineindenken und Hineinleben in die verschiedenartigen Landarbeiterverhältnisse nur einer Verwaltung möglich ist, die sich allein mit dieser Materie beschäftigen könne. Fabrikarbeiter und auch die im Westen und Mitteldeutschland arbeitenden Schmittkolonnen, Affordschmittler und Entearbeiter beziehen Wochenlöhne von 13 bis 22 M. und darüber, während die Landarbeiter der östlichen Provinzen, die sich auf Jahresverträge vermindert haben, ihren Lohn in der Hauptsache in Naturalien, Ackerland und Wohnung, aber nur sehr geringen Barlohn (monatlich 6 bis 10 M.) erhalten. Auch das erschwert die Organisation der Landarbeiter im Fabrikarbeiterverband.

Die unorganisierten und unaufgeklärten Landarbeiter sind den Gewerkschaften als Lohndrücker und Streikbrecher gefährlich. In der Politik bilden sie die konservative Wählermasse, die die reaktionären Wechsellagerungen in den Parlamenten bilden helfen. Partei und Gewerkschaften sind daher gleich interessiert bei der Lösung der Frage der Landarbeiterorganisation. Beiden muß sie übertragen werden; so auch wird man nur in der Lage sein, solch eine voraussichtlich loypfliche Organisation dauernd zu unterstützen.

Der Referent empfahl daher folgende Resolution: „In Erwägung, daß die wirtschaftlich elende und rechtlich unwürdige Lage der Landarbeiter, die unter einem schlimmen Ausnahmestellung stehen, außer durch die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten in den Parlamenten nur durch eine selbständige Landarbeiterorganisation gehoben werden kann; in weiterer Erwägung, daß im Hinblick auf das geringe Einkommen der Landarbeiter eine solche Organisation nur gemeinsam von Partei und Gewerkschaften geschaffen und durch dauernde tatkräftige Unterstützung seitens beider Körperschaften erhalten und ausgebaut werden kann, ersucht der Ostpreussische Parteitag den Parteivorstand, gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die Gründung einer selbständigen Landarbeiterorganisation in die Wege zu leiten.“

In der Diskussion, die eine sehr ausgiebige und lebhaft war, traten fast alle Redner im Prinzip für eine eigene gewerkschaftliche Landarbeiterorganisation ein. Insbesondere schilderten Kenner der Landwirtschaft, unter anderen der Großgrundbesitzer Genosse Hofer, Staatsgärtnen die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit solcher Organisation. Dann wurde die Resolution Linde einstimmig angenommen.

Einstimmige Annahme fanden auch noch zwei Anträge bei diesem Punkte:

1. Nachdem der Versuch der Junker und ihrer Regierung miflungen ist, die Landarbeiter durch ein Kontraktbuchgesetz zu knebeln, gehen die Junker mit aller Macht daran, die Landarbeiter durch Bildung kleiner Zwergergüter („Rentengüter“) an das platte Land und an sich zu fesseln. Weil die Rentengüter absichtlich so klein geschaffen werden (5—8 Morgen), daß sie den Besitzer und dessen Familie nicht ernähren können und diese so gezwungen werden, auf den umliegenden Gütern zu arbeiten, warnt der Parteitag die Landarbeiter, solche Güter zu erwerben. Wird der Plan der Großgrundbesitzer, überall solche Rentengüter zu bilden, verwirklicht, dann sind die Junker in ihrer Lohnarbeit völlig auf die umliegenden Güter angewiesen und die Junker können die Hungerperiode noch rücksichtslos schwingen, als es ihnen schon jetzt möglich ist, wo der Landarbeiter ungebunden ist und nach Industrieorten abwandern kann.

Ebenso warnt der Parteitag die Landarbeiter vor allen anderen Versuchen, sich durch käufliche Erwerbung (Erdpacht u. a.) von Wohnhäusern selbsthaft zu machen.

2. Um ein genaues Bild über die Lohn-, Arbeits- und Wohnbedingungen der Landarbeiter zu gewinnen, und damit dem Gerede der Junker über die hohen Landarbeiterlöhne wirksam entgegenzutreten zu können, wird das Provinz-Agitationskomitee beauftragt, statistische Erhebungen über die Lebenslage der Landarbeiter, der erwachsenen wie der jugendlichen anzustellen, und das Resultat dieser Erhebungen baldmöglichst zu veröffentlichen.

Ohne Debatte wurde ein Antrag angenommen: den Parteivorstand zur Bewilligung der Mittel für die Errichtung einer Wanderbibliothek aufzufordern. Ferner soll der „Ostpr. Landbote“ mehr wie bisher die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs pflegen. Auch soll für Aufklärung der Arbeiterjugend mehr getan werden.

Zum Vorsitzenden des Agitationskomitees wurde Genosse Otto Braun gewählt.

Aus der Partei.

Seemannsverband und Reichstagsfraktion.

Wir erhielten folgende Zuschrift:

„Die kritischen Auslassungen unseres Zentralvorsitzenden Genossen Paul Müller auf dem verfloffenen Verbandstage des Seemannsverbandes in Deutschland gegen die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages bezw. einzelner ihrer Mitglieder bei Erörterung seemannischer Fragen im Reichstage gegenüber hat dem „Vorwärts“ und anderen Parteiblättern in den Hafenorten zu einer scharfen und zum Teil recht persönlich zugespitzten Kritik an Müllers Verhalten und Ausführungen Veranlassung gegeben. Die kritischen Anmerkungen des „Vorwärts“ und der übrigen Parteiblätter lassen den Schluß zu, daß es sich bei der von Müller geübten Kritik und seinen weiteren Ausführungen in dieser Angelegenheit lediglich um einen rein persönlichen Vorstoß, um eine rein persönliche Meinungs- und Willensfundgebung unseres Zentralvorsitzenden gehandelt habe. Wir möchten im Interesse der Sache diesen Schluß von vornherein als falsch bezeichnen und erklären, daß Müller die Kritik an der Haltung der Fraktion im vollsten Einverständnis des unterzeichneten Zentralvorstandes geübt hat. Wir billigen seine Ausführungen durchaus, zumal dieselben nicht nur zutreffend und einwandfrei waren, sondern auch, weil seine zum Ausdruck gebrachte Auffassung in dieser Angelegenheit in

den Kreisen der seemannischen Arbeiterschaft sehr stark verbreitet ist.

Da auch Kritik an Müllers diesbezüglichen früheren kritischen Ausführungen im „Seemann“ in der Parteipresse geübt worden ist, wollen wir nicht unterlassen zu erklären, daß wir auch die diesbezügliche Stellungnahme Müllers im „Seemann“ billigen.

Wir erklären weiter, daß wir uns durchaus dem Müllerschen Abwehrartikel im „Seemann“ der Kritik des „Vorwärts“ gegenüber anschließen, weil die Art, in der Kritik an Müllers Verhalten und Ausführungen geübt worden ist, eine scharfe Abwehr erfordert.

Auch wir sind Parteigenossen und glauben deshalb zu der Erklärung berechtigt zu sein, daß es Müller vollständig fernliegt und ferngelegen hat, die Partei zu verhöhnen oder ihre Fraktion in unerhört und taktloser Weise anzugreifen. Müller hat nach dem uns vorliegenden Material ausgesprochen, was ist, und darin können wir eine Taktlosigkeit und Schmähung der Partei und ihrer Fraktion nicht erblicken.

Seemanns-Verband in Deutschland.

Der Zentralvorstand.

J. A.: Fr. Köhler, 2. Vorsitzender.

F. Baack.

Hierzu haben wir zu bemerken, daß es uns nie eingefallen ist, den Kritikern der Fraktion irgend welche Schranken zu setzen. Was wir bemängelt haben, ist Ort und Zeit, da Müller mit seiner sogenannten Kritik einsetzte, und die in der Parteigeschichte unerhörte Drohung, die er aussprach. Und außerdem richteten sich unsere Bemerkungen nicht gegen Müller als Vorsitzenden des Seemannsverbandes, sondern gegen Müller als Parteigenossen und sozialdemokratischen Reichstagslandboten.

Müller war als Delegierter auf dem Parteitag in Rammheim. Dort stand die Tätigkeit der Fraktion zur Debatte und dort hätten abfällige Bemerkungen über die Tätigkeit oder Unterlassungen der Fraktion vorgebracht werden müssen, wenn nach Ansicht eines Genossen die Fraktion falsch gehandelt oder etwas unterlassen hätte. Dort schwieg Müller. Zum Parteitag in Essen sandte er keinen Antrag, der die Fraktion auf ihre „Unterlassungen“ aufmerksam machte. Selbst in dem Geschäftsbericht an den Verbandstag stimmt er auf Seite 36 der Fraktion zu.

Alle Erklärungen Müllers klären den Widerspruch zwischen diesem Geschäftsbericht und der Rede Müllers nicht auf. Im Geschäftsbericht heißt es, die Seelente verdankt ihrer Bewegung und der sozialdemokratischen Fraktion die Weisungen. Und in der Rede sagt Müller, die sozialdemokratische Fraktion hat den Seelenten gegenüber so sehr ihre Pflicht verletzt, daß die Seelente sich an die Parteien wenden müssen, die alle die von den Sozialdemokraten beantragten Verbesserungen bekämpft haben.

Was war nun in der Zeit zwischen der Abfassung des Geschäftsberichts und Ende Oktober geschehen, das Müller ein Recht zu seinen Äußerungen gab? In dieser Zeit konnte die Fraktion nichts getan oder unterlassen haben, wodurch die Interessen der Seelente verletzt wurden, denn der Reichstag war gar nicht veranlassen. Am 14. Mai wurde er vertagt. Der Umschwung in den Ansichten Müllers über die Fraktion trat also in einer Zeit ein, als der Reichstag nicht veranlassen war, und darum behaupten wir, daß nicht eine Unterlassung der Fraktion, sondern eine Sinnesänderung Müllers Anlaß zu den Auseinandersetzungen gegeben hat.

Im Interesse der Seelente haben wir diese unerhörte Drohung gerügt, das Material, welches geeignet ist, die Forderung einer Verbesserung der Seelente zu unterstützen, künstlich nicht mehr der sozialdemokratischen Fraktion, sondern den Gegnern zuzustellen zu wollen, also den Vertretern der Parteien, die bei der Beratung der Seemannsordnung und dem Seemannsversicherungsgezet jede Verbesserung zu hindern suchten.

Gemeindevahlen.

In Bingen bei Köln wurde in der 3. Abteilung der sozialdemokratische Kandidat mit 221 Stimmen gegen 191 der vereinigten Liberalen und Hirsch-Dunderschen gewählt.

In Bismar wurden in 4. Bezirk bei der Wahl in der 3. Klasse drei Sozialdemokraten mit 67—89 Stimmen gegen 28 bis 31 der Gegner gewählt. Die Sozialdemokratie hat in Bismar jetzt 16 Mandate, die gesamte Vertreterschaft der 3. Klasse ist in ihren Händen.

Vom Fortschritt der Presse. Seit längerer Zeit schon ist die Abonnentenzahl der „Volksstimme“ zu Frankfurt a. M. in stetigem Wachsen und besonders in diesem Jahre hat sie einen erfreulichen Aufschwung genommen, so daß die Parteinstanzen den Ankauf von geeigneten Gebäuden vornehmen mußten. Das Grundstück Großer Hirschgraben 17 wurde erstanden. Der Umbau ist jetzt fertig und die Räume sind ihrer Bestimmung übergeben worden. Große helle Räume sind für die Redaktion und Expedition geschaffen. Auch für den Zeitungsverlag und das Druckereigeschäft sind neue Säle erstanden und eine neu aufgestellte Maschine besorgt neben der bereits vorhandenen eine schnelle Bedienung der Abonnenten. Ein prächtiger großer Lichtofen gibt den neuen Anlagen das Aussehen eines großen Fabrikbetriebes. Die Gebäude reichen vorläufig auf eine lange Reihe von Jahren und außerdem sind noch zwei große Flügel zur eventuellen späteren Verwertung vorhanden.

Eine nachahmenswerte Einrichtung. Das „Hamburger Echo“ teilte in seiner letzten Sonntagsnummer mit, daß die Hamburger Parteibuchhandlung Sonntag, den 15. und 22. Dezember, von 11½ morgens bis 8 Uhr abends geöffnet sei.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Abgebliebte Konsumvereinsgegner. Der Rabattparverein in Stettin, der unter antimilitärischer Leitung steht, fährt seit Jahren einen geschäftigen Kampf gegen den dortigen Konsumverein. Auf solche Angriffe hin wurde im „Volksboten“ ein Artikel veröffentlicht, der das Rabattmarkeinsystem einer kritischen Würdigung unterzog und daraus nachliegende Schlüsse drastischer Form zog. Dem Rabattparverein wurde nebenbei über die Art seiner Agitation die Wahrheit gesagt. Durch alle diese Auslassungen fühlte sich der Vorstand des genannten Vereins beleidigt und klagte gegen den verantwortlichen Redakteur des „Volksboten“ Genossen Luczel. Das Schöffengericht sprach ihn aber frei, während die Strafkammer — als Verurteilungsmittel — gegen ihn auf 50 M. Geldstrafe erkannte. Gegen dieses Urteil wurde von Luczel Revision eingelegt, die den Erfolg hatte, daß die Sache ans Landgericht zurückverwiesen wurde, welches nunmehr auf Freisprechung erkannte. Da noch verschiedene Klagen des Rabattparvereins gegen den „Volksboten“ und eine Klage des Vorstandes des Konsumvereins gegen obigen Verein anhängig sind, ist das Urteil besonders beachtenswert.

In die preussische Freiheit kehrte am Montag Genosse Zander von der Frankfurter „Volksstimme“ zurück. Er hatte durch eine Kritik der be- kannten Insterburger Schießaffäre sich 2 Monate Gefängnis zugezogen, da, wie es in dem Urteil hieß, die Presse nicht verpflichtet sei, solche Urteile zur Kenntnis ihrer Leser zu bringen. In anderen Orten erfolgte wegen derselben Sache Freisprechung.



# Aus Industrie und Handel.

## Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.

Auf der am Montag in Düsseldorf stattgefundenen Generalversammlung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller machte Generalsekretär Bued bei Erörterung des Geschäftsberichtes verschiedene interessante Bemerkungen. Zunächst bedauerte er, daß die Großindustrie seit dem Ableben des Herrn Stumm keine tatkräftigen parlamentarischen Vertreter mehr habe. Mit der national-liberalen Fraktion sei man nicht zufrieden, die Großindustriellen würden ihr Verhältnis zu dieser Partei wohl ändern müssen. — Da wird man Herrn Bued ein Mandat verschaffen müssen mit der Weisung, sich den Freilanderarbeiten anzuschließen. Bei Besprechung der wirtschaftlichen Lage bemerkte er nach der „R. Ztg.“, es unterliege keinem Zweifel, daß die Eisen- und Stahlindustrie gegenwärtig noch reichlich beschäftigt sei. Dafür spreche auch die Tatsache, daß die Rohleiserzeugung in den ersten 10 Monaten des laufenden Jahres keine Abnahme erfahren und auch der Verbrauch im Oktober mit 1 188 078 Tonnen sich auf derselben Höhe gehalten habe wie im Oktober des vorigen Jahres. — Wenn Herr Bued die gegenwärtige Lage zeigen wollte, müßte er die Produktion des letzten Monats berücksichtigen. Und dann hätte er konstatieren müssen, daß der Versand des Stahlverbandes im November dieses Jahres bei Formeisen auf 85 091 Tonnen zurückgegangen ist von 129 921 Tonnen im November des Vorjahres, und daß auch der Versand von Halbzeug eine Einbuße von rund 4000 Tonnen erlitten hat. Aber trotz der Schönfärberei sieht Herr Bued eine trübe Zukunft. Weil die Eisenindustrie nicht genügend durch — Jölle geschützt sei. Es sei daher notwendig, schon jetzt Vorbereitungen zu treffen, um nach Ablauf der bestehenden Handelsverträge einen für die Eisenindustrie günstigeren Zolltarif durchzusetzen. — Da erkennt man die nationalen Politiker. Weil bei niedrigerer Konjunktur die vom Kartell diktierten Preise sich doch nicht wie gewünscht halten lassen, müssen die — Schutzzölle weiter erhöht werden. So macht sich die Eisenindustrie auf Kosten der anderen das Leben leicht, und das nennt man „Schutz der nationalen Arbeit“. Sodann wurde verlangt Herabsetzung der Gütertarife und Erhöhung der staatlichen Auftragsbestände an rohem Eisenbahnmateriale. Bei dieser Forderung entsetzte Herr Bued seine soziale Ader. Wegen des Wagenmangels hätten die Arbeiter von August 1906 bis 1907 eine Lohneinbuße von rund 600 000 M. erlitten. Und im laufenden Jahre sei der Wagenmangel noch größer gewesen. — Einmal heißt es, der Mangel an Arbeitern habe eine weitere Steigerung der Kohlenproduktion verhindert, dann wieder liest man, Wagenmangel sei an der unzureichenden Förderung schuld. — Natürlich brach Herr Bued auch eine Lanze für die Syndikate und betonte mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit, durch Stärkung der Organisation gegen die Arbeiter zu rufen. Das werden sich hoffentlich besonders die Metallarbeiter merken. Die Auslastung des Herrn Bued sollte die Gelben mit der Nase darauf stoßen, daß sie die Geschäfte der Industriellen besorgen, zu ihrem eigenen und der Gesamtheit Schaden.

**Preisherabsetzung.** Wie berichtet wird, hat der Verein für den Verkauf von Siegerländer Hoheisen den Preis für Spiegelisen für das erste Vierteljahr 1908 um 5 Mark für die Tonne ermäßigt, und es sind hierzu für diesen Zeitraum schon größere Mengen Spiegelisen gekauft worden. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Nürnberg: Der Verband deutscher Messingwerke ermäßigt die Grundpreise von 147 auf 130 Mark für Bleche und von 137 auf 120 Mark für Stangen. Außerhalb des Verbandes stehende Werke bieten noch bedeutend billiger an.

**Braunkohlen-Verkaufsgemeinschaft.** Eine Versammlung der Braunkohlenwerke der Niederlausitz beschloß die Gründung einer Verkaufsgemeinschaft unter der Firma Niederlausitzer Bricket-Verkaufsgesellschaft m. b. H. In der Verkaufsgemeinschaft ist eine Bricketproduktion von rund 4 Millionen Tonnen vereinigt.

**Die Siemens-Schuckert-Werke** erzielten im letzten Geschäftsjahre einen Betriebsergebnis von 17 321 580 M. gegen 12 547 852 M. im Vorjahre. Nach Abschreibungen in Höhe von 5 410 008 M. (im Vorjahre 2 377 895 M.) verbleibt ein Reingewinn von 10 185 581 M. gegen 8 068 721 M. im Vorjahre. Der auf die Gesellschaften zur Verteilung kommende Gewinnbetrag stellt sich auf 8 988 588 M. gegen 8 002 357 M. für das Jahr 1906/07.

**Die Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft** vormals Schüder u. Co. in Nürnberg hat nach dem Geschäftsbericht aus Anlagen, Unternehmungen und Effekten einen Gewinn von 5 330 232 M. erzielt gegen 4 251 300 M. im Vorjahre. Der Reingewinn stellt sich auf 3 882 424 M. (im Vorjahre 3 204 134 M.).

**Die Siemens u. Halske-Aktien-Gesellschaft** brachte einen Geschäftsergebnis von 10 974 825 M. heraus. Nach Abführung von 1 379 409 M. für Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 8 717 388 M. gegen 7 964 739 M. im Vorjahre. Die Aktionäre, die im Vorjahre „nur“ 10 Proz. erzielten, erhalten diesmal 11 Proz.

**Lohnherabsetzungen in der Eisenindustrie.** In Dortmund haben eine größere Anzahl von mittleren und kleineren Betrieben des Eisen- und Metallgewerbes in Einvernehmen mit ihren Arbeitern bis auf weiteres eine Lohnherabsetzung von circa 15 Proz. vorgenommen. Die Betriebsleitungen gaben den Vertretern der Arbeiter Aufschluß über den gegenwärtigen Stand der Arbeitslosigkeit und stellten die Arbeiter vor folgende Wahl: entweder müßten die Betriebe Arbeiterentlassungen vornehmen, oder es müßten jede Woche ein paar Feiertage eingelegt, oder endlich es müßte eine 15prozentige Lohnherabsetzung für die nächste Zeit vorgelesen werden. Die Arbeiter waren grundsätzlich gegen Entlassungen, aber nach einiger Ueberlegung auch gegen die Einlegung von Feiertagen. Sie entschieden sich für eine vorübergehende allgemeine Lohnherabsetzung, wobei ihnen zugesichert wurde, daß bei einer entsprechenden Hebung des Auftragsbestandes die alten Löhne alsbald wieder in Kraft treten sollten. Die „Arbeitern.“ bemerkt dazu: „Es ist nicht ausgeschlossen, daß die jetzige Lohnherabsetzung schon zum Frühjahr wieder wegfallen kann. Das Vorgehen der Dortmunder Betriebe ist in jeder Beziehung beachtenswert: einmal deshalb, weil die Betriebsverwaltungen den Vertretern der Arbeiter die augenblickliche Lage mit weitgehender Offenheit darlegten und nicht über die Köpfe der Arbeiter hinweg brüskierten, sondern mit diesen zusammen sich über die zu ergreifenden Maßnahmen besprachen wollten. Sodann aber haben auch die Arbeiter dadurch, daß sie Entlassungen auf alle Fälle zu vermeiden suchten, ein gutes Beispiel gegeben. Ob in dem vorliegenden Falle die Lohnherabsetzung der Einlegung von Feiertagen vorzuziehen war, das entzieht sich für den Fernstehenden einer richtigen Beurteilung.“

## Krise in Amerika.

**New York, 6. Dezember.** Während die kapitalistische Presse die Situation noch immer so darstellt, als ob man es nur mit einer durch die „temporäre Störung des Geldmarktes“ verursachten Störung zu tun habe, lassen die über die bedeutendsten Industrien in fast allen Landesteilen eingehenden Nachrichten allsicher erscheinen, daß wir es mit einer wenigstens partiellen industriellen Krise zu tun haben. Seit der schweren Krise von 1893 hat die Konzentration der hauptsächlichsten Industrien riesige Fortschritte gemacht, und da die an deren Spitze stehenden „Generäle der Industrie“ stets genau über den Stand des Weltmarktes unterrichtet sind, so schränken sie die Produktion beizeiten ein, wenn „Gefahr im Anzug“ ist. Damit ist dann für die in diesen Industrien überzählig gewordenen Arbeiter die Krise in vollem Maße da, indem sie den Winter und Sommer über keine Aussicht auf

sonstige Beschäftigung haben. (Nur während der Erntezeiten wäre dies zum Teil der Fall.) Aber auch für die noch in Tätigkeit bleibenden Arbeiter fällt etwas ab. Die Unternehmer benutzen die schöne Gelegenheit, um die Löhne herabzubrüden, worüber jetzt täglich Nachrichten eingeht. — Ein harter Prozentfuß der aus dem Zustand flammenden entlassenen Arbeiter kehrt in die Heimat zurück. — Obwohl angeblich im „Weltmarkt“ wieder normale Zustände herrschen, werden an den Eisenbahnen und einer Reihe industrieller Werke die Löhne noch immer zum großen oder größten Teil in Scheid ausgezahlt. Ja, dieses „System“ hat sich in der letzten Woche noch weiter ausgedehnt. Und die Minenarbeiter in Goldfeld, dem bedeutendsten Golddistrikt Nevadas, sind gegenwärtig die einzigen, welche sich dagegen wehren und zum Streik geirritet haben. — Bei der Untersuchung verschiedener der hiesigen Banken und Trusts (Vertrauens-) Gesellschaften hat sich ergeben, daß mit den Geldern derselben in der wildesten Weise gewirtschaftet worden ist. So hatte die Brooklyn Borough-Bank u. a. auf eine Gemälde-Sammlung alter Meister, welche für den Zweck von einem mit 40 Dollar pro Woche honorierten Künstler „zusammengemalt“ worden war, ein hohes Darlehen gegeben. Der frühere Präsident dieser Bank hat Selbstmord begangen, wie vorher schon sein Kollege von der „American Trust Co.“, welche ihrerseits die Selbstentleerung mehrerer ihrer Depositionen „auf dem Gemissen hat“, welche über den vermeintlich in Aussicht stehenden Verlust ihres Geldes in Verzweiflung geraten waren.

# Aus der Frauenbewegung.

## Ein großer Schlag — ins Wasser.

Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen in Lützenberg sollte, wie wir feinerzeit berichtet haben, gegen die heilige preussische Vereingesehordnung verstoßen haben, indem er sich mit politischen Angelegenheiten beschäftigte. Solche verbotswidrige, staatsgefährliche, gesellschaftsfeindliche Betätigung war erblüht worden in der unbestreitbaren, polizeilich protokollierten Tatsache, daß in einer Versammlung ein Redner über — preussische Volksschulverhältnisse gesprochen hatte. Man denke: in einem Bildungsverein wird über Schulverhältnisse gesprochen! Doch das Auge des Gesetzes wacht. Der Ueberwachende löste die staatsgefährliche Versammlung auf, die Behörde ordnete die Schließung des staatsgefährlichen Vereins an und der Staatsanwalt leitete gegen die drei Vorstandsmitglieder ein Strafverfahren ein. Im Verlauf dierter Monate scheint dem Staatsanwalt jedoch die Erkenntnis gekommen zu sein, daß Volksschulfragen sojuzagen doch auch Bildungsfragen sind und daß eine Erörterung dieser Angelegenheit vor Gericht gerade nicht geeignet sei, das Konto „polizeiliche und staatsanwaltliche Reibstriche“ zu entlasten. Diese Erkenntnis sehen wir in dem folgenden:

### In der Strafsache gegen

1. die Frau Anna Hoffmann geb. Gebauer,
2. die Frau Helene Weislich geb. Mannhardt,
3. die unerrebelichte Johanna Krumm,

wegen Vergehens gegen §§ 8, 16 der Verordnung betreffend das Verammlungs- und Vereinsrecht vom 11. März 1880 werden auf Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft die drei genannten Angeklagten aus dem tatsächlichen Grunde des mangelnden Beweises außer Verfolgung gesetzt.

Die vorläufige Schließung des „Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse Lützenberg“ wird aufgehoben. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last. Berlin, den 3. Dezember 1907.

Königliches Landgericht III, Strafkammer 2.  
gez. Haack, Bränkel, Menckes.

### Ausgefertigt

Berlin, den 9. Dezember 1907.

### Lützenberg,

als Gerichtssekretär  
des Königl. Landgerichts III, Strafkammer 2.

Nun dürfen die Lützenberger Frauen wieder über preussische Schulverhältnisse sich unterrichten lassen — wenn die Polizei es nicht durch Verammlungsauflösung verhindert. Hoffentlich wird die Behörde nun auch bald die Antwort finden auf die ihr wegen der damaligen Verammlungsauflösung zugegangene Beschwerde.

### Bürgerliche Diensthofenfrage.

Die kräftige Entwicklung der freien Diensthofenorganisation hat im katholischen und evangelischen Lager einen ungläubigen Eifer erweckt. Ueberall melden sich Freunde, die sich der Sache annehmen, so daß die bürgerliche Frauenbewegung zurzeit einem aufgestörten Ameisenhaufen gleicht. Der fromme Reichsbote“ hat jetzt auch dem Ertrag eines Mitarbeiters Raum gegeben, dem wir einige niedliche Geständnisse entnehmen. Wir erfahren: zunächst, daß die Diensthofenfrage eine der wichtigsten Fragen des sozialen Lebens der Gegenwart ist. Wohlgerne, erst seit sich die Sozialdemokratie der unterdrückten und rechtlosen Hausfrauen angenommen hat, andernfalls würde den Frommen die Diensthofenfrage ebenso gleichgültig sein, wie die Frage der türkischen Haremfrauen. Ferner wird gesagt, daß jetzt schon durch die Steigerung der Löhne und des Sätwindens des Zusammengehörigkeitsgefühls zwischen Herrschaften und Angestellten erstere sich nach Hülfsmitteln umsehen müssen, dadurch werde aber „das Gefühl der Zugehörigkeit, das bisher die Kinder des Volkes mit ihrer Diensthofenchaft verband, mehr und mehr gelockert.“ Dadurch bilde sich ein Verhältnis heraus, „das sich analog der durch Klassengegnen und sozialdemokratische Verhetzung getriebenen Stellung der Arbeiterschaft zu dem Abtrünnern zum Nachteil der Diensthofenchaft, wie besonders auch der Angestellten selbst entwickelt.“ Daß die Löhne der Dienstmädchen sprödtant hoch gestiegen sind, können wir absolut nicht finden. Und von dem familiären und harmonischen Verhältnis zwischen Herrschaft und Dienstmädchen war früher ebenso wie heute, wenig zu merken. Daß die Dienstmädchen sich nicht mehr alles gefallen lassen wollen, daß sie sich von der Herrschaft und deren Angehörigen das „gemütliche Zu“, noch die Kapuzen der Heben Sprödtunge verbitten, kurzum, wenn das, was man unter gebildeten, geübten Menschen Selbstgefühl und Ständebewußtsein nennt, bei den „dienenden“ Schichten zum Durchbruch gelangt, so kann das nur als ein Zeichen des Fortschritts und der künftigen Entwicklung angesehen werden. Das aber hassen die ärztlichen Demagogen. Daß die Dienstmädchen mit den Lehrlingen verglichen und auf eine Stufe gestellt werden, wollen wir noch besonders hervorheben. Weiter meint das fromme Haupt, die Erfüllung unserer Forderung bezüglich Abschaffung der Beförderungs würde die „häusliche Erziehung“ der Diensthofen untergraben. Da steht die Freude!

Gleichen Maßes sind die Ausführungen einer adligen Dame in einem anderen bürgerlichen Blatte. Sie berichtet über ein Referat von der kirchlich stattgefundenen evangelischen Diensthofen-Konferenz, an der allerdings durchweg „Damen“ teilnahmen. Die Ergebnisse der Tagung sind die folgenden: Hausfrauenorganisationen sollen gegründet werden, natürlich zur Belehrung der Hausfrauen über die Pflichten gegen ihre Diensthofen. Ein Dienstvertrag sowie „Hausdienstausschüsse“ sind in Aussicht genommen. Gewährung eines Kronknechtzuschusses (was längst schon gesetzlich festgelegt sein sollte), fernere — bitte nicht lachen — Errichtung einer „Aussteuerkasse“ (!), die aus den Erbschaften der — Dienstmädchen unterhalten werden soll. Das ist doch nett, wahrhaft! Auch Jungfrauenvereinigungen und Wohlfahrtsvereinigungen sollen errichtet werden; die Hauptfrage aber ist und bleibt: „religiös-sittliche Erziehung der Diensthofen“.

Da kommt die Sozialdemokratie freilich nicht mit. Wir verlangen ja für die Hausgeheften nur Anerkennung des von unserer Seite ausgearbeiteten Dienstvertrages, sowie menschenwürdige Behandlung, Wahrung der persönlichen Freiheit und Abschaffung der Beförderungs. Diese Forderungen beleidigen den Geldbeutel und den Herrschaftsdünkel der Besitzenden, deshalb suchen sie mit

allerhand wertlosen Schönheitspflasterchen die häßlichen Anschätze der heutigen Hausfabrikerei zu verdecken. Unsere Aufgabe soll es sein, mit dem Dumbug aufzuräumen.

## Handlungsgehülfen und Frauenarbeit.

In den Kreisen der Handlungsgehülfen macht sich in neuester Zeit ein moderner Zug geltend und ein Teil von ihnen vermag sich auf die Dauer nicht der Einsicht zu verschließen, daß sie in dem Bestreben, die Frauenarbeit auszuweiten, einem Phantom nachjagen. Darob ist nun im launmännischen Lager ein heftiger Streit entbrannt, der zu einer Spaltung führte, indem der Verein der deutschen Kaufleute rasch entschlossen zur Gründung einer Handlungsgehülfen-Organisation schritt, der er auf seinem letzten Delegiertentage alle bisher vorenthaltenen Rechte einräumte. Auch der Leipziger Verband der deutschen Handlungsgehülfen erkennt jetzt die Frauenarbeit im Handelsgewerbe als einen vollberechtigten Faktor an, verkündet Satzung vor der Kollegin und hofft den Nachteilen, den die starke Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte nach sich zieht, dadurch zu begegnen, daß er die Berufsbildung der Frau fördert.“ Neben dem Fortbildungskursus verlangt er gleiche Lehrzeit für beide Geschlechter und zwar, wie der Verfasser des Artikels offenerzigt schreibt: „allerdings mit dem Hintergedanken, daß dadurch der Zustrom gebremst und infolgedessen die weibliche Konkurrenz eingeschränkt werde“. Hier kommt der Pferdeschuh zum Vorschein. Einen größeren Gefallen könnte man den Herren wirklich nicht erweisen, als ihnen vier Jahre hindurch die Töchter des Proletariats als Putzfrauen und für sonstige „Lehrlingsarbeiten“ unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Das muß man dem Teufelskationalen Handlungsgehülfen-Verband lassen, konsequenter ist er jedenfalls wie seine Gefinnungsbrüder von den übrigen Verbänden. Er verlangt nach wie vor unentwegt Abschaffung der Frauenarbeit. Herausdrängung der Frauen aus dem Handelsgewerbe. So lange das launmännische Proletariat aus seinem Ständebüchel nicht zum Klassenbewußtsein erwacht, so lange werden seine Bemühungen, seine Lage zu verbessern, erfolglos bleiben.

## Versammlungen — Veranstaltungen.

Reinickendorf-Ort, Mittwoch, 18. Dezember, bei Hoffmann, See- und Regierstr. 10: Vortrag, Frau Albehty: „Das Weihnachtsfest“.

## Gerichts-Zeitung.

### Nachzügler vom Milchstreik

beschäftigen noch immer die Berichte in Form von Beleidigungs-klagen. Ueber eine solche hatte gestern die 8. Strafkammer zu befinden. Es standen sich der Vorsitzende des Verbandes der Milchhändlergenossenschaft, Milchpächter Carl Lulay und Dr. C. S. Engel, der frühere wissenschaftliche Beirat des Vereins zur Bekämpfung des Säuglingssterblichkeits gegenüber. Ersterer unter Vorsitz des Rechtsanwalts Dr. Platau, letzterer unter Beistand des Rechtsanwalts Brämann. Als die Bogen des Milchstreiks sehr hoch gingen und die Milchhändler zum Vertrieb dänischer Milch übergingen, erließ der Verein zur Bekämpfung des Säuglingssterblichkeits ein Merkblatt, in welchem vor der dänischen Milch gewarnt wurde. Der Verband der Milchhändler veröffentlichte darauf ein Flugblatt: „An die Einwohner Groß-Berlins“ und kritisierte darin die Tätigkeit des Vereins zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit in sehr abfälliger Weise. Es wurde darin ausgeführt, daß der Verein sein Ziel, die Säuglingssterblichkeit zu vermindern, nicht erreiche, vielmehr infolge der wissenschaftlich verfehlten Methode des Dr. Engel gerade das Gegenteil eingetreten ist, da sich die Säuglingssterblichkeit vergrößert habe. Es wurden in dem Flugblatt auch einzelne tatsächliche Behauptungen aufgestellt, z. B. daß die Fütterung der dem Verein unterstehenden Mütter in unzulässiger Weise geschehe, daß altes Getreide zum Lagern der Mütter verwendet werde, daß Polizeiverordnungen mit ihren positiven Verbots seitens des Vereins übertreten würden, daß der Verein in Wahrheit nur die Interessen der agrarischen Milchzentrale betätige und fördere usw. — Hiergegen veröffentlichte Herr Dr. Engel eine scharfe Abwehr, die alle tatsächlichen Angaben des Flugblattes für bewusste Unwahrheiten erklärte. Darauf wurde von Herrn Lulay und zwei anderen Herren des Vorstandes des Milchhändlerverbandes die Beleidigungsklage gegen Dr. Engel angehängt, die dieser mit der Widerklage beantwortete. Letztere gründete sich auf den Inhalt des Flugblattes und den von der Gegenseite dem Gericht eingereichten Schriftsatz, der die Anwendung des § 187 begründen sollte und deshalb mehrfach den Ausdruck „Verleumdung“ in Anwendung brachte. Das Schöffengericht sprach feinerzeit beide Parteien frei. Das Gericht nahm an, daß beide Parteien in gutem Glauben an den Inhalt ihrer Veröffentlichungen gehandelt haben, daß ihnen der Schutz des § 193 zur Seite stehe und aus der Form eine Absicht der Beleidigung nicht hervorgehe. Hiergegen hatte nur Herr Dr. Engel Berufung eingelegt. Das Landgericht kam aber nach längerer Verhandlung zur Verurteilung der Berufung. Das Gericht stellte fest, daß das Flugblatt eine Erwiderung sei gegen das Merkblatt des Vereins, auf dem auch der Name des Dr. Engel bezeichnet war. Das Flugblatt sei nicht gegen letzteren gerichtet gewesen, sondern gegen den Verein und habe dazun wollen, daß der Verein nicht die Erfolge erziele, die er erziehe. Schon objektiv liege eine persönliche Beleidigung des Dr. Engel nicht vor, sollte eine solche aber doch herausgelesen werden, so stehe den Wiederangeklagten der Schutz des § 193 zur Seite. Behauptungen wider besseres Wissen seien in keiner Weise nachgewiesen. Was den insinuirten, von Dr. Platau herrührenden Schriftsatz betreffe, so enthalte er formell keine Beleidigung, denn bei der Anwendung „verleumdend“ handle es sich doch nur um einen gesetzlichen Ausdruck, dessen Unanwendbarkeit zur Begründung einer Klage aus § 187 nicht beschränkt werden könne.

### Der Riesen-Vertrugsprozess.

über dessen Beginn vor der 3. Hilfsstrafkammer des Landgerichts I wie vor mehreren Wochen berichtet hatten, ist nunmehr geklärt und zu Ende geführt worden. Der Ingenieur und Agent Karl Rothmann war vor der Strafkammer wegen einer großen Anzahl Darlehensschuldwecheln angeklagt, die er in der Weise veräußert hatte, daß er sich von Darlehensnehmern vorher eine Gebühr zahlen ließ, für welche angeblich eine Kasse eingekollt werden sollte. Diese Kasse, welche von einem Winkelkunstbüro ge-liefert wurden, lauteten sämtlich ungenüßig und der Angeklagte behielt die weit über die Kosten der Kunst hinreichende Gebühr für sich. Dieser betrügerische Geschäftsbetrieb brachte dem Angeklagten einen großen Verdienst ein, bis sich eines Tages die Kriminalpolizei, bei der ganze Höhe von Angelegen gegen Rothmann eingegangen waren, ins Mittel legte und den Angeklagten verhaftete. In der Strafsache gegen ihn wurden über 200 Zeugen vernommen, die zum Teil wegen allzu großer Entfernung ihres Aufenthaltsortes vom Gerichtssitze kommissarisch vernommen wurden. Infolge des kolossalen Zeugenapparates dauerte die Verhandlung anhebend drei Wochen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten schließlich wegen vorliegenden Betruges dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zu einem Jahre Gefängnis.

### Son der unverantwortlichen Polizei.

Aus Halle a. S. berichtet man und amterem 16. Dezember: Die Bankangestellten Sauer und Behn von der Sächsischen Effektenbank klagten vor dem Schöffengericht gegen den Redakteur Wiersch von der „Posener Zeitung“ wegen Beleidigung. Der Besagte hatte im Juli in seiner Zeitung eine Notiz veröffentlicht, nach der er vor dem Ankauf von Wertpapieren warnte, da den Angebotenen solcher Papiere mit Mithrauen zu begegnen wäre. Die Anbieter der Papiere wären sofort der Polizei zu überliefern. Die Privatkläger fühlten sich durch die falsche Notiz schwer beleidigt und verlangten die Bestrafung des Redakteurs, da jene Warnung schlimmer als ein Stechbrief erweise. Der Vertreter des Besagten bezieht



sich aber darauf, daß der Redakteur jene Warnungsnote von der Posterei mit dem Ersuchen um Veröffentlichung erhalten habe. Die Posterei sei auf Grund des Allgemeinen Landrechts beauftragt, Warnungen zu veröffentlichen, um das Publikum vor Schaden zu schützen. Auf bestimmte Personen habe sich die Warnung nicht bezogen. Daß Wertpapiere in der Provinz Posen angeboten worden seien, sei richtig.

Polizeipräsident Dr. Auerbach und Kriminalkommissar Schulz von Posen geben zu, die Warnung in drei Zeitungen langiert zu haben und der Vertreter der Privatkläger wies darauf hin, daß die Posen'sche Zeitung anherberdientlich unvorsichtig gehandelt habe. Das Gericht erkannte an, daß die Notiz beleidigend ist, sprach den Beklagten, der nicht rechtswidrig gehandelt habe, aber frei. Von einem Vorgehen gegen die Polizei versprachen sich die Kläger nichts. Der vorstehende Fall ist geeignet, Richter darüber aufzuklären, daß sie völlig nebenbei hantieren, wenn sie einen Redakteur verurteilen, der wahre Tatsachen verbreitet, von denen nicht alles bis auf das Tipfeldchen über dem i nachzuweisen ist. Der Polizei steht ja reiche Mittel zu Gebote, um die Wahrheit zu ermitteln, und trotzdem veröffentlicht sie, wie dieser Fall zeigt, höchst unvorsichtig nicht hinreichend geprüfte Behauptungen.

### 70 Pfennige — 6 Monate Gefängnis.

Der Handelsmann F. Heinrich hatte der Tochter einer seiner Kundinnen eine Anzahl Käse zum Kauf aufgedrängt unter dem falschen Vorwande, die Mutter des Mädchens habe ihn beauftragt, diese Käse abzuliefern. Er erhielt dafür 2 M., während die Käse angeblich nur 120 M. wert seien. Das Landgericht Magdeburg sah dies als Betrug an, da er sich einen rechtswidrigen Gewinn verschafft und das Vermögen der Kundin um 70 Pf. geschädigt habe. Er büßt diesen Frevel als rückfälliger Verbrecher mit sechs Monaten Gefängnis; das drakonische Urteil wurde vom Reichsgericht am Montag bestätigt.

Sind Gesetze, die solche Blutzurteile vorschreiben, mit gesundem Rechtsempfinden vereinbar?

### Der fittliche Pfaffe.

Wegen Sittlichkeitsverbrechen war der Pastor Alwin Eduard Dötcher vom Landgericht Hildesheim zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte sich an einer Konfirmandin vergangen. Als er von der Mutter des Kindes zur Rede gestellt wurde, äußerte er: „So hat sie es Ihnen doch erzählt!“ Darauf verlegte er sich aufs Weiden, doch von einer Anzeige abzusehen. Er sei jetzt 11 Jahre Seelsorger in der Gemeinde, und sie wollten doch um des lieben Friedens willen Freundschaft haben. Vor Gericht wollte er sich an nichts mehr erinnern lassen, gab jedoch die Möglichkeit der Verzeihung zu. Er entschuldigte sich damit, daß er unter Ausfluß der freien Willensbestimmung gehandelt habe. Das Landgericht stellte fest, daß auch seine Dienstboten unter des Pastors unzüchtigen Angriffen zu leiden gehabt hätten. Die Revision, in der Pastor Dötcher Ablehnung von Verzeihungsanträgen rügte, wurde am Montag vom Reichsgericht verworfen.

### Ein gefeschehender Beamter.

Ein Staatsmandat erhielt ein Parteigenosse in Verhaft bei Düsseldorf, weil er sich an einer Agitation für unser Parteiblatt beteiligt habe, ohne im Besitze einer — Gewerbelegitimation zu sein. Diesen Witz hat der Polizeikommissar in Verhaft aussersehen, trotz aller Vorhaltungen war er nicht zu befehlen. Das Gericht muß ihm nun noch befehlen, daß er nicht einmal die für ihn hauptsächlich in Betracht kommenden Gesetzesbestimmungen kennt.

Hätten wir Vorschriften, die eine tatsächlich wirksame Verantwortlichkeit der Beamten wie z. B. in England garantieren, so wären solche und tausend andere Anklagen unmöglich.

### Verfammlungen.

Eine Branchenversammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher, die gut besucht war, hielt der Deutsche Metallarbeiterverband am Sonntag in den Kuffler-Festhallen ab. Neben die Arbeitsverhältnisse der Dreher in den Bexen Volta, Brunnen- und Ackerstraße der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft referierte Wegner. Nach einer historischen Einleitung gab er auf Grund einer letzten veranlasseten Umfrage eine Uebersicht über die jetzigen Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Abteilungen der genannten Werke. Zur Frage der Arbeitszeit ist meist angegeben worden: „Normal 9 Stunden“; beim Vorkommen von Schichten mit dem Hinzufügen: bei Schichten 8 Stunden. Ganz vereinzelt sind auch 8 Stunden als normal angegeben worden. Die Einzelstellungen betrafen immer je eine bestimmte Abteilung. Bezüglich des Ueberstundenwesens und „Schichtenschiebens“ liegen die Dinge recht verschieden. Neben Abteilungen, wo es nicht vorlief, und solchen, wo es nicht so sehr in die Erscheinung trat, gab es andere, die den Unwillen der Versammlung erregten. So machten z. B. in einer Abteilung mit 42 Drehern und 16 Revolverdrehern 24 Kollegen bis zu drei Ueberstunden pro Woche. Diese Kollegen, meinte Redner, seien dringend zu ermahnen, der 1900 arbeitslosen Dreher zu gedenken. Der Affordstundenlohn, der „geschrieen“ wird, ist auch recht verschieden. Vielfach wurde in den Antworten auf die Umfrage betont, daß „häufige“ oder „häufige“ Streitigkeiten wegen Reduzierung oder veränderter Reduzierung der Affordpreise vorkommen. Auch Klagen über die Behandlung durch bestimmte Meister oder Vorarbeiter sind laut geworden. Zu erheblichen Anzuträglichkeiten führte der Versuch, der in einer oder zwei Abteilungen mit Einführung der amerikanischen Arbeitsmethode gemacht wird. — Zusammensetzend konnte Redner feststellen, daß in den Abteilungen, wo die Kollegen am besten organisiert wären, auch die Arbeitsverhältnisse am erträglichsten seien.

Geselle Eduard Vornstein hielt dann einen interessanten Vortrag über: „Die jetzige wirtschaftliche Lage unter besonderer Berücksichtigung der Maschinenindustrie“. An den Vortrag, der lebhaften Beifall fand, schloß sich keine Diskussion. Dagegen wurde nunmehr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Dreher in der A. G. G. roge diskutiert. Aus den Ausführungen ergab sich für die Dreher die Lehre, daß sie noch mehr zusammenhalten müßten, um den Rißhänden abzuwehren und einer Verschlechterung vorzubeugen.

**Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Heine“.** Heute abend 8 1/2 Uhr Sitzung bei Volze, Nebendbergstr. 8. **Les- und Diskussionsklub „Zukunft“.** Heute abend 8 1/2 Uhr bei Tollhoff, Köpenickerstr. 55: Sitzung. Gäste willkommen. **Draufseher Arbeiter-Abteilungsband.** Kreisgruppe Berlin. Heute abend 7 1/2 Uhr im „Königsbad-Kasino“, Holzmarktstr. 72: Vortrag. Gäste willkommen!

### Vermischtes.

#### Blinde Buchdrucker.

Unter dieser Ueberschrift läßt sich die „A. J. am Mittag“ aus Paris schreiben, daß der Blindenlehrer Ernest Bonghan den Blinden ein neues Gewerbe eröffnet habe, nämlich die Buchdruckerkunst. Seine Erfindung ist sehr einfach und darum sehr praktisch. Er hat nämlich Geselsten für die Blinden konstruiert, die in der gewöhnlichen Buchdruckerkunst enthalten. Nur ist an jedem Buchstaben der Buchstabe der Blinden-schrift angebracht worden. Der Blinde erkennt es sehr bald, sich in diesen Säften zu orientieren, und vermittelst seines Tastsinnes gewinnt er sehr schnell eine große Uebung in der neuen ihm erschlossenen Kunst.

Diese blinden Säger haben den sehenden Sägern das eine voraus, daß sie sich nicht wie die letzteren mit dem schärfsten leserischen Manuskript herumzögern brauchen. Ob die Blinden nicht auch noch ohne Druckfehler setzen, wird uns leider nicht verraten.

Ein schweres Unglück ereignete sich nach einer Meldung aus Nordhauken zwischen Halle und Köslitz. In der Nähe von Groß-Verthor wollte ein Gefährt die Gleise passieren, als der Wägen gerade die Schranke niederließ, so daß der Wägen weder vor- noch rückwärts konnte. In diesem Augenblick näherte sich ein Schnellzug und überfuhr das Gefährt. Der Kutscher und der Fahrer wurden sofort getötet, ein anderer Kutscher rettete sich rechtzeitig durch Abspringen. Die Frau des Getöteten, die sich zufällig an der Unglücksstelle befand, brach vor Schreck ohnmächtig zusammen.

Geräufelsturz. Nach einer Meldung aus Groß-Sirzate in dem benachbarten Baitendorf ein Gerüst ein. Zwei Arbeiter wurden tödlich, zwei leicht verwundet.

Ein Familiendrama. Der Fabrikbeamte Kubal in Laur erlitt eine Verletzung am Kopf, als er sich auf dem Weg zum Arbeitplatze befand und durchschlug sich dann in den Hals. Der Mörder hinterläßt vier Kinder.

#### Schiffsunfälle.

Wie aus Triest gemeldet wird, sollten gestern abend 300 Auswanderer in einem Leichter auf dem Auswandererdampfer „Goth“ gebracht werden. Kurz vor der Ankunft des Dampfers stieg eine große Anzahl der Auswanderer auf Deck des Leichters, welches unter ihrem Gewicht zusammenbrach. Drei Personen wurden schwer, 21 leicht verletzt.

Wie aus London gemeldet wird, ist der englische Schooner „Galata“ in der Nordsee gesunken. Nachdem die Besatzung 24 Stunden lang mit dem Tode gekämpft hatte, gelang es dem dänischen Schooner „Peleren“, die Schiffbrüchigen aufzunehmen. Dieselben wurden gestern in Dover an Land gebracht.

#### Die Grubenexplosion bei Jolonde.

Neben der Grubenexplosion bei Jolonde liegen heute weitere Meldungen vor, aus denen hervorgeht, daß eine Anzahl Menschen ums Leben gekommen sind. Aus Birmingham im Staate Alabama wird gemeldet, daß bei der Explosion 90 Arbeiter verunglückt wurden. Nur 14 konnten bisher lebend zutage gefördert werden. 50 Leichen wurden geborgen. Eine andere Meldung besagt, daß von den bei der Explosion in dem Bergwerke bei Jolonde Verunglückten nur 35 Leichen geborgen sind.

#### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 11. Heft des 9. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Festliche Wochenschrift. — Englische Anstaltungsberichte. Von R. Beer. — Die Reform des Zivilprozesses. Von Ludwig Raab. — Eine folgenschwere Veränderung im Personalwesen der Reichspost. Von Richard Wagner. — Die Geschichte einer Arbeiterorganisation. Der Deutsche Gewerkschaftsbund. Von Paul Barthel. — Literarische Rundschau: Hugo Schütz, Wut und Gien. Von P. M. und London. Wenn die Natur ruht. Von K. K. Richard Müller (Juda). — Mittheilung des Deutschen Reichstages. Die Einmalenquellen des Deutschen Reiches und ihre Umwidmung in den Jahren 1872 bis 1907. Von E. W. \* \*. — Unkraut. Von Robert Grösch. Dr. W. Hölzer, Ludwig Windthorst. Von Herman Wendel. U. Wild, Harter. Die körperliche Verbindung von Kindern durch Personen, welchen die Fürsorge für dieselben obliegt. Von Dr. Siegfried. Dr. S. Müller. Das Wasserleitungsverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von M. H. — Notizen: Organisation und Frauennarbeit im Baugewerbe der Provinz Posen. Von C. R. — Von der „Sachen“ und Kleinbahn-Berufsgenossenschaft. Von E. G. — Eine Statistik der sozialdemokratischen Partei in Finnland. Von M. M. — Wagon, Ancient Society. Lumb. Von K. K. — Der Gummischnitzerei in Ahrensheim. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. — Probeummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeitenden (Erlangen, Verlag von Paul Singer), ist und soeben Nr. 25 des 17. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Einladung zum Abonnement. — O du Köhliche, o du seltsame, wandernde Weihnachtzeit. Von E. U. — Das Budget einer armen Frau. Von G. Gral. — Notiz aus der Textilindustrie. Von H. Jäckel. — Ueber die von Elisabeth Hartmann-Verder. — Reformen und Frauenstimmenrecht in Oldenburg. Von G. r. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht der Gesellschaften des vierten höchsten Reichstageswahlkreises und des Wahlbezirks Bau- und Wilhelmshaven. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. — Notizen: Dienstreise. — Soziale Gesetzgebung. — Frauenstimmenrecht. — Scheidungen und Ehescheidungen. — Aenderungsrecht. — Jurisprudenz von Julie Eicholz. — Entgegnung von Luise Jäckel. — Familienrecht. — Genossenschaft. Von Ludwig Platz. (Gebicht) — Ueber Bullen. Von Leon Dolz. — Meine Zeit. Von Emanuel Seibel. (Gebicht).

Für unsere Kinder: Die Zeit ist nah. Von Clara Müller. (Gebicht) — Weihnachts. Von O. E. — Wie Simplicius seinen Herzbruder fand und

wieder verlor. Von A. Jendisch. (Gebicht). — Der Königskron in Dunsdorf. Von Felix Dahn. (Gebicht). — Suppenrich von Robert G. Jäckel. — Koffelbühnen. Von Hermann Lingg. (Gebicht). — Rhodus Weihnachtsmann. Von Hebe. — Der Hamster und die Amelie. Von G. T. Lehmann. — Das tablere Schneelotterlein. Von Grimm. (Schluß). — Vom Saiten auf dem Eis. Von A. G. (Gebicht).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,00 M.

Die Weihnachtsnummer des „Wahren Jacob“ ist uns soeben zugegangen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Die Weihnachtsfeier des kleinen Bernhards“ und „Der Blockzettel“, sowie die weiteren Illustrationen „Nikolaus Weihnachtsfeier“, „Der delorgte Patriot“, „Der Kampf um das Dreifaltigkeitenswahrheit“, „Weihnachten“, „Der Wintergärtner“, „Soziale Fürsorge“, „Aus unseren Kolonien“, „Germanias Stolz“, „Sommerstrahlzug“, „Weihnachten an der Vaterland“, „Argwohn“, „Auf der Landstraße“, „Der letzte Teil der Nummer bringt die Gedichte „Bloden“, „Die Kräfte“, „Bauweise“, „Der Friedendental“, „Der Welt voran“, „Stille Nacht, heilige Nacht“, „Ein Weihnachtsstraßen“, „Wohlfahrt“, „Bringschön“ (Illustriert), „Narische Weihnachts“, „Reinhold Wintermärchen V.“ und einer zahlreichen kleineren Beiträge die illustrierte Weihnachtsbesprechung „Solidarität“, den Schluß der Uebersetzung „Zur Geschichte der Kamarkia“ von Wilhelm Stos und „Worte und Werke, ein Weihnachtsliedchen für große Kinder.“

Der Preis der 30 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. **Reclam's Universal-Bibliothek.** Nr. 4351. Dichter-Biographien. Bergheimer Band: Adelbert von Chamisso. Von Ludwig Geiger. Gebunden 60 Pf. — 4352. Rudolf von Gottschalk. Von dem Knast. Schauspiel. — 4353. 4354. Jean Racine. Mariens Roman. Uebersetzung aus dem Französischen von E. Bange. — 4355. Erläuterungen zu Weistramers der Lausitz. 13. Band: Richard Strauß: Salome. Drama von Max Hop. — 4356. Henry Brant. Der Dieb. Ein Stück in drei Aufzügen von Rudolf Lothar. — 4357. Gustav Schwab's. Der Wagner und andere Satiren und Skizzen. — 4358. Herbert Guinburg. Wägenhausen. Schauspiel. — 4359. 4360. Frida Schanz. Sollen. Tagebuch einer jungen Frau. — Gebunden 80 Pf. Preis jeder Einzelnnummer 20 Pf. Verlag: Pp. Reclam in Leipzig.

### Briefkasten der Redaktion.

Die irrthümliche Ezechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 777 Jahrgang 1907 wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gestern 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Ezechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Kluge Fragen trage man in der Ezechstunde vor.

**Wiederwahn.** Das Arbeitersekretariat befindet sich Engländer 15. Die Beratung würde ausbleiben sein, wenn etwa der Verordnete Unzufriedenheit bezogen hat. — P. D. 6. 1. Die Rückzahlung könnte noch immer geltend gemacht werden. 2. Das Datum müßte der Eingabende angeben; er war ja im Besitze der Quittung. 3. Gebühren entstehen nicht. 4. Die Klage wäre beim Gericht anzustellen. — G. 36. Lassen Sie dem betreffenden, angeblich Bevollmächtigten mit, daß Sie die Karte auf Grund einer notariell beglaubigten Vollmacht Ihre ausübenden würden, aber hinterlegen Sie die Karte. — R. 2. 48. Die Mühseligkeit sind uns unbekannt. Sie wechseln außerordentlich. — R. 4. Unferes Wissens ja. Zweimäßig ist es aber, früh, kurz nach 11. zu erscheinen. — M. 3. 13. 1. Der Bräutigam. 2. Eine 20 M. monatlich. — P. D. 11. Ja, das Normale ist ungefähr drei Hund. — Anna. Werden Sie sich an die Stützungsdeputation, Poststr. 15. — G. 2. 21. Werden Sie sich beim Polizeivorstand, dann haben Sie zunächst ein Vorgehen beim Arzt zu betreiben (Nennen, Lesen, Sprechfähigkeit und dergl.), hierauf werden Sie in die Liste der Hebammen-Kandidatinnen eingetragen. Nach etwa zwei bis 3 Jahren erfolgt die Kassforderung, einen sechsmonatigen Kursus in der Uebung mitzumachen. Die Kosten betragen 300 M. Nach Absolvierung des Kurzes erfolgt die Hebammenprüfung und Zulassung als Hebamme. — C. 2. 20. Eine Postkarte unterliegt der Krankenversicherung nicht, in der Regel aber der Invalidenversicherungspflicht. Betreten Zweifel an der Invalidenversicherungspflicht, so erhalten Sie von der Versicherungsanstalt, am städtischen Markt, im Eingangs Hofhaus. — R. W. Klein. — U. 2. 57. 1. Legen Sie im Termin den Sachverhalt dar und warren Sie den weiten Verlauf ab. 2. Ob in der Anlage ein Weib gefunden werden kann, hängt von der Gesamtschuld ab. — U. 2. 23. Selbstverständlich nicht. Der scharfe Ton ist wiederholt von uns kritisiert worden. — R. 3. Die betreffenden sind nicht mehrdientlich. — Radite. Sie führen keine Prozesse, Sie müssen sich direkt an einen Anwalt wenden. — R. 2. 101. Der jüngere Beschluß ist gültig. — D. 2. 19. 1. Leider ja. 2. Die juristische Ezechstunde dehnt sich häufig bis zum und später aus. Einen Anpruch auf Abfertigung haben aber nur die, die bis acht erschienen. — G. 2. 101. Ihre Rechte könnte einer dahin gerichteten Antrag an das Vormundschaftsgericht stellen. — R. 2. 2. Wenn Sie haben nur das Recht, auf Beschluß der nötigen Richter und auf Schadenerhalt zu klagen. — Dredow 28. Richtig ist: Der und der trägt ein Gedicht vor. — G. 2. 101. 1. In solchem Falle würde nicht die festwichtige, sondern eine vierzehntägige Kündigungsfrist bestehen, weil kein Gesandenerhältnis vorliegt. 2. Die Arbeit nach der vorerwähnten Zeit können Sie ablehnen. 3. u. 4. Legen Sie das Sie betreffende Sachverhältnis genauer dar. Sind Sie von einem Offizierskassen engagiert, so gehören Sie nicht zum Grunde. Sind Sie von einer Herrschaft engagiert, so machen Sie Gesinde sein. — P. D. 19. Höchst unannehmlich. — Jalousiearbeiter. Monatlich 20 M. gelten als angemessen. — J. W. 30. Uns ist die betreffende Sache nicht bekannt. Werden Sie sich an Gewerkschaftsamt, Engländer 15. — G. 2. 2. Ja. — R. 2. Beantworten Sie Abwehler der Klage. Legen Sie dar, wie der Sachverhalt gewesen ist und beantragen Sie, eventuell Ihre Schritte als Jüngling zu hören. — D. 2. 59. Der erste Termin auf dem Gewerkschaftsamt ist lediglich ein Vergleichstermin. Zu dem zweiten werden die Zeugen geladen, können auch mitgebracht werden. Eine selbsttätige Berichterstattung wäre am besten. — D. 101. 1. bis 3. Die Höhe der Kosten richtet sich nach der Höhe des Objekts. Ein Anwalt ist nicht erforderlich, ebensowenig die vorherige Einreichung von Geld. 4. Leider ist da jetzt nicht mehr zu machen. — Notarverord. 1. Ja. 2. Sie müssen einen dahin gerichteten Antrag an die Gemeinde richten. — G. 2. 100. Ihre Anträge gehen auf dem Kassenschatz hervor, das in Ihrem Besitze ist, eventuell auf Antrag von der Kasse Ihnen gegeben wird.

### Witterungsübersicht vom 17. Dezember 1907.

Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. N.	Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. N.
Stuttgart	776.5	SW	2	bedeckt	-1	Saparnuda	779.5	SW	2	bedeckt	-13
Gumburg	777.0	SW	2	bedeckt	0	Petersburg	773.5	SW	2	bedeckt	-14
Berlin	777.5	SW	2	bedeckt	0	Seibitz	765.0	SW	4	bedeckt	11
Königsb. B.	777.5	SW	1	hell	-1	Berzen	764.0	SW	4	bedeckt	9
München	779.0	SW	2	wolkig	-9	Bari	773.0	SW	wolkig	-3	
Wien	782.0	SW	1	wolkig	-3						

**Wetter-Prognose für Mittwoch, den 18. Dezember 1907.** Ein wenig kälter, zeitweise anlassend, stellenweise neblig bei schwachen nordwestlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge.

An unsere Inserenten, welche Inserate größeren Umfanges für die nächste Sonntags-Nummer aufzugeben beabsichtigen, richten wir die höfliche Bitte, dieselben bis Donnerstag nachmittag 5 Uhr in unserer Haupt-Expedition aufzugeben.

Verlag des „Vorwärts“.

„Schlafe paentl.“ **Praktische Weihnachts-Geschenke!** **Großvaterstühle, Ruhestühle, Bettstühle,** **R. Jaekels Patent-Möbelfabrik** **Störmers Patentstühle** jede Körperlänge annehmend. **Triumphstühle, Normal-Kinderpulte** von 18 M. an. **Alles in geschmackvollen Ausführungen. Preisliste 10 gratis und franko.** **BERLIN SW., Markgrafen-Strasse 20, Ecke Koch-Strasse.**



Mittwoch — Donnerstag — Freitag

verabfolgen wir trotz unserer billigen Preise und neben der Gewährung von Rabatt-Marken

bei einem Gesamt-Einkauf von

**5 Mk**  
1/4 Dutzend  
Visit oder Prinzess

Photographie Bons gratis

bei einem Gesamt-Einkauf von

**10 Mk**  
1/2 Dutzend  
Visit oder Prinzess

Photographie Bons gratis

bei einem Gesamt-Einkauf von

**15 Mk**  
1/4 Dutzend  
Griseldis oder Cabinet

Photographie Bons gratis

bei einem Gesamt-Einkauf von

**20 Mk**  
1/2 Dutzend  
Griseldis oder Cabinet

Photographie Bons gratis

Besonders vorteilhafte Artikel für Weihnachtsgeschenke in allen Abteilungen.

Grosse Ausstellung von Spielwaren, Puppen, Pfefferkuchen, Baumschmuck.

Ausgeschlossen von dieser Vergünstigung sind Genussmittel und wenige andere Artikel, bei welchen wir an Verkaufspreise gebunden sind

Wir bemerken ganz besonders, dass die Photographie-Bons auch für Kinder-Aufnahmen berechtigen.

# A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Sonntag den 22. geöffnet von 12—8 Uhr

Oscar Arnold, Dresdenerstr. 116. (Klein Laden) am Oranienplatz.

Hut und Mützen Engros-Geschäft Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Weiche Herrenhüte v. 1,50—7,00 Steife Herrenhüte v. 2,00—7,00  
Nur fehlerfreie moderne Ware. Nur fehlerfreie moderne Ware.  
Grösste Auswahl in HÜTEN, MÜTZEN und PELZWAREN.

Wilhelm Dietz, Solinger Stahlwaren.

Berlin, Brunnenstrasse 5, am Rosenthaler Tor.  
Tischmesser u. Gabeln, EG- u. Kaffeelöffel empfehle in großer Auswahl; ferner Scheren, Zuschneidescheren, Haarschneidemaschinen, Taschenmesser, Rasiermesser, Tranchier-, Hack- u. Wiegemesser, Wagen, Haushaltungsmaschinen, Nickel-Service, Tablette, Kassetten, Revolver, Taschenluftpistolen, Munitio etc.

Erprobt und bewährt!

241L\*

## Spiritus-Glühlicht-

Lampen und Brenner.

Centrale für Spiritus-Verwerthung, BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 98, gegenüber dem Central-Hotel.

Illustrierte Preisliste kostenlos!

!!Wie!!

Reide ich mich nicht und elegant, trotzdem billig u. preiswert. Großes Stofflager, neueste Muster stets am Lager. Bei Massanfertigung nur feinste Zutaten, auf Wunsch zwei Anproben. Auch bei Stofflieferung fertige nach Maß an, tadelloste Ausführung u. guter Sitz garantiert.

Albert Porath, Schneidermeister, Allee 47, Zionskirchplatz.

!!Was!!

für einen Vorteil habe ich, wenn ich meinen Bedarf an fertiger Herren-Garderobe bei Porath kaufe! — Rein Kamischgeschäft, nur gut gearbeitete Garderobe u. dauerhafte Stoffe. Einmaliger Versuch führt zu ständiger Kundenschaft. 11472\*

Kastanien in der Nähe des Allee 47, Zionskirchplatz.

Möbel- und Polsterwaren.

Solide Preise. Teilzahlung gestattet. Fr. F. Burgemeister, Berlin O., Fruchtstr. 28.

Steppdecken

Man kauft man am preiswertesten jetzt nur direkt in der Fabrik Berlin C., Prenzlauerstr. 11a. S. Strohmandel. Alte Steppdecken werden aufgearbeitet.

Hüte, Herrenartikel, Pelzwaren.

Größte Auswahl in Herrenhüten, Schirmen, Wäsche, Krawatten und Stücken. Hüte f. Knaben u. Mädchen. Von 3 Mk. an 5 % Rabatt. Pelzwaren in allen Größen aus den ersten Fabriken, nur beste, tadelloste Ware.

Hansa-Versandhaus

Charlottenburg Kaiser-Friedrich-Str. 21 und 11582\* Wilmersdorferstr. 69.

Charlottenburg

Prächtige Weihnachtsgeschenke: Gold-, Silber- und Röhrenmaschinen, sowie Fahrräder, empfiehlt J. Plüss, Schillerstr. 38/39. Reparaturen gut und billig. 11942\*

## Warenhaus H. Joseph & Co. Rixdorf, Berlinerstr. 54-55.

Nur 3 Tage!

Mittwoch, den 18., Donnerstag, den 19., Freitag, den 20. Dezember

Nur 3 Tage!

Doppelte Rabattmarken als Weihnachts-Vergünstigung!

Um den weitesten Kreisen unserer werten Kundschaft zu ermöglichen, die Vorteile unseres Prämien-Sparsystems noch in diesem Jahre voll und ganz zu genießen, gewähren wir an oben genannten drei Tagen nicht wie sonst bei Einkauf von 1,— Mark 4 Rabattmarken, sondern die doppelte Anzahl —

8 Marken.

Christbaum-Schmuck Puppen: Christbaum-Lichte

### Spielwaren-Ausstellung

Aepfel: Nüsse Pfefferkuchen

Bei größeren Einkäufen bitte die Sammelkasse zu benutzen.

Verkaufszeit bis 10 Uhr abends. Sonntag, den 22. d. Mts., ist unser Geschäft von 8 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Auf Lebensmittel und einige Markenartikel hat obige Vergünstigung keinen Bezug.

1245L



Partei-Angelegenheiten.

Marionette. Den Genossen zur Nachricht, daß am Donnerstag, den 19. Dezember, abends 8 Uhr, eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins stattfindet. Tagesordnung: 1. Die jüngsten Vorgänge in der Gemeindevertretung. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Ehrenpflicht eines jeden Genossen ist es, für regen Besuch zu agitieren. Gäste, auch Frauen, haben Zutritt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Der Weihnachtsbaum.

Vor einigen Tagen standen sie noch im winterlichen, schweigenden Walde und träumten vom kommenden Frühling, von Vogelzug und Sonnenschein. Aber jäh ward ihr schöner Traum zerstört. Einige rasche Artgilde und sie lagen, in der Blüte der Jugend geknickt, am Boden. Rasche Hände griffen sie und warfen sie rückwärts auf den Wagen, der sie von der mütterlichen Scholle weg, aus der heimlichen Waldesruh nach der nächsten Eisenbahnstation brachte, wo sie wie die Deringe aufeinandergepackt, die Reise nach der Großstadt antraten.

Und nun stehen sie im Rot der Straße, im Glanze der vielen Lampen und blicken verwundert und traurig in das beängstigende Gewühl des Verkehrslebens. 500 000 dieser jugendlichen, immergrünen Waldkinder sollen in Berlin angekommen sein, eine stattliche Zahl, die allenthalben auf den Plätzen und Stroßenzügen sich gleich kleinen Waldchen aufgestellt haben und mit ihrem frischen tiefen Grün und ihrem ozonhaltigen Duft bei den Vorübergehenden eine weihnachtliche Stimmung hervorzubringen. Vorläufig halten die Händler noch streng auf Preise, während sich die Kaufstüchtigen mit dem Gedanken trösten, daß sie vor Jahresfrist immer noch einen Baum bekommen und zwar zu einem ermäßigten Preise. Tatsächlich sind im vorigen Jahre beträchtliche Mengen Tannen übrig geblieben und mußten vernichtet werden, andererseits mußte so manche ärmere Familie, die ihre kleinen Lieblinge gerne mit einem Baumchen erfreut hätte, ohne ein solches auskommen. Dausenweise konnte man aber noch wochenlang die unverkauften Tannen auf den Plätzen liegen sehen. Auch ein sprechendes Zeichen unserer idealen Zustände.

Wie so manche „Aulische“, die das Christentum bei den alten heidnischen Vorfahren gemacht, ist auch der Tannenbaum aus dem vorzeitlichen Heidentum auf uns überkommen. Ist er doch das Sinnbild, das Symbol des immergrünen, nie verfallenden Lebensbaumes, des Sieges der Licht- und gegenwärtigen Sonne über die finsternen Schicksalsmächte. Heute ist der freundliche Baum kein Privileg irgend einer religiösen Glaubensgemeinschaft, led und mutig hat er sich einen Platz in jedem Heim erobert, ganz gleich, ob die Eigentümer ihren Gott in Gestalt eines alten, weißbärtigen, allgütigen und strafenden, segnenden und sanftmütigen Mannes anbeten, oder ihn in der unendlich großen, wunderbaren und erhabenen Natur verehren und einen Geist als Genius der Freiheit und Erlösung, als Rächer allen Unrechts betrachten, der berufen ist, die vielgebrauchte Phrase aller Heuchler und Mörder, Friede auf Erden! in die Tat umzusetzen.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Verkehrsdeputation gelangten eine Anzahl von Angelegenheiten zur Beratung und Beschlußfassung, die keine weittragendere Bedeutung haben. Von größerem Interesse war nur die erstmalige Festsetzung des Etats für den städtischen Straßenbahnbetrieb. Die Eröffnung dieses Betriebes ist nunmehr für das zweite Quartal des nächsten Jahres in Aussicht genommen und als von sozialdemokratischer Seite dem Verkehr über diese abermalige Verzögerung Ausdruck gegeben wurde, erklärte der Deputierter, zu einem früheren Termin könne man nicht auf die genügende Zahl von Schienen rechnen. Die Schienen seien seit langem in Auftrag gegeben und zwar beim Stahlwerkverband, der die einzige Stelle sei, bei der bestellt werden könne. Der Stahlwerkverband seinerseits bestimme die Fabrik, die die Bestellung auszuführen habe, und die Fristen, innerhalb derer geliefert werden solle. Auf irgendwelche Bindung dieser Fristen lasse sich der Verband überhaupt nicht ein. Man sei eben völlig vom Stahlwerkverband abhängig!

Aus einem kleinen Beispiel zeigt sich hier wiederum, welche ungeheuerliche wirtschaftliche Macht in den Syndikaten, dem Stahlwerkverband, dem Kohlenyndikat u. a. vereinigt ist, und wie rücksichtslos diese Macht zum Vorteil des Verbandes und zum Schaden für die Interessen der Allgemeinheit ausgeübt wird.

Krankenhauskosten und Wahlrecht.

Gestern tagte unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Heide die wegen Herbeiführung einer gesetzlichen Bestimmung, daß die in Form von Krankenhausbehandlung gewährten Armenunterstützungen für den Verlust des Wahlrechts nicht in Betracht kommen, eingeleitete, am Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung bestehende Deputation. Dieser gehörten von unserer Seite die Genossen Singer und Stadthagen an. Nach längerer Debatte gelangten zwei Anträge Singers zum Abschluß. Der erste ging dahin: den Magistrat zu ersuchen, in Erwägungen darüber zu treten, inwieweit es möglich ist, für die Personen, welche Krankenhauspflege empfangen haben, aber die Kosten nicht vorauszahlen können, die Wahlberechtigung aufrecht zu halten. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Ein weiterer, von denselben Antragstellern unterzeichneter Antrag, bei dem Reichstage um Erlass eines Gesetzes vorzuschlagen zu werden, daß die Gewährung von Krankenhausunterstützung in Form von Krankenhausbehandlung die Wahlberechtigung nicht beeinträchtigt, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. Für die Ablehnung war das Motiv maßgebend, der Antrag erübrige sich, wenn der Magistrat einen Weg im Sinne des ersten Antrages mit der Stadtverordnetenversammlung vereinbare. Hervorgehoben werden mag, daß der Magistrat von Siegen um das Wahlrecht den Siegern nicht durch Gewährung von Krankenhausbehandlung zu beeinträchtigen, u. a. im Anfang dieses Jahres beschlossen hat: der Verlust eines Wahlrechtes tritt auch dann nicht ein, wenn Aufnahme in einem Krankenhaus gewährt ist, falls die Natur der Krankheit diese Aufnahme erforderte. Unsere Fraktion im Roten Hause hat beständig seit langem zu dem gleichen Zweck Unentgeltlichkeit der Krankenhausbehandlung verlangt.

Der Berliner Armenverwaltung zur Nachsicht.

Eine nachahmenswerte Verfügung hat die Charlottenburger Armenverwaltung an ihre Kommissionen erlassen. Sie sucht den alten Grundsatz „doppelt gibt, wer schnell gibt“ zur Geltung zu bringen. Wie anderswo, hat die Armenverwaltung die Beobachtung gemacht, daß die Erledigung von Unter-

stützungsgesuchen hin und wieder außerordentlich verzögert worden ist. Die Gesuche liegen zu lange bei dem Kommissionsvorsitzer, ehe sie ein Armenpfleger zur Prüfung erhält. Obgleich der Armenpfleger Eile empfiehlt, dauert es so doch längere Zeit, bis ein Beschluß der Kommission herbeigeführt wird. Den Armenkommissionen wird deshalb von neuem die schleunige Erledigung aller ihnen zugehenden Unterstützungsgesuche zur Pflicht gemacht. Besonders bei Personen, die noch keine Unterstützung erhalten haben, sollen sie sich stets die Lage der Hilfsbedürftigen vor Augen halten. Der Bedürftige hat ein Gesuch eingereicht und wartet nun von Tag zu Tag, daß jemand erscheine, um seine Lage zu untersuchen und ihm zu helfen. Durch schnelles Eingreifen zur rechten Zeit und mit den rechten Mitteln können häufig viel höhere spätere Aufwendungen entbehrlich werden. Einem Unterstützungsgesuch, namentlich von ungeliebter Hand, kann man häufig nicht ansehen, ob nicht größte Eile geboten ist, um unvorhersehbaren Schaden zu vermeiden. Auch die Geschäftsstelle der Armenverwaltung bearbeitet alle Gesuche und Anträge mit größter Beschleunigung, nötigenfalls in Überstunden.

Diese Verfügung verdient alle Anerkennung und Nachahmung, nicht zuletzt in Berlin. Es genügt nicht, wenn alle nach dem Mühlendamm pilgernden Armen nach Schema F nach dem Zimmer 36 oder 38 verwiesen und hier manchmal in einer Weise abgefunden werden, die schon längst allgemeine Erbitterung hervorgerufen hat. Auch in Berlin ist zu rügen, daß es Armenvorsteher gibt, die Gesuchsteller ohne weiteres abweisen, ohne überhaupt ihr Gesuch zu Protokoll genommen und geprüft zu haben.

Die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft hat, nachdem jetzt die Tariffrage vorläufig geordnet ist, die Kündigung von vier Linien beim Postzeitpräsidium zurückgezogen. Der Betrieb der Gesellschaft bleibt also in dem bisherigen Umfang aufrechterhalten. Dagegen hat sie beschlossen, mit dem Ende des Jahres am 31. Dezember eine Linie wegen mangelnder Benutzung eingehen zu lassen. An ihre Stelle wird am 1. Januar eine neue Linie treten. Eingeleitet wird am Silesienplatz der Betrieb der Linie 26 Silesienplatz—Winterfeldplatz. Neu eröffnet wird dafür am Neujahrstag eine Linie 50 mit der Bezeichnung Blücherplatz—Schöneberg. Die neue Linie geht vom Blücherplatz durch die Wellenliniestraße, die Poststraße, Götterstraße, Potsdamerstraße und Brunnenstraße bis zur Ecke der Martin-Lutherstraße. Dort erhält sie ihre Endhaltestelle bei dem neuen Amtsgericht.

Mit der Speisung hungernder Schulkinder beschäftigte sich am Montagabend der Stadtvorordnete-Ausschuß, der zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die Einstellung erhöhter und neuer Zuwendungen sowie von Beiträgen in den Stadthandhabetat für 1908 eingesetzt war. Nach langer Beratung wurde beschlossen, der Versammlung folgenden Antrag zu unterbreiten: „Die Stadtvorordnetenversammlung ersucht den Magistrat, sofort noch für diesen Winter Einrichtungen zu schaffen, welche es ermöglichen, daß diejenigen Schulkinder, die nach erfolgter Feststellung im elterlichen Hause warmes Mittagessen nicht bekommen können, ein solches gegen Zahlung der Selbstkosten in der Schule erhalten. Kindern bedürftiger Eltern kann dieses Essen kostenlos gegeben werden, wenn die Vektoren oder die Schulkommissionen solches für notwendig erachten. Die Gewährung von freiem Essen soll nicht als Armenunterstützung gelten.“

Eventuell wird der Magistrat ersucht, dem Verein für Kinder-Wellenlinien in Berlin neben den in diesem Jahre bereits zugewendeten 8000 M. weitere 12 000 M., also zusammen 20 000 M. Unterstützung zu gewähren.

Hierüber soll dem Plenum sofort, d. h. noch vor Weihnachten, berichtet werden.

Unter der Verantwortung eines Pastors.

Der „Kinderrettungsverein“ in Berlin, ein Aushängel des Berliner Hauptvereins für innere Mission, bemüht sich, für uneheliche Kinder die Väter zu ermitteln und diese zur Erfüllung ihrer Pflicht gegen Mutter und Kind anzuhalten. Die Verantwortung für die Tätigkeit dieses „Kinderrettungsvereins“ wird von einem Pastor W. Pfeiffer getragen. Herr Pfeiffer führt die „Generalvormundschaft“ über viele Hunderte unehelicher Kinder, und in seinem Namen werden auch vom Bureau des Vereins die Briefe verfaßt, durch die die Väter an ihre Pflicht gemahnt werden.

Vor Monaten berichteten wir, daß einer dieser Briefe an eine falsche Adresse geraten war. Ein verheirateter Mann — wir nannten damals auf seine ausdrückliche Bitte seine volle Adresse: Tischlermeister Otto Scheide, Fruchtstraße 36a — erhielt vom „Kinderrettungsverein“ unterm 18. Juni die Aufforderung, sich als Vater eines am 27. Mai geborenen unehelichen Kindes zu bekennen. Herr Sch. wurde durch diese Zuschrift, die mit seiner richtigen Adresse versehen war, nicht wenig überrast. Da er unschuldig war, wie das Kind selber, so ließ er zum Bureau des Vereins und forderte Aufklärung. Zunächst antwortete man ihm led. er stimme schon, eine Verwechslung sei ausgeschlossen. Aber am 20. Juni kam ein Einschuldigungsbrief, worin zugegeben wurde, daß eine Verwechslung mit einem Herrn gleichen Namens „passiert“ sei. Dieser andere Herr Scheide, der wirkliche Vater des Kindes, wohnte nun freilich in einer anderen Straße. Wir stellten damals fest, daß er von der Mutter bereits in der Entbindungsanstalt als Vater genannt worden war, und daß schon am 7. Juni die Armenverwaltung ihn unter seiner richtigen Adresse, die von der Mutter angegeben war, benachrichtigt hatte, er werde zur Kostendeckung herangezogen werden. Erst am 27. Juni kriegte dann auch dieser wirkliche Vater von dem seines Irrtums inne gewordenen „Kinderrettungsverein“ die Aufforderung, sich als Vater zu bekennen.

Herr Sch. aus der Fruchtstraße ist, wie gesagt, verheiratet. Durch jenen Brief wurde ihm der eheliche Friede gestört, und er selber kam bald auch in der Leute Mund. Er fühlte sich beleidigt, stellte gegen die Vorsteherin vom Bureau des Vereins Strafantrag, wurde aber vom Staatsanwalt auf Privatklage verwiesen. Um nun zunächst mal sicher zu erfahren, wen er eigentlich zu verklagen habe, ersuchte er den Pastor Pfeiffer schriftlich, ihm die schuldige Person zu nennen. Jener Brief war nämlich nur unterschrieben gewesen „Der designierte Vormund“, ohne daß ein Name hinzugefügt war. Auf Sch.'s Anfrage kam von dem Herrn Pastor — keine Antwort. Sch. schickte einen zweiten Brief, diesmal eingeschrieben. Unter Hinweis auf die erste Anfrage machte er den Pastor ausdrücklich darauf aufmerksam, daß er sich beleidigt fühle und diejenige Person zu verklagen beabsichtige, die sich als strafrechtlich verantwortlich bekennen wolle. Und von dem Herrn Pastor kam — wiederum keine Antwort! Die Verjährungsfrist lief ab, und der Beleidigte erhielt keine Genugtuung. Sch. mußte die Sache als erledigt ansehen und versuchte seinen Grimm über den ihm unter der Verantwortung eines Pastors wider-

fahrenen Schimpf hinunterzuwürgen. Da kam plötzlich ein neuer Brief des „Kinderrettungsvereins“, datiert vom 10. Dezember, adressiert an „Herrn Tischler Otto Scheide, Fruchtstr. 36“, worin ihm geschrieben wurde: „In Sachen Ihres Kindes Artur teile ich Ihnen mit, daß ich damit einverstanden bin, daß Sie in Zukunft die Alimente direkt an die Mutter Ihres Kindes zahlen. Der Vormund, pr. W. Pfeiffer (Unterschrift unleserlich).“ Ein Tischler Otto Scheide wohnt nicht Fruchtstr. 36; es konnte wieder nur der Fruchtstr. 36a wohnende Scheide gemeint sein, und diesem wurde denn auch der Brief zugestellt. Da hatte er also eine Wiederholung der früheren Summelei! Auf's neue brach über ihn eine schwere Störung seines ehelichen Friedens herein: nun galt's ja seiner Frau als „bewiesen“. Der Mann ist geradezu verzweifelt darüber, daß es kein Abwehrmittel geben soll gegen die Leichtsinnigkeit, mit der vom „Kinderrettungsverein“ unter Verantwortung des Pastors Pfeiffer solche Briefe verfaßt werden.

Wieder wandte Sch. sich an uns. Wir haben daraufhin festgestellt, daß der wirkliche Vater nach wie vor dieselbe Wohnung inne hat, die der „Kinderrettungsverein“ seit Juni kennt. Für den wirklichen Vater, den richtigen Sch., war dieser neue Brief bestimmt, den das Bureau wieder an den falschen Sch. adressierte. Interessant ist auch der Anlaß zu diesem Brief; wir sehen da, wie gut der Herr Pastor über sein Mündel unterrichtet war. Der richtige Sch. hatte nämlich am 14. Oktober vorchriftsmäßig an den Vormund Pastor Pfeiffer Alimente nach dem Vereinsbureau geschickt, wie die uns vorgelegte Postquittung ausweist. Das Geld wurde aber nicht der Mutter zugestellt, sondern dem Waisenhaus überwiesen, obwohl das Kind, das zunächst in Privatpflege gegeben worden war, schon seit Juli (!) sich wieder bei der Mutter befand. Noch Ende November hatte die Mutter dieses Geld nicht erhalten. Erst nachdem sie durch den Vater davon erfahren und beim Verein gemahnt hatte, bekam sie am 10. Dezember ihr Geld. Die Mutter versichert übrigens, in der ganzen Zeit seit Juli habe sie niemals den Vormund Pastor Pfeiffer oder eine von ihm beauftragte Person in ihrer Wohnung zu sehen gekriegt, erst am 18. Dezember habe eine Dame sich bei ihr blicken lassen.

Nach so beschämenden Erfahrungen gab der Verein einem Wunsch der Mutter nach und verzichtete darauf, noch den überflüssigen Wähler des Vaters spielen zu wollen. Das Bureau wollte das dem Vater mitteilen. Es schrieb ihm noch am 10. Dezember den Brief über die direkte Zahlung der Alimente und verließ diesen Brief mit der Adresse — des falschen Scheide. Noch einmal soll jetzt versucht werden, dem Herrn Pastor Pfeiffer eine Auskunft darüber abzurufen, wer für diese skandalöse Summelei die strafrechtlichen Folgen übernehmen will. Es ist in der Tat zu wünschen, daß mal durch ein gerichtliches Verfahren festgestellt wird, mit welchem Maß von Gewissenhaftigkeit der „Kinderrettungsverein“ unter der Verantwortung des Pastors Pfeiffer arbeitet.

Bei Errichtung des städtischen Untersuchungsamtes am Mühlendamm wurde allgemein die Forderung gestellt, daß dort unentgeltliche bakteriologische Untersuchungen bezüglich übertragbarer Krankheiten ausgeführt werden sollten. Bisher bestand eine vom Kultusminister erlassene Verfügung, nach der eine Anzahl Untersuchungsanstalten die ihnen von Ärzten zugefandenen Objekte kostenfrei zu untersuchen hatten. Es schien, als ob die Verfügung in Vergessenheit geraten sei. Auf eine Anfrage der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ antwortete der Direktor der Medizinischen Abteilung des Kultusministeriums, Geh. Rat Förster, daß das Institut für Infektionskrankheiten weiterhin solche Untersuchungen ausführt. Zurzeit sind Verhandlungen im Gange, die Ausführung bakteriologischer Untersuchungen für Berlin und Vororte in weiterer Ausgestaltung der bisher erlassenen Vorschriften anderweit, und zwar dahin zu regeln, daß die Stadt Berlin in vier Bezirke geteilt und jeder Bezirk einer besonderen Untersuchungsanstalt zugewiesen wird. Diese vier Anstalten sind: Institut für Infektionskrankheiten, Hygienisches Institut der Universität, Städtisches Untersuchungsamt für gewerbliche und hygienische Zwecke und das Städtische Krankenhaus am Friedrichshain. Die eintreffenden Verhandlungen sind abgeschlossen und liegen zurzeit dem Magistrat der Stadt Berlin zur Genehmigung vor. Es ist anzunehmen, daß diese neue Regelung im Laufe des Monats Januar l. J. in Kraft treten wird. „Ich bemerke ausdrücklich, daß die vier Anstalten auch die von praktischen Ärzten zu diagnostischen Zwecken gewünschten bakteriologischen Untersuchungen von infektiösem Material auszuführen, und zwar unentgeltlich auszuführen haben.“

Ein Missionar vom Staatsanwalt gesucht. Gegen den Missionar Joh. Ernst W. Heinrich Thomas, einen geborenen Berliner, der gegenwärtig sich in Wisconsin (Amerika) aufhalten soll, hat die Staatsanwaltschaft II ein Strafverfolgungsverfahren eröffnet. Thomas, der jetzt 39 Jahre alt ist, wurde vor 12 Jahren wegen Verletzung der Wehrpflicht von der ersten Strafkammer des hiesigen Landgerichts II zu einer Geldstrafe von 160 M. (eventuell 10 Tagen Gefängnis) verurteilt. Es wird nun um Verurteilung der Geldstrafe oder Vollstreckung der Freiheitsstrafe ersucht. Wenn wir uns recht erinnern, war Herr Thomas in seiner Eigenschaft als Missionar auf dem Gesundbrunnen tätig. Dort suchte er mit Vorliebe Frauen zu bekehren, während die Männer auf der Arbeit waren. Mehr wie einmal hat Herr Thomas mit dem Wesen Bekanntschaft gemacht, wenn er zu aufdringlich wurde.

Der wahre Jakob Nr. 26 (Weihnachtsandgabe) ist soeben in Berlin eingetroffen und gelangt heute in der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 89, und in allen Parteispeditionen zur Ausgabe.

Falschmünzer hemmen den gegenwärtig in den Geschäften herrschenden Weihnachtstrübel zur Verbreitung von Falschmünzen. Hauptächlich sind es falsche Zweimarkstücke, die sowohl auf dem Weihnachtsmarkt als auch in Geschäften der nördlichen Stadtteile in den Verkehr gebracht werden. Bei nur geringer Vorsicht können sich jedoch die Geschäftsleute vor Schaden schützen, da die Falschmünzen ziemlich ungeschickt ausgeführt sind. Die Münzen sind von grau-blauer Farbe und machen den Eindruck, als ob sie stark abgenutzt wären. Die Schrift sowohl als auch das Adlerbild sind verschwommen und von auffallend breiter Prägung. Schon hierdurch allein wird die Fälschung, die sich auch außerdem stark fettig anfühlt, leicht kenntlich, dagegen ist sie im Klange von dem echten Zweimarkstück nicht zu unterscheiden.

Weber die letzten Nordiaten

Hört man so gut wie nichts mehr. Weber erfährt die Öffentlichkeit etwas, wieweit die Ermittlungen wegen der ermordeten Wirtschaftlerin Blath gebiehen sind, noch weiß jemand, wer nun wirklich der Kindermörder ist, noch ist bis jetzt irgend etwas Positives über den Täter des ermordeten Kaufmanns Lehmann in Roabit — vis-a-vis dem Kriminalgericht — bekannt geworden. Handelt es sich um Kapitalverbrechen, so verfolgt die Kriminalpolizei überhaupt eine seltsame Taktik. Die Presse erfährt direkt von der Polizei so gut wie nichts, obwohl die Polizei die Presse gar nicht entbehren kann bei ihren Ermittlungen. Es geht in dieser Beziehung sogar soweit, daß der Presse nicht einmal direkt die Mitteilung eines Urteils zugeht. Und die Öffentlichkeit hat doch ein eminentes



Interesse an einem solchen Vorkommnis. Das in dieser Beziehung in die Presse gelangt, kommt erst durch Vermittlung einer der Polizei nachstehenden Korrespondenz hinein und die Zeitungen müssen diese noch bezahlen. Unser Blatt erhält aber nicht einmal diese Korrespondenz, weil wir die Dreifachheit besitzen haben, die Mittelungen dieser Korrespondenz erst unter die kritische Lupe zu nehmen und nicht jede Sensationsnachricht ohne weiteres unseren Lesern kritiklos vorsetzen, wie dies andere Zeitungen tun. Aber wir wissen uns zu trösten; was wissenswert ist, erfahren unsere Leser auch ohnehin. Aber interessant ist doch festzustellen, daß nicht in jeder Abteilung des Polizeipräsidiums in gleicher Weise verfahren wird, wie in der Kriminalabteilung. Wir haben es erst in jüngster Zeit erlebt, daß die Polizei über ihre Tätigkeit amtliche Nachrichten ausgab. In diesem Falle handelte es sich allerdings um keinen Mord, sondern um einen Schiffs- und Waffensund. Noch dazu um russische Schiffe und wie die Polizei sich ausdrückte, um revolutionäre Schiffe, wenn auch noch niemand den Inhalt kannte. In diesem Falle ging es auf einmal, da konnte die Polizei amtlich in die Presse berichten, sogar auf Poleniken ließ sie sich ein, während sie sich bei Kapitalverbrechen auszuweicht. Aber es ist auch möglich, daß die Polizei nichts zu berichten weiß. In diesem Falle müßten wir ihr diesen Umstand mildernd anrechnen.

Bei einem Zimmerbrande in der Thurneierstr. 6 Schweden Montagabend vier Kinder des Arbeiters Schumann in größter Lebensgefahr. Der Mann war auf Nacharbeit gegangen und die Frau hatte die Kinder unbeaufsichtigt in der Wohnung zurückgelassen, als sie Einkäufe besorgte. Den Kindern waren nun Streichhölzer in die Hände gefallen, mit denen sie spielten und dabei Betten und Möbel in Brand setzten. Die Älteren von ihnen gingen an zu schreien und da auch Rauch durch die Fenster der Wohnstube drang, so wurden Hausbewohner auf den Vorgang aufmerksam. Der Volkereidener Licht trat die Türöffnung ein und holte drei Kinder aus der brennenden und total verqualmten Wohnung. Das noch schlende vierte Kind hatte sich in seiner Angst unter das Bett verkrochen und wurde hier von einem Schumann herbeigeholt. Die später erschienene Feuerwehre löschte den Brand leicht ab.

Ein Portemonnaie mit 35 M. Verbandsgebern und 15 Beitragsmarken vom Handels- und Transportarbeiterverband ist am Montag früh auf dem Wege von der Landsbergerstraße bis Alexanderplatz verloren worden. Der ehrliche Finder wird gebeten, da der Verlierer erlagsfähig ist, das Gefundene bei Floggi, Landsbergerstr. 10, Postparterre, abzugeben.

Wer ist der Tote? Gestern wurde auf dem Tempelhofer Felde in der Nähe des Franzosenparks die Leiche eines ungefähr 20 bis 24 Jahre alten Mannes, anscheinend eines Schlächters, aufgefunden. Die Leiche ist 1,68 Meter groß, hat braunes, kurz geschorenes Haar, große etwas gebogene Nase und ist bekleidet mit schwarzer Hose, dunkelgrünem Jackett, Schlächterjacke, darunter brauner, wollener Unterjacke, wolletem Hemd, geg. E. S. I. weicher, wolleter Unterhose, blauen Strümpfen, besten Jagdhufeisen. Bei der Leiche wurde vorgefunden eine Flasche mit einem Rest Lysol. Auf dieser befand sich ein Etikett mit Aufschrift: Lysol, Hohenzollern-Apothek, Hildorf. Die Leiche befindet sich in der Halle des Reuen Tempelhofer Kirchhofes, Germaniastraße. Nachrichten über die Persönlichkeit des Toten werden in jedem Polizeirevier, bei der Kriminalpolizei, Alexanderstr. 3 bis 6, Zimmer 334, 2 Treppen, und bei dem Herrn Amtsvorsteher zu Tempelhofer Kirchhof oder mündlich zu 883 IV. 48. 67 entgegengenommen.

Das Berliner Neuarium hat, nachdem mehrere Sendungen von Mittelmeer-, Nordsee- und amerikanischen Arten eingetroffen sind, seine Fischbestände nach verschiedenen Richtungen ergänzen können. Die Nordamerikaner sind Süßwasserfische, Bewohner von Flüssen und Seen und gehören einigen Gattungen der in der Union durch zahlreiche Spezies verbreiteten Barschfische an, von denen eine Anzahl teils als Speise, teils als Aquarienfisch auch zu uns gebracht worden sind. Dem Mittelmeergebiet entstammten drei Angehörige der in Bau und Entwicklung und Wesen eine besondere Stellung in der ganzen Klasse einnehmenden Gruppe der quermäuligen Anarpetische, d. h. der Dais und Rochen, und zwar ist jeder von den jüngst eingetroffenen Gattungen der Vertreter einer anderen Familie; der eine von ihnen, ein Kugelrochen, ist auch wirtschaftlich wichtig, indem er unter all seinen Verwandten das feinste Fleisch besitzt und darum viel geschätzt wird. Gegenüber diesen durch ihre verchiedenen vicerdege Gestalt etwas abenteuerlich erscheinenden Fischen machen einige andere Neuariumfische einen recht ansprechenden Eindruck; in erster Linie gilt dies von den reizenden Heinen, in Flau, Olivenfarbe und Rotorange prangenden Sägebarschen aus dem Mittelmeer, die in den warmen Meeren eine geradezu wunderbare Farbenpracht entfalten.

Feuerschadensbericht. Ein großes Lösungsbedeut wurde Montagabend um 9 Uhr nach dem Warenhaus Jandorf an der Ecke der Str. Franziskanerstraße und Andraasstraße alarmiert. Dort war in einem Schaufenster Papier in Brand geraten. Die Gefahr konnte bald beseitigt werden. Gleichzeitig hatte der 18. Jng einen Brand in der Mathienowstraße 49 zu löschen. In der Veteranenstr. 10 brannten Vesten, Kleider, Papier u. a. in einer Kellerwohnung und in der Fehrbellenerstr. 19a in einem Keller Lampen usw. Ein dritter Kellerbrand beschäftigte dann die Weite in der Libanerstr. 8. Am Bismarckplatz 4 migte ein Wohnungsbrand und in der Ewinenminderstraße 47 ein Bodenbrand gelöscht werden. Rissen, Körbe, Säcke usw. wurden hier ein Raub der Flammen.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Die Einrichtung einer Schulabteilung zum 1. April 1908 beantragt der Magistrat bei der Stadtverordnetenversammlung. In der Begründung wird auf die lebhaften Klagen hingewiesen, die über die schlechte Beschaffenheit der Bühnen bei Schülern und Schülerinnen geführt werden. Mehr als 50 Proz. aller Schulkinder leiden an Erkrankungen der Zähne; die Folge hiervon ist, daß die ganze Entwicklung des Kindes ungünstig beeinflusst wird, da der Mutterarm, der Nahrung, der Strophulose und mangelhafter Infektionskrankheiten durch kranke Zähne Vorhieb geleistet wird. Selbst die Tuberkulose soll nach fachverständigen Urteil häufig ihre letzte Ursache in den kranken Zähnen finden. Für die Schule bestehen die nachteiligen Folgen kranke Zähne — abgesehen davon, daß durch den häßlichen Geruch kranker Zähne die Luft des Klassenzimmers verunreinigt wird — vornehmlich darin, daß die Kinder durch Zahnschmerzen oft verhindert sind, dem Unterricht aufmerksam zu folgen und daß durch die körperliche Unpäßlichkeit auch die geistige Entwicklung beeinträchtigt wird. Mit Rücksicht darauf, daß die bisherige Belehrung der Eltern über die Folgen der schlechten Beschaffenheit der Zähne resultatlos geblieben ist, hat sich der Magistrat entschlossen, auch für die Behandlung der Zähne zu sorgen. Von dem Vorschlag, mit einigen Zahnärzten im Nebenamt einen Vertrag abzuschließen, hat der Magistrat Abstand genommen, er will vielmehr nach dem Muster von Stralburg eine Schulabteilung errichten. Zur Untersuchung und Behandlung sollen allmählich sämtliche Kinder der Gemeindeschule und des Kindergartenes zugelassen werden. Die Untersuchung soll auch während der Schulzeit erfolgen dürfen, während die Behandlung künstlich in die schulpflichtige Zeit verlegt werden soll. Die Behandlung ist unentgeltlich, ein Zwang zur Behandlung kann nicht ausgeübt werden, doch soll die Schule durch Belehrung und Ermahnung der Eltern und Kinder auf eine möglichst allgemeine Inanspruchnahme der Klinik hinarbeiten. Ein gewisser Druck wird insofern ausgeübt, als zur Aufnahme in die Volksschule, die Volkserholungsstätte, die Ferienkolonie und den Kindergarten nur Kinder ohne kranke Zähne zugelassen werden sollen. Als Ort für die Klinik ist ein Stockwerk des Hinterhauses Bismarckstr. 22 in Aussicht

genommen, mit der Leitung sollegzwei Jahrszweie betraut werden, die ihre ganze Kraft der Anstalt zur Verfügung zu stellen haben. Die Kosten sind nicht erheblich, sie betragen voraussichtlich 8000 M. für einmalige und 12500 M. für laufende Ausgaben.

Der Schritt, den der Magistrat hier tut, ist zweifellos erfreulich. Es sei aber daran erinnert, daß auf die Notwendigkeit der Untersuchung der Zähne der Schulkinder gerade von sozialdemokratischer Seite seit Jahren bei jeder Gelegenheit hingewiesen worden ist. Es zeigt sich hier wieder einmal, daß die sozialdemokratischen Anregungen, wenn ihnen auch zunächst keine Folge geleistet wird, sich schließlich doch Bahn brechen.

In der Sitzung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission referierte der Sekretär der Berliner Gewerkschaftskommission, Genosse Alwin Körtgen, über die Vorteile einer Verschmelzung der Charlottenburger mit der Berliner Gewerkschaftskommission. In der darauf folgenden lebhaften Diskussion wurde von den meisten Rednern der Verschmelzung prinzipiell das Wort gesprochen; einige Bedenken derselben wurden vom Referenten in seinem Schlussworte zerstreut, indem er die größtmögliche Bewegungsfreiheit zusicherte. Somit wurde beschlossen, diese Frage in allen der Charlottenburger Gewerkschaftskommission zugehörigen Gewerkschaften zu erörtern, und das Resultat, ob für oder wider die Verschmelzung, in einer der nächsten Sitzungen mitzuteilen, die dann das weitere veranlaßt. Genosse Flemming berichtete hierauf über die Einigungsverhandlungen zwischen Metallarbeitern und Gewerkschaftskommission. Es sei eine Einigung durch Vermittlung der Berliner Gewerkschaftskommission zustande gekommen. Das Ergebnis der Verhandlung sei folgendes: Die Berliner Gewerkschaftskommission habe sich bereit erklärt, die Schulden der Metallarbeiter von der Gewerbegerichtswahl 1908 in Höhe von 150 M. an die Charlottenburger Kommission zu zahlen, wenn dieselbe ihren Beschluß vom 12. Juli d. J., der sich gegen die Metallarbeiter richtet, aufhebt. Redner erinnert an die unliebsamen Vorgänge bei der Delegiertenwahl zur Allgem. Ortskrankenkasse und ersucht, sich den Einigungsverhandlungen anzuschließen. Gegen eine Stimme wurde der Beschluß vom 12. Juli aufgehoben und somit die Einigung befestigt.

Genosse Richter von den Metallarbeitern erklärte hierauf, daß mit dem Fall des Beschlusses vom 12. Juli, die Metallarbeiter von Stunde an sich wieder der Charlottenburger Gewerkschaftskommission anschließen. Namens des Ausschusses berichtete Gen. Flemming ferner über die Gestaltung des diesjährigen Jahresberichtes der Kommission. Die Berichte der einzelnen Gewerkschaften sollen diesmal fortfallen, an Stelle deren soll ein Rückblick auf die gewerkschaftliche Bewegung am Orte gegeben werden. Der Bericht wird in Höhe von 500 Exemplaren an die Funktionäre der Gewerkschaften gratis abgegeben. Für die Mitglieder der einzelnen Gewerkschaften soll der Bericht zum Preise von 10 Pf. abgegeben werden. Die Vorschläge des Ausschusses gelangten zur einstimmigen Annahme.

Sodann wurde eine lebhafte Agitation für die bald stattfindenden Gewerbegerichtswahlen befochten.

Ein Automobil gestohlen. Ein ungewöhnlich dreistes Diebstahl hat sich gestern ein Automobilwahrer in der Hardenbergstraße geleistet. Vor der großen Ausstellungshalle, in der bekanntlich gegenwärtig die internationale Automobil-Ausstellung stattfindet, standen eine größere Anzahl von Kraftwagen. Ein als Chauffeur verkleideter Dieb, der die Wagen und deren Führer genau beobachtet hatte, setzte sich in einem günstigen Moment auf eines der Automobile und fuhr davon. Erst als der Besitzer und der Chauffeur wieder zurückkamen, wurde der Diebstahl bemerkt. Das Automobil hat einen Wert von 5000 Mark.

Keine freie Arztwahl für die Armenpflege. Auf Grund einer Anregung der Stadtverordnetenversammlung hat sich die Armendirektion mit der Frage beschäftigt, ob sich die Einführung der freien Arztwahl für die Armenpflege empfiehlt. Die Armendirektion erachtet die unbedingte freie Arztwahl, d. h. die Zulassung aller Charlottenburger Ärzte, die dazu bereit sind, zur Behandlung von Armenkranken für unbrauchbar, ja sie hat zurzeit sogar die Einführung einer beschränkten freien Arztwahl, also die Zulassung einer gewissen Zahl von Ärzten zur Behandlung von Armenkranken mit freier Wahl unter diesen für die Kronen abgelehnt. Die Armendirektion geht von dem Standpunkt aus, daß es notwendig ist, den Armenkommissionen auch fernerhin in der Person des ihnen zugewiesenen Stadtarztes einen ständigen Berater zur Seite zu stellen, der an den Sitzungen der Kommission teilnimmt, sofort über alle in seiner Behandlung befindlichen Personen Auskunft erteilt und durch sein Gutachten für die Notwendigkeit oder die Höhe einer Unterstützung mit Ausschlag geben kann. Einen Ersatz für die freie Arztwahl, wenn auch in beschränktem Umfang, bildet der Beschluß der Armendirektion, daß ausnahmsweise ein Armenkranker auf seinen Antrag auch einem andern als dem an sich zuständigen Stadtarzt zur Behandlung überwiesen werden darf.

Elternverein für freie Erziehung. (Verein Freier Kindergärten.) Auf das heute, Mittwoch, den 18. Dezember, im großen Saale des Volkshauses, Rosinenstr. 3, stattfindende Winterfest (Spiele, Kasperle-Theater, Weihnachtsüberraschung) wird noch einmal hingewiesen. Anfang 4 Uhr. Eintritt für Kinder 10 Pf., für Erwachsene 20 Pf.

### Vichtenberg.

Bei der gestern stattgefundenen Stadtverordnetenwahl der zweiten Abteilung wurden 530 Stimmen abgegeben, von denen 433 auf die Blockkandidaten entfielen. Im einzelnen ergeben sich folgende Resultate:

Bezirk	Wählerzahl	Abgegebene Stimmen	Sozialdemokrat	Wol
Bezirk 1	296	129	28	101
" 2	291	157	28	129
" 3	256	118	23	93
" 4	281	128	18	110
	1124	530	97	433

Da die Blockkandidaten ihren letzten Mann herangeholt haben, wäre für und ein noch viel günstigeres Resultat zu erzielen gewesen. Das Ergebnis zeigt, daß es gut gewesen wäre, wenn die Genossen mit mehr Zuversicht und mit einem organisierten Schlepperdienst in der zweiten Abteilung vorgegangen wären.

### Nigdorf.

Ein Brandunglück, wobei eine ältere Frau schwer zu Schaden kam, hat sich vorgestern nacht in der Anseebachstraße 61 zugetragen. Die im dritten Stock wohnhafte Witwe Marie Helmman hatte beim Schlafengehen das Nachheuz. Die brennende Petroleumlampe vom Tisch heruntergestoßen. Es erfolgte eine Explosion und das brennende Petroleum ergoß sich über den Tisch und den Teppich hinweg. In kurzer Zeit stand fast das ganze Zimmer in Flammen. Frau H. wurde vor Schreck ohnmächtig und sie stürzte besinnungslos zu Boden. Erst als der Rauch aus der Wohnung herausdrang, wurden die Nachbarn auf das Feuer aufmerksam. Sie drangen in die Wohnung ein und retteten die Ohnmächtige aus dem brennenden Zimmer. Frau H. hatte aber inzwischen so große Mengen Rauch eingeatmet, daß sie in bedenklichem Zustande in das städtische Krankenhaus gebracht werden mußte. Das entstandene Feuer wurde durch die alarmierte Feuerwehre bald gelöscht.

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern der Radfahrer Willi Bauer, Bullenweberstr. 9, der für eine Firma Beförderungen zu erledigen hatte. Beim Passieren der Bismarckstraße sprang ihm an der Ecke der Reuenburgerstraße ein Hund an das Rad, wodurch Bauer so unglücklich zu Falle kam, daß er bewußtlos auf dem Pflaster liegen blieb. Durch einen Schuttmann per Drohkne nach der Unfallstation Tempelhofer Ufer Ia gebracht, wurde bei dem Verletzten eine Gehirnerschütterung festgestellt und seine Ueberführung in die elterliche Wohnung veranlaßt.

### Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte in ihrer letzten Sitzung wiederum eine saß zur Regel gewordene Debatte über das

höhere Schulwesen, die nahezu zwei Stunden in Anspruch nahm. Sie lieferte den Beweis, daß es den Herren von den bürgerlichen Parteien vor allem darauf ankommt, möglichst viel für die höheren Schulen und möglichst wenig für die Gemeindeschulen zu tun. Im wesentlichen drehte es sich jedoch nur um Vertretung von Bezirksinteressen. Die Stadtverordneten der einzelnen Bezirke erhoben gegenseitige Beschwerden, daß der eine Bezirk gegenüber dem anderen bezüglich der höheren Schulen im Nachteil sei. Die ganze Debatte lief zum Schluß wie das Hornberger Schälchen aus.

Eine Petition des Schöneberger Bergvereins um Uebernahme des Kranzentransports in städtische Regie wird als erledigt angesehen, da der Magistrat bereits die nötigen Schritte in dieser Angelegenheit unternommen hat.

Dem Antrage der liberalen Fraktion betreffend Schaffung einer Reichsbankstelle in Schöneberg wird zugestimmt.

Alle Klagen brachte ein Antrag der Stadtverordneten Vahlg und Genossen, in dem verlangt wurde, daß der Magistrat dafür sorgen möge, daß möglichst bald eine Omnibuslinie „Bogenerischer Platz—Anhalter Bahnhof“ eingerichtet wird. Allgemein wurden die schlechten Verkehrsverhältnisse gerügt und von einigen Seiten verlangt, daß die Stadt an die Errichtung von Omnibuslinien in eigener Regie herangehen müsse. Der Magistratsvertreter wandte sich gegen die eigene Regie. Er hält es für angebrachter, den bestehenden Omnibusgesellschaften für Errichtung neuer Linien einen Zuschuß zu gewähren. Seiner Meinung nach wäre nur die Gewährung von Zuschüssen positive Arbeit, alles übrige seien nur allgemeine Redensarten. Von sozialdemokratischer Seite wurde verlangt, daß man in eigener Regie vorgehen müsse, wenn man etwas schaffen wolle. Durch die Äußerungen des Magistratsvertreters wird ja den Privatgesellschaften nur noch mehr der Rücken gekräftigt, um die Einwohnerkraft schröpfen zu können. Schon heute verlange die Omnibusgesellschaft für die Weiterführung der auf dem Winterfeldplatz endigenden Omnibuslinie von der Stadt einen jährlichen Zuschuß von 20 000 M. — In der Abstimmung wird zwar dem Antrage des Stadtverordneten Vahlg zugestimmt, der sozialdemokratische Antrag auf Einrichtung in eigener Regie aber abgelehnt. Sogar die Mitglieder der liberalen Fraktion stimmten gegen den letzteren Antrag.

Von der Mitteilung des Magistrats, daß vom Ministerium die Genehmigung für die kürzlich beschlossene Anleihe von 14 Millionen Mark eingegangen sei, wurde Kenntnis genommen.

### Treptow-Baumfischentweg.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurde zur Errichtung eines Sportplatzes, welcher von einem Konfession mit einem Kapital von 1/2 bis 2 Millionen Mark auf dem der Stadt Berlin gehörigen Terrain zwischen Neuer Krug-Allee, Görtiger Eisenbahn, Danneweg und Eichenbühl-Allee errichtet werden soll, im Prinzip die Zustimmung erteilt. Geplant ist eine Radrennbahn, ein 2500 Meter großer See mit vier Fontänen, Familienbäder und Strandpromenade; außerdem Schiffsclubhaus und Anlagen zu sonstigen Belustigungen. — Die Zahl der Vereinerung der Gemeindeverordneten von 12 auf 18, welche von den bürgerlichen Vereinen beantragt war, ergab eine längere Debatte. Von unseren Genossen wurde es auf Grund des rapiden Wachstums der Gemeinde, dessen Einwohnerzahl 20 000 zum 1. April 1908 erreichen dürfte, als eine Notwendigkeit bezeichnet, die Zahl der Gemeindeverordneten zu vermehren. Mit 9 gegen 5 Stimmen wurde dieser Antrag in momentaner Abstimmung abgelehnt. Mit der Majorität stimmte auch außer den in Berlin und sonstwo wohnenden Gemeindeverordneten der Stadtverordnete Jähnrich-Berlin, welcher unseres Wissens keinen Plennig Steuern am Treptow zahlt und auch nicht als Gemeindevertreter gewählt worden ist. Nach einer alten Ueberlieferung, als Treptow selbständiger Gutsbezirk wurde, hatte Berlin das Recht, zu den Sitzungen einen Herrn zu delegieren. Trotzdem aus dem Gutsbezirk schon längst eine städtische Gemeinde geworden ist, wird an diesem alten Brauch festgehalten. Es wäre an der Zeit, daß die Vertretung mit diesem alten Brauch aufhörte. — Die verlängerte Wienerstraße heißt nicht mehr Ost-, sondern Größstraße. — Zum Bau der Treptow-Sternwarte hatte die Vertretung vor drei Jahren die horrend Summe von 200 M. bewilligt; diese Summe wurde auf 1000 M. erhöht und soll bei der Grundsteinlegung ausgegahlt werden. Auf Anregung unseres Genossen Gramenz sollen die Steuererheber angewiesen werden, an noch näher zu bezeichnenden Abenden Gelder in Empfang zu nehmen. Ein Antrag der Lehrer um Gehaltserhöhung und um eine namhafte sofort zahlbare Feuerzulage wurde, nachdem der Antrag unserer Genossen, hierüber öffentlich zu verhandeln, abgelehnt war, in nichtöffentlicher Sitzung nach längerer Debatte dem Gemeindevorstande bei Aufstellung des Etats zur „wohlwollenden Berücksichtigung überweisen“.

### Rummelsburg.

Die Wahl zweier unbesoldeter Gemeindefürher, welche die Rummelsburger Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung vorerst vorzunehmen hatte, lieferte so recht einen schlagenden Beweis dafür — wie skrupellos die beiden hiesigen Grundbesitzervereine ihre Machtstellung in der Gemeindevertretung ausnützen. In einer Vorbesprechung für diese Wahlen präsentierten die Vertreter des Bogener Grundbesitzervereins für einen dieser Posten einen Herrn Warnstädt. Von diesem Herrn war uns bekannt, daß er zwar zweifacher Hausbesitzer sei und seit kurzem in der Gemeinde Rummelsburg wohnt, sonst aber noch keine andere gemeinnützige Tätigkeit ausgeübt hat. Als nun von unseren Genossen und auch von zwei bürgerlichen Vertretern darauf hingewiesen wurde, daß man doch unmöglich jemand mit einem so wichtigen und verantwortungsvollen Amt betrauen kann, von dessen Beschäftigung und bisherigen Tätigkeit rein gar nichts bekannt ist — da erhob sich der Gemeindevorsteher Krüger in seiner ganzen Größe und ließ im Verfluch der Ueberzeugung die Worte aus: „Meine Herren, Herr Warnstädt ist von den beiden Grundbesitzervereinen einstimmig gewählt worden, ich meine, damit ist die Sache doch hier erledigt.“ Vieles unvorsichtige aus der Schule plaudern wurde wohl recht unangenehm empfunden und erzeugte auch einige recht verdächtige Gesichter, auch gab es unseren Vertretern eine gute Veranlassung, diese, die Gemeinde aus das äuerliche schädigende Nebenregiment einmal aufs schärfste zu kritisieren.

Leider wird aber, solange das Hausbesitzerprivileg in der Gemeindeverwaltung besteht, an der Tatsache nichts zu ändern sein, daß vielfach sehr wichtige Beschlüsse statt in der Gemeindevertretung in den Grundbesitzervereinen erledigt werden. Denn alle Kritik, mag sie auch noch so berechtigt sein, schließt sich diese Art Gemeindevorsteher so schnell wie ein Fabel wieder ab. Bei der Wahl selbst erhielten im zweiten Wahlgange Genosse Tempel sowie Warnstädt je 11 Stimmen. Das Los entschied für Herrn Warnstädt. Als zweiter unbesoldeter Gemeindefürher wurde in der Stichwahl der bisherige Schöffe Altemann mit 14 gegen 10 Stimmen, welche auf unseren Genossen Tempel entfielen, auf weitere 6 Jahre gewählt. Auch von Herrn Altemann, der bereits 8 Jahre das Amt eines Schöffen bekleidet hat, ist nur bekannt, daß er eine gewisse Übung darin erlangt hat, bei Abstimmungen möglichst gleich schnell mit dem Vürgermeister zusammen die Hand zu erheben. Hieraus wurde der zum Gemeindefürher gewählte, bisherige Gemeindevorsteher Eitelberg in sein so schnell erteiltes Amt eingelädet. In nicht öffentlicher Sitzung beschloß die Vertretung dann noch mit dem Amtsantrittsgesuch des Vürgermeisters Girsch auf Lebenszeit. Unsere Vertreter gaben ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß, nachdem man erst kürzlich einen auf Lebenszeit angestellten Vürgermeister mit 15 000 M. abgefunden hat, um denselben überhaupt nur los zu werden, und gleichzeitig dabei gelobt hat — niemals wieder einen Vürgermeister auf Lebenszeit anzustellen, die Gemeindevertretung sich schon wieder mit einer solchen Angelegenheit beschäftigen soll. Der Vürgermeister gab die Erklärung ab, daß er im Prinzip auch jetzt noch gegen die Anstellung auf Lebenszeit sei, und nur dafür stimme, weil es sonst nicht ausgeschlossen ist, daß der Herr Vürgermeister seine Stellung kündigt — auch eine solche Logik soll man anerkennen.



Zu Wirklichkeit haben auch hier die Grundbesitzervereine Bestimmung...  
Zusammenfassung der Grundbesitzervereine des verfallenden Jagdständnis...  
Zu Wirklichkeit haben auch hier die Grundbesitzervereine Bestimmung...  
Zusammenfassung der Grundbesitzervereine des verfallenden Jagdständnis...

**Zohannisthal.**  
An der Gemeindevertretung. In Beginn der letzten Sitzung wurde der als Schöffe gewählte Herr Wittling durch den Gemeindevorsteher eingeführt...  
An der Gemeindevertretung. In Beginn der letzten Sitzung wurde der als Schöffe gewählte Herr Wittling durch den Gemeindevorsteher eingeführt...

**Dris.**  
Diphtherieerkrankungen sind in einer Klasse der hiesigen zweiten Gemeindegasse ausgebrochen. Von 57 Schülerinnen fehlen gegenwärtig 32 Mädchen...  
Diphtherieerkrankungen sind in einer Klasse der hiesigen zweiten Gemeindegasse ausgebrochen. Von 57 Schülerinnen fehlen gegenwärtig 32 Mädchen...

Wie dem auch sei; jedenfalls die beste Gewähr dafür, daß die Krankheit auf andere Kinder nicht übertragen wird...  
Wie dem auch sei; jedenfalls die beste Gewähr dafür, daß die Krankheit auf andere Kinder nicht übertragen wird...

**Ab-Gienisse.**  
Die Arbeiterkassette im Kampfe gegen die Lebensmittelvergiftung...  
Die Arbeiterkassette im Kampfe gegen die Lebensmittelvergiftung...  
Die Arbeiterkassette im Kampfe gegen die Lebensmittelvergiftung...

**Pankow.**  
Eisenbahners Tod. In der Ausübung seines Berufs hat der 33jährige Weichensteller Anton Höpner seinen Tod gefunden...  
Eisenbahners Tod. In der Ausübung seines Berufs hat der 33jährige Weichensteller Anton Höpner seinen Tod gefunden...

**Nowawes.**  
Die Frage der Linienführung der elektrischen Straßenbahn gab in der letzten Gemeindevertreterversammlung wieder zu einer ausgedehnten Debatte Veranlassung...  
Die Frage der Linienführung der elektrischen Straßenbahn gab in der letzten Gemeindevertreterversammlung wieder zu einer ausgedehnten Debatte Veranlassung...

sanftmütigen nur bis zur Wälderstraße geführt wird, die Befreiung durch die Wälderstraße bis zur Plantage müsste daher die Gemeinde auf eigene Kosten übernehmen...  
sanftmütigen nur bis zur Wälderstraße geführt wird, die Befreiung durch die Wälderstraße bis zur Plantage müsste daher die Gemeinde auf eigene Kosten übernehmen...

Einem Antrage der Finanz- und Begegnungskommission, die Aufhebung der neuverpflichteten Friedrichstraße mit 50 Proz. zu den Kosten der Pflasterung, welche 30 000 M. betragen, beantragt, stimmt die Vertretung zu, ebenfalls einem solchen auf Anlegung eines Schmuckplatzes am Schnittpunkte der Karl- und Plantagenstraße.

**Theater.**  
Mittwoch, 18. Dezember.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Berliner Theater.**  
Gastsp. des Neuen Opern-Theaters.  
Nachm. 3 Uhr: **Till Eulenspiegel**  
Inhaltige Streiche. — Abends 8 Uhr:  
**Blaubart.**

**Neues Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
Donnerstag: **Baccarat.**  
Freitag: **Baccarat.**

**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr: **Agnes Sorma.**  
Mandragola.

**Lanzing-Theater.**  
Nachm. 3 1/2 Uhr: **Stumpfschützen.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Waffenschmied.**

**Luisen-Theater.**  
Reichenbergerstr. 34.  
Premiere.  
**Ein gastlich Haus.**

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Schiller-Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Gebildete Menschen.**

**Zirkus Schumann.**  
Dienstag, den 18. Dezember,  
abends präzis 7 1/2 Uhr:  
**Grande Solree equestre.**

**Theater an der Spree.**  
Röbenickerstraße 68.  
Täglich 8 Uhr:  
**Tiroler Kruppenpiel.**

**Residenz-Theater.**  
— Direktion: Richard Alexander. —  
Anfang 8 Uhr.  
**Ganz der Papa.**

**Melropol-Theater.**  
Anfang präzis 8 Uhr.  
**Das muß man seh'n!!**

**Lustspielhaus.**  
Nachm. 3 Uhr: **Peter Bernsteins.**  
Abends 8 Uhr:  
**Husarenleber.**

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Der Revisor.**

**Zirkus Busch.**  
Mittwoch, 18. Dezember,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Vorstellung.**

**Theater an der Spree.**  
Röbenickerstraße 68.  
Täglich 8 Uhr:  
**Tiroler Kruppenpiel.**

**Residenz-Theater.**  
— Direktion: Richard Alexander. —  
Anfang 8 Uhr.  
**Ganz der Papa.**

**Melropol-Theater.**  
Anfang präzis 8 Uhr.  
**Das muß man seh'n!!**

**Lustspielhaus.**  
Nachm. 3 Uhr: **Peter Bernsteins.**  
Abends 8 Uhr:  
**Husarenleber.**

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
3. Vortrag: **Abend des Wissenschaftlichen Vereins.**

**Rixdorfer Theater.**  
Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.  
Donnerstag, den 20. Dez. (2. Weihnachtstag):  
**Charleys Tante.**

**Theater an der Spree.**  
Röbenickerstraße 68.  
Täglich 8 Uhr:  
**Tiroler Kruppenpiel.**

**Residenz-Theater.**  
— Direktion: Richard Alexander. —  
Anfang 8 Uhr.  
**Ganz der Papa.**

**Melropol-Theater.**  
Anfang präzis 8 Uhr.  
**Das muß man seh'n!!**

**Lustspielhaus.**  
Nachm. 3 Uhr: **Peter Bernsteins.**  
Abends 8 Uhr:  
**Husarenleber.**

**Palast-Theater.**  
Burgstraße 24.  
Grute 8 Uhr  
Entree 20 Pf.

**Lona Revée.**  
Tableaux vivants  
Luna-Quartett  
Damen-Ensemble.

**Parodie-Theater.**  
Dresdenerstr. 97. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Letzte Aufführungen  
von Japfenkriech, Das Ungehörige  
und Monna Hanna.

**Folles Caprice.**  
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.  
Rabbi Meseritsch.  
Bunter Teil.  
Geteilte Liebe.

**Biogr-Theater „Westend“**  
Charlottenburg.  
Potsdamerstraße 11.  
Neu! Elegant! Interessant!

**Wahalla-Variete-Theater.**  
Wahalla-Variete-Theater.  
Wahalla-Variete-Theater.

**Palast-Theater.**  
Burgstraße 24.  
Grute 8 Uhr  
Entree 20 Pf.

**Lona Revée.**  
Tableaux vivants  
Luna-Quartett  
Damen-Ensemble.

**Parodie-Theater.**  
Dresdenerstr. 97. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Letzte Aufführungen  
von Japfenkriech, Das Ungehörige  
und Monna Hanna.

**Folles Caprice.**  
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.  
Rabbi Meseritsch.  
Bunter Teil.  
Geteilte Liebe.

**Biogr-Theater „Westend“**  
Charlottenburg.  
Potsdamerstraße 11.  
Neu! Elegant! Interessant!

**Wahalla-Variete-Theater.**  
Wahalla-Variete-Theater.  
Wahalla-Variete-Theater.



**Gebr. Herrntfeld-Theater.**  
57 Kommandantenstraße Nr. 57.  
Vorverkauf ab 11 Uhr.  
Die Novität:  
**Papa und Genossen.**  
Komödie in 2 Akten von Anton u. Donat Herrntfeld.  
Vorher:  
**Madame Wig-Wag.**  
Beide Stücke mit den Autoren in den Hauptrollen.

**Kajino-Theater.**  
Voltairestr. 37. Täglich 8 Uhr:  
**Biederleute.**  
Komödie in 4 Akten v. Rob. Misch.  
Vorher das glänz. bunte Programm.  
Mittwoch, den 18. Dezember: Wohl-  
tätigkeits-Vorstellung.  
**Sanssouci** Kottbusser-  
Straße 6.  
Direktion: Wilhelm Roemer.  
Sonntag, Montag und  
Donnerstag:  
**Hoffmanns Nordk. Sänger**  
und Tanztränzchen.  
Beginn Sonntags 5 Uhr,  
wochentags 8 Uhr.  
Morgen Donnerstag:  
Letzte Vorstellung vor  
Weihnachten.  
**Große Elite-Soiree**  
und Tanztränzchen.  
Durchschlagender  
Erfolg des Dezember-Programms.

**6. Wahlkreis.**  
Freitag, den 20. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Gallschmieder, Sadstr. 16:  
**Volks-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. „Jesus von Nazareth und das heutige Christentum.“ (Fortsetzung der Tages-  
ordnung vom 10. Dezember.) 2. „Die Irrlehren des neuen Testaments und die Ent-  
scheidung des kirchlichen Dogmas.“ Referent: Genosse Stern (ehemaliger evangelischer Geist-  
licher). 3. Freie Diskussion für jedermann.  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein  
**Der Einberufer.**

Das nützlichste,  
das praktischste,  
das dauerhafteste,  
das beste,  
das billigste  
**Weihnachtsgechenk**  
für jeden Arbeiter,  
für jeden Handwerker  
ist unsere berühmte, unerreichte  
**Herkules - Lederhose**  
in gestellten Mustern  
und glatten Farben à **4 M. 50**  
Allein-Verkauf für Deutschland.  
Beruf- und Schutzkleidung für  
alle Zweige der Gewerbe und  
Industrie, Sanitätsdienst usw.  
**Baer Sohn**  
Bräudenstr. 11. Schauffstr. 20/30.  
Gr. Frankfurterstr. 20.  
Haupt-Katalog gratis und franko.  
Nachdruck verboten!

**Haben Sie schon**  
die  
**Deutschen Konzerthallen,**  
An der Spandauerbrücke 3, besucht???

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Bezirk Osten I (zwischen Fruchtstraße und Zentrum),  
Donnerstag, 19. Dezember, abends 6 Uhr (gleich nach Feierabend),  
bei Walter, Andreadstraße 21:  
**Versammlung**  
der Werkstattvertrauensleute und Ausschussmitglieder.  
Mitgliedsbuch legitimiert. 90/18 Der Cdmann.  
**Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend**  
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.  
Morgen Donnerstag eröffnen wir

**Rixdorf, Emserstraße 33**  
unsere **18. Verkaufsstelle.**  
Geschäftszeit von 8-1, 3-8.  
Sonabend bis 9 Uhr. Sonntag geschlossen.  
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:  
Hof I. Kant 3, 1230. Charitéstraße 3. Hof III. Kant 3, 1987  
Der Weihnachtstages wegen erfolgt die Auszahlung der  
Arbeitslosen- und Krankennunterstützung an folgenden Tagen:  
Für den 20. und 21. Dezember am Freitag, 20. Dezember.  
" 22., 23. u. 24. Dezember am Sonnabend, 21. Dezember.  
" 25. und 26. Dezember am Montag, 23. Dezember.  
" 27. und 28. Dezember am Dienstag, 24. Dezember.  
" 29. und 30. Dezember am Freitag, 27. Dezember.  
" 31. Dezember am Sonnabend, 28. Dezember.  
Am 30. und 31. Dezember und 1. Januar 1908 bleibt der  
Arbeitsnachweis und das Bureau der Krankennunterstützung  
geschlossen!  
Die erste Auszahlung erfolgt wieder am Donnerstag,  
den 2. Januar 1908.  
Die Kollegen werden ersucht, dieses zu beachten!  
Den Kollegen zur Nachricht, daß Broschüren im  
Bureau zu haben sind betreffend die Verhandlungen  
des Reichstages über den Gesetzentwurf betreffend  
die gewerblichen Berufsvereine. Für Mitglieder ist  
der Preis 25 Pf. (Buchhändlerpreis 75 Pf.).  
Die Ortsverwaltung.

**Originelle Spielwaren!**  
Musikclown, grosse, massive Figur, durch Ziehen an der  
Schnur spielt die Harmonika, Stück 50 Pf. Luftschiffer,  
Clown mit Trommel, und ähnliche Ausstattungen mit  
Uhrwerk, 1,25 Mk. **Voxiparabüchse**, kann nur von Ein-  
geweihten geöffnet werden, 75 Pf. **Voxitruhe**, verspricht  
bei der Oeffnung, 45 Pf. (wieder brauchbar) **Mechanisch**  
**bewegliche Wagon**, A. 10. **Dampfer, Krieg-**  
**schiffe**, 12 Uhrwerk 60 Pf., 1,20 Mk. **Grosse Auswahl**  
**origineller Geschenkartikel, Uk- und Jux-**  
**sachen; Vereinsbedarf, Damenspenden, Mützen,**  
**Knallbonbon, Fächer, Sylva-torscherze, Glas-**  
**figuren zu Sylvester**, D 1 10 Pf., 70 Pf., 90 Pf., 1,20 Mk., 1,80 Mk.,  
**Markgrafenstr. 99, Hofgebäude, kein Laden.** Abends bis 9,  
von 13. Dez. an bis 16. Sonntags bis 8 Uhr geöffnet

**Etablissement Pharus-Säle**  
Berlin N. Inhaber: Jul. Wernau, Müllerstr. 112.  
Dienstag, den 31. Dezember 1907, **Gr. Silvester-Ball.**  
im Empire-Saal.  
Zur Kenntnisnahme aller Freunde u. Genossen, welche ich sehr schon einlade.  
**Titanen-Saal** 1500 Personen fassend noch frei.  
Abwechslungsreiches Weihnachtsprogramm.

Sieben ist erschienen:  
**Ulenbrook**  
Briefe aus der Heide an meine jungen Freunde  
von  
**Jürgen Brand.**  
Mit Buchschmuck vom Verfasser.  
Preis geb. M. 1,50. Porto 20 Pf.  
Der Bildungsausschuss schreibt über das Buch:  
„Freund wano“ stetet in diesem vorzüglich ausgestatteten Büchlein zwölf Briefe, die er den  
Kindern in den zwölf Monaten des Jahres aus seinem „Ulenbrook“ schreibt. In jedem dieser  
Briefe lernen die Leser ein besonderes Kapitel der Natur kennen. Aber die Art, in der dies  
geschieht, ist nicht eine ermüdende, langweilig-belehrende, sondern das Buch ist mit dem Herzen  
geschrieben und geht zu Herzen. Ernst und lustig spricht hier der ältere Freund zu der Jugend  
auch von dem Partekeln und Geheimnissen, auch vom Geheimnis der Reifeverdung. Das  
Buch ist eine der besten Jugendschriften und sollte in keinem Arbeiterheim fehlen.“  
Auch jeder Erwachsene wird an dem Buch Vergnügen finden.

**Unser Wald.**  
Ein Volksbuch Herausgegeben  
von **Curt Grotzewitz.** Wilhelm Bölsche.  
Mit 20 Abbildungen auf Kunstdruckpapier.  
Preis broschiert M. 2,50. Porto 20 Pf. Preis gebunden M. 3,-.  
Wilhelm Bölsche schreibt in seinem Vorwort:  
... Das Werk will ein Volksbuch sein. Es erzählt von einem unerschöpflichen Vorrat des  
Volkes: dem Walde.  
Nächte es beitragen zum Genuß dieses Vorrates, der uns bewahrt, ihn für ein gleichgültiges  
Gut zu halten. Stärker als je hat es heute not, daß das Wort „Reichthum“ bis in alle Tiefen  
des Volksbewusstseins dringt als ein Ruf zur wertvollen Nützlichke. Jagt und den Wald vor sinnloser  
Zerstörung für irgendein vergänglichel Augenblicksinteresse schützen und wir bewahren einen besseren  
Patriotismus als der ist, der nur in wertlosem Unkenntnis sich auszuleben weicht. — wir bewahren  
einen Patriotismus für unsere Kinder und Enkel, die hoffentlich noch mehr Zeit und Ruhe haben  
werden als wir, um das zu genießen, was wir hier ihnen gerettet haben.“

**Lichtglaube und Zukunftssonnen.**  
Gedichte von Robert Seidel.  
Preis elegant gebunden M. 2,50. — Porto 20 Pf.  
Robert Seidel ist dem arbeitenden Volke kein Fremdling.  
Robert Seidel ist dem arbeitenden Volke ein alter Bekannter und lieber Freund. Sein  
erstes Büchlein Gedichte „Aus Kampf und Glück“ ist in vielen Tausenden verbreitet  
und seine Gedichte in der „Neuen Welt“, im „Wahren Jakob“, im „Süddeutschen Postillon“ und  
anderen Zeitschriften haben viele erfreut und erheitert. Eine große Anzahl seiner Lieder sind in  
Ruf gesetzt und werden gern gesungen.  
Auch in seinem neuen Band „Gedichte“ glüht und sprüht das poetische Feuer, und dichterische  
Trost und der Ermunterung für den Kampf bedarf, wer sich mit Glauben und Zuversicht für die  
Idee der Zukunft erfüllen will, wird in diesen Gedichten Befriedigung finden.

In zweiter Auflage ist erschienen:  
**Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur.**  
Mit Buchschmuck und einem Porträt des Verfassers.  
Von **Curt Grotzewitz.** Herausgegeben von **Wilhelm Bölsche.**  
Preis broschiert 60 Pf., gebunden M. 1,-, Porto 10 Pf.  
Wilhelm Bölsche sagt in seinem Vorwort:  
„Ich glaube, daß es in der ganzen Literatur nicht leicht wieder so schöne Naturbilderungen  
gibt, wie so scheinbar allereinfachsten Mitteln, wie in diesem Büchlein.“  
Aus den Preßstimmen erwähnen wir:  
„Leipziger Volkszeitung“ vom 16. Dezember 1905:  
Der Verstorbenen wollte nicht nur Wissensstoff verbreiten, er wollte auch vor allem sehen und  
beobachten lehren, und um das zu leisten, lud er die Leser in den Ausflügen, die hier gesammelt  
vorliegen, in seiner stillen Art ein, mit ihm Spaziergänge zu machen, aus der Großstadt hinaus,  
in die freie Natur hinein. In jedem Monat erfolgt eine solche Einladung, und auf jedem Spazier-  
gang läßt er den Herrn Langmann, den er ausführt, für die Jahreszeit charakteristische Erscheinungen  
des Naturlebens zu beobachten, daran Betrachtungen anknüpfen und Klärung geben. Das alles  
in seiner stillen, schlichten Art, an ein Publikum denkend, das lernbegierig christlich, geraden Aus-  
druck der Gedanken sucht und blühende Feuilletonmäßigen Instinkt abweicht, erfüllt von der Freude  
zu lehren und darzustellen, auch Spätschne einziehend und tomische Lichter aufgehend. Das bei-  
gegebene Porträt des Verstorbenen wird den Lesern des Buches noch besonders willkommen sein.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

**England.** Altershafter  
Hotel - Restaurant  
sollt billig zu ver-  
kaufen. Seit Jahren  
Hauptquartier der  
Bäder-, Schlächter- und anderer  
Berufe. Vorzügliche Lage. Billige  
Miete. Günstige Gelegenheit für ener-  
gisches Ehepaar. English nicht not-  
wendig. Deutscher Verkehr.  
Offerten: **Weller**, 10 Leman  
Street, Whitechapel, London E.

**Kredit**  
erhält jeder-  
mann bei  
wöchentlicher  
Abzahlung bei  
**Hans Götz.**  
Holzmarktstr. 60 pl.  
Damen- u. Herren-  
uhren, Freischwing,  
Regulateure, Stopp-  
u. Tischdeck, Por-  
tieren, Gardinen,  
Betwäsche, Hänge-  
lampen und Bilder.  
Bitte Besuch  
od. Postkarte

**Speculativus**  
christliches Weihnachtsgedächtnis, Grund  
1,20 Mk. Rosenkornwaren, Obst- und  
Gemüsekonerven billig!  
(Lieferung frei.) 11452\*  
W. 30, Winter-  
feldstraße 24.

**R. Sporwien**  
Mechaniker, Gubenerstr. 21a.  
Größtes Spezialhaus des Ostens.  
Bröchte Auswahl in  
Apparaten, Ozeon-  
phonon, Sarc-  
phon, Sela, Homo-  
phon, usw. Platten.  
Kaufen Sie nur  
beim Fachmann,  
dann haben Sie  
Garantie! Qualität.  
Vig. Rep.-Dienst.  
Teilgahlg. gestellt.

Haben Sie Stoff?  
Ich erzeuge davon Anzug od. Paletot  
nach Maß, schnell, sauber, zu billig,  
von 20 Mark an. Moritz Ladner,  
Neue Promenade 11 i. Südth. Börsen.

**Carl Micksch**  
Sonder-Vorträge  
BERLIN 18  
Weberstr. 13

**Ohne Anzahlung.**  
**Brückenstr. 13,**  
R. Hartmann, Trauringe.  
Hiesigen Auswahl  
Größtes Spezialhaus der Uhren-  
Branche.  
Geschäft 20 Jahre. Kein Laden.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Weihnachts-Programm!  
Anfang wochentl. 8 Uhr,  
Sonntags 7 Uhr.  
Donnerstag, 29. Dezemb.  
(2. Feiertag)  
**Gr. Weihnachts-Beneiz-  
Matinee.**  
Reichshallen-Restaurant:  
Militär-Konzert.

**Trianon-Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Fräulein Josette - meine Frau.**  
Teilzahlung **ohne Anzahlung**  
Stegdecken, Tischdecken, Teppiche, Portieren,  
Gardinen, Läuferstoffe, Uhren, Spiegel, Bilder,  
Hörren-, Knabengarderobe, Betten, Bettwäsche  
**AUF M. Meisels, Gr. Frankfurterstr. 57.** 50 Pf. wöch.  
Besuch oder Postkarte.

**Zahnärztliche Klinik**  
SW., Belle-Alliancestraße 106 I, und N., Brunnenstraße 185 I,  
gegenüber Warenhaus Jandori, am Rosenhöfer Tor.  
Zahnziehen unentgeltlich. Bei künstl. Zähnen u. Wunden u. d. Un-  
tosten berechn. — Gedächtn. von 9-6 Uhr. Sonntags 9-12 Uhr. 852\*



Soziales.

Grundpfeiler der Herren Pastoren.

Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg hatte auf dem nationalen Arbeiterkongress zu Berlin den christlichen Arbeitern empfohlen, vier Grundpfeiler zu errichten: Fleiß, Gottesfurcht, Nüchternheit und Zufriedenheit! Diese Tugenden hat der Staatssekretär für Sozialpolitik nur den gewerblichen und ländlichen Arbeitern empfohlen; bei der Pflege dieser Tugenden kann der Kapitalismus wunderbar geheißen und die Sozialpolitik auf dem alten Pfad stehen bleiben.

Anderes als danach die Arbeiter denken sollen, denken die Arbeiter im Weinberg des Herrn, die Geistlichen, rüchrichtig ihrer Arbeit. Sie befinden sich jetzt in einem lebhaften Lohnkampf und wollen von Zufriedenheit nichts wissen. Das ergab die Beratung der außerordentlichen Landeskonferenz zu Hannover über die Festsetzung eines neuen Lohnsatzes für die Geistlichen. Der Staat hat vorgeschlagen 2400 M. Anfangsgehalt, steigend in 24 Dienstjahren bis auf 6000 M. nebst freier Dienstwohnung. Diese neue Befolgsordnung bringt eine Gehaltserhöhung um — 27 Prozent! Das ist den geistlichen Herren noch nicht genug. Sie verlangen 2700 M. Anfangsgehalt, Höchstgehalt in 24 Jahren und Anrechnung der Militärdienst. Warum auch nicht? Ist doch der Militarismus auch eine von der Kirche gesegnete Einrichtung. Diese weitergehenden Forderungen hat die Regierung nun aber, wie andere Kapitalisten gegenüber den Arbeitern, abgelehnt. Darob gerieten die Herren in der Synode in Entzündung, sie seien enttäuscht und stellten in Aussicht, daß ihre Lohnbewegung damit nicht beendet sei. Der Pastor Schäfers aus Weiden sagte das Folgende, das auch für die Arbeiter von großem Interesse sein muß:

„Wenn es auch nicht in der Absicht der Geistlichen liegen könnte, in ihren Gehaltsforderungen nach Sammlung von Schätzen zu trachten, so müßte doch die einfache Sorge um den Pfarrerstand die Heberzeugung diktiert, daß die Auf-

besserung um 27 Prozent durchaus keine gewaltige sei und in keinem Verhältnis zu der prozentual viel höheren Steigerung der Kosten der Lebensbedürfnisse, welche sich in den letzten Jahrzehnten vielfach mehr als verdoppelt hätten, sehe. Unter diesen Umständen bedauere er an die Adresse der Staatsregierung gerichtete Dank für das zehn-millionenwertige Geschenk eigentlich nichts weiter als der Dank eines gebildeten höflichen Mannes. Angesichts der doch notorisch für das gesamte Volk geschehenden schwierigen Arbeit des Geistlichen sei es zu bedauern, daß die gesellen Wünsche nicht erfüllt worden seien.“

Ein anderer Redner stellte die Forderung auf: „Jeder Geistliche in Stadt und Land hat Anspruch auf ein standesgemäßes Pfarrhaus.“ In der Befolgsordnung steht, daß der Geistliche als Inhaber zur Dienstwohnung einen Hausgarten erhalten soll. Da verlangte derselbe Herr, daß es heißen soll: „ein gefriedigter Hausgarten!“

Wir sehen, daß die geistlichen Herren alles andere, nur nicht zufrieden sind. 27 Prozent Gehaltserhöhung, — das sind in 40 Dienstjahren statt 150 000 M. 190 000 M. Einkommen, also etwa 40 000 M. Mehreinkommen durchschnittlich für die Geistlichen — nennt man nicht gewaltig. Warum bieten diese Herren nicht ihren Einfluß auf, um der weit schlechter gestellten und zahlreicheren Kategorie ländlicher und gewerblicher Arbeiter zu einer 27prozentigen Lohnaufbesserung zu verhelfen? In Wahrheit predigen sie diesen Zufriedenheit und sinnen darauf, den Arbeitern durch die Kirchensteuern noch mehr zu nehmen.

Zur Wohltatfrage.

Das Oberlandesgericht Colmar hat am 9. d. Mts. im Wohltatprozeß der Rühlhäuser Birte-Zinnung gegen die Rühlhäuser Volkszeitung und den Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Rühlhausen das Urteil des Landgerichts Rühlhausen, das die Beschlagnahme zum Schadenersatz verurteilte, aufgehoben.

Zur Feuerbestattung in Bayern.

Wie feinerzeit berichtet, lehnte das bayerische Ministerium die Gesuche verschiedener Städte um Zulassung der Feuerbestattung in Bayern ab, weil das Polizeistraßengesetz nur von „Beerdigungen“ spricht, und die Feuerbestattung somit unzulässig sei. Im Stadtmagistrat Nürnberg kam der Referent für das Bestattungswesen zu der entgegengesetzten Ansicht: da das Polizeistraßengesetz die Feuerbestattung nicht verbiete, sei sie auch gestattet, und es bedürfe gar keiner Genehmigung hierzu. Er beantragte, ein Krematorium auf Stadtkosten zu erbauen und dann, falls die Regierung ein Verbot der Inbetriebnahme erlasse, dessen Aufhebung auf dem Prozeßwege zu erzwingen. Die Sache wurde einem Ausschuss überwiesen, der nun begutachtete, „in Rücksicht auf den derzeitigen Stand der Sache von der Erbauung eines Krematoriums abzusehen“. Der Magistrat schloß sich diesem eigenartigen Gutachten an.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 10.12., seit 10.12., and am 15.12. Lists various locations like Remel, Tüß, Pregel, Ansternburg, etc.

Offene Erklärung für sämtliche Abonnenten des „Vorwärts“.

Nicht Reklame, sondern Tatsachen sind überzeugend für die Leistungsfähigkeit meines Angebotes. Was Sie später tun wollten, tun Sie sofort und versäumen Sie nicht, den jetzt vor Weihnachten stattfindenden

Inventur-Ausverkauf

Ich ansehe und Ihren Bedarf in Damen- und Kinder-Garderobe zu decken.

Plüschmäntel, Astrachanmäntel, Pelzkonfektion, Stolen, Kostüme, Röcke, Blusen, Kinderkonfektion etc.

Original-Modelle, Reismuster und Kopien, selbst für die stärksten Figuren vorrätig

für 5 Sortimenten:

Table with 5 columns showing price reductions for different categories of clothing.

Bei Einkauf im Werte von M. 30.— ein Kinderfragen oder Kinder-Jackett gratis als Weihnachtsgeschenk für meine geehrten Kunden!

Die Auswahl vermindert sich später, darum ist Sie geboten!

Separat-Abteilung für Herren + Modernes Trauermagazin für Frauen und Mädchen. Preise und Auswahl ohne Konkurrenz.

Konfektionshaus Westmann

Hauptgeschäft: W. Mohrenstr. 37a, an den Kolonnaden, nahe Sandvogelplatz. Filiale: O. Gr. Frankfurterstr. 115, 2tes Haus e. d. Andreasstraße.



Frida Philipsohn Benno Maab Verlobte. Berlin, 18. Dezember 1907.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf. Todes-Anzeige. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kamerad Wilhelm Göttsmann (16. Bezirk) verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rigsdorfer Friedhofes (Mariendorfer Weg) aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Am 18. d. M. verstarb nach kurzen, schweren Leiden mein innig geliebter Vater, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Werkmeister Heinrich Schneider im Alter von 57 Jahren. Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme hierdurch an (1906) Berlin, den 17. Dezember 1907. Gohlerstraße 18. Witwe Anna Schneider, geb. Straß und Tochter. Die Beerdigung findet am 19. d. M., nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Berliner Gemeindefriedhofs in Friedhofstraße aus statt. 1906

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-4, 5-7, Sonntags 10-12, 2-1

Typographia Schon wieder hat der Tod uns einen unserer beliebtesten Sangesbrüder entzogen. Am Sonntag morgen starb an den Folgen einer Operation unser kreutz Mitglied, Kollege Georg Schumann. Wir werden seiner stets in Ehren gedenken! Die Beerdigung findet heute nachmittags 2 Uhr von der Leichenhalle des Rigsdorfer Friedhofes (Rixdorf, Berlinerstraße) aus statt. Diejenigen Sangesbrüder, welche sich jetzt machen können, sind gebeten, unserem verstorbenen Kameraden das letzte Geleit zu geben. Der Vorstand.

Danksagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Ansehens, des Gattners Gustav Schmidt sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Vorstand des „Kölberger Sprudel“ unseren herzlichsten Dank. 1907 Familie Schmidt.

119 119 Wäsche, Wäsche 5% Wäsche 5% Jacob Golde 119 G. Frankfurterstr. 119 Wäsche, Wäsche 5% Wäsche 5% Lieferant für alle Abnahmvereine.

119 119 Karl Pirnaus „Ost-Kasino“. Empfehle den geehrten Herrschaften meine Bälle für Vereine, Hochzeiten, Besessungen, auch sind noch einige Sonnabende sowie die Weihnachtsfeiertage zu vergeben. Karl Pirnaus, Frankfurter Allee 106.



Leipziger Strasse

Arnold Müller's Spiel-Anzug

in haltbaren gemusterten Stoffen

für 3 5 7 9 Jahre M. 475 550 650 800

Arnold Müller's Spiel-Kleid

in schottisch-baumwollenem Flanell

für 1 3 5 7 Jahre M. 325 425 525 625



Arnold Müller Kaufhaus für Kinderbekleidung

Ecke Charlottenstr. Leipziger Str. 95 Ecke Charlottenstr. Kataloge gratis und franko.

Feiner leichter Rauchtobak Heller Shag.



Franz Foveaux Fabrikant Köln a. Rh. General-Vertreter: H. Krüger, NW. 6, Kruppstraße 6.

Pelz-Stolas, Muffen, Kindergarnitur.

nur streng reelle Ware, geht zu außerordentlich niedrigen Preisen bei sehr grosser Auswahl auch einzeln ab.

Oscar Arnold Großhandlung für Hüte, Mützen und Pelzwaren Dresdenstr. 116 (Kais. Läden) Mein Hauptquartier.

Christbaum-Gelände, wozu gut gearbeitet, Cuol. A bernol. langl. 1,25 Mark, Cuol. B vergold. langl. 1,50 Mark, mit Lamellen-Verzierung 2,50 Mark. Bei 10 Stück 2 Stück gratis. Großartigste Sortiment.

Glasfäden für nur 5 Mark, nur neue feine Sachen, Weihnachts-Geste. über Kauf Gegen. gratis. Mareus & Hammesfahr Wald-Solingen 328 Stahl-Fabrik u. Berlin-Paus



